

Hospital nicht abschneiden, nur die Spindelquale wird mit ihren Verschärfungen steigen. Scharfe Worte fand unser Redner auch gegen die Spindelqualen der politischen Polizei, und am Ende Redl wies er nach, daß selbst das Offizierkorps nicht gefeit ist vor minderwertigen Elementen, daß aber gerade der falsche Ehrbegriff der Herren Offiziere die Auflockerung der ganzen Wahrheit zum Schaden des Vaterlandes verhindere. Zum Schluß wies Genosse Cohen, auf ein Wort des Kriegsministers eingehend, die Wege, welche die deutsche Regierung wandeln müßte, wollte sie wirklich alle Chancen ausnützen, um in einem zukünftigen Kriege siegen zu können. Mehr als alle Spionagegesetze, mehr als alle Strafbestimmungen sichern den Sieg in einem künftigen Kriege die aus Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit erspringende wahrhaft nationale und sozialistische Befähigung des Volkes. Durch hitzigen Beifall betätigte die sozialdemokratische Fraktion diese und die Schlussworte des Redners, in denen er den bürgerlichen Parteien mit samt der Regierung die volle Verantwortung für alle Folgen der weiteren Rechtslosigkeit des deutschen Volkes auf und ihnen ein „Vernt, Ihr seid gewarnt!“ zurief.

Nun glaubte Herr v. Falkenhahn sich als Meister der Folckerei zeigen zu können. Er machte aber nur zwei ganz kurze Ansätze und fuhr damit — gründlich daneben. Mit Recht konnte Genosse Cohen ihm entgegen, er möge doch nicht an ihm vorbeireden und nicht auf präzise vorgebrachte Argumente mit nichts-jogenden Phrasen erwidern.

Gegen die Sozialdemokratie wurde dann die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Genosse Cohen schreibt uns:

„In der Beratung des Spionagegesetzentwurfs hatte ich auf die Neuerung des Generalleutnants Kohne in den „Artilleristischen Monatsheften“ hingewiesen, die die Ueberlegenheit der französischen Artillerie über die deutsche behauptete. In meiner Schlussbemerkung gegen den Kriegsminister konnte ich in der Eile den Vorklaut nicht feststellen und teile ihn deshalb hier mit.

Die betreffende Stelle in dem Aufsatz des Generalleutnants Kohne lautet wörtlich:

„Ich glaube, die unbestreitbare Tatsache, daß die führende Rolle von der deutschen Feldartillerie auf die französische übergegangen ist, hängt wesentlich mit der niedrigen Einschätzung der wissenschaftlichen Betätigung unserer Offiziere zusammen.“

Das unfehlbare Mittel.

Auf ein wahrhaft geniales Mittel zur Lösung der sozialen Frage ist man in Württemberg verfallen. Der Württembergische Ingenieurverein hat am Dienstag auf seiner Jahresversammlung beschlossen, das Württembergische Kultusministerium zu ersuchen, durch den öffentlichen Schulunterricht auf eine Wüderung der Klassen gegenläufige hinzuwirken. Des weiteren teilte der Vorsitzende des Württembergischen Ingenieurvereins, Prof. Dr. Ing. v. Bach mit, daß auf seine Veranlassung der Vorstand des deutschen Goethe-Bundes ein Preisaus schreiben erlassen werde, durch das die besten Arbeiten über das Thema, wie auf „rein menschlichem“ Gebiete eine Wüderung der Klassen gegenläufige herbeizuführen sei, mit Preisen von 5000, 2000 und 1000 M. bedacht werden sollten. Auf politischem und wirtschaftlichem Wege habe man die Wüderung der Klassen gegenläufige bisher vergeblich herbeizuführen versucht, nun müsse man es auf besagtem „rein menschlichem“ Gebiete versuchen. Es sei die Frage zu stellen: „Wie ist es gekommen, daß die gebildeten Oberschichten unseres Volkes in so weitgehendem Maße die Fühlung mit den anderen Schichten verloren haben.“ Die Beantwortung dieser Frage müsse auch die Wege erkennen lassen, die künftig zur Lösung des sozialen Problems einzuschlagen seien.

Wir möchten den Preisbewerbern einige Fingerzeige dafür geben, wie den „Oberschichten“ ein größeres Verständnis für die Lage, die Bedürfnisse und die hierdurch bedingten Seelenszustände der „anderen Schichten“ beigebracht werden könnte.

Was das Schulwesen anlangt, so empfehlen wir die Einführung der Einheitschule. Nur diejenigen Schüler, die unabweisbare Fähigkeiten für das eine oder andere Wissensgebiet beweisen, haben Zutritt zu den höheren Schulen. Jedes Privileg des Gelds scheidet aus. Außerdem haben alle Kinder der Vorklassierten dreimal in der Woche ohne warmes Frühstück die Schule zu besuchen. Ihre Ferien haben diese Bourgeoisinder als Müßiggänger zu verbringen. Auch die Wartung von Proletariatsprüflingen liegt ihnen für die Freizeit ob. Die proletarischen Schüler dagegen reisen mit den Bourgeoiselktern an die See oder ins Hochgebirge.

Die Unternehmer haben 6 Monate im Jahre als Lohnarbeiter zu schuften. Die Bankdirektoren werden als Kommiss. die Agrarier als Landproletarier zu den ortsüblichen Löhnen beschäftigt. Die Herrschaften arbeiten 6 Monate im Jahre als Diensthöten. Die Stramp-Direktoren besorgen statt der Feuerwerker den Spionagedienst.

Die Hausagrarier und Villenbesitzer wohnen in 1- und 2-Stuben-Wohnungen in Mietklosteren, während die Proletarier die herrschaftlichen Wohnungen beziehen.

Die Ärzte haben sich und ihre Familie in Erkranungsstellen als Massenpatienten behandeln zu lassen; die erkrankten Proletarier werden durch Hausärzte und in Privatanatorien behandelt. Die Richter und Staatsanwälte beziehen zur Probe ein Jahr lang Gefängnisse und Zuchthäuser.

Die Proletarier fahren künftig 1. und 2. Klasse, während den Besitzenden die Vazillenlutschen vierter Güte überwiesen werden. Im Theater kommen die Proleten ins Parlett und auf den ersten Rang, während die Herren Bourgeois sich aufs Zuchse zu begeben haben. Die Offiziere werden während der Hälfte der Dienstzeit von den „Gemeinen“ gedrückt.

Das sind nur einige Fingerzeige. Aber ihre Verwirklichung und Praktizierung würde den „Oberschichten“ bereits binnen überraschend kurzer Zeit zu einem Verständnis der Höhe der Proletarier verhelfen! Wir geben den Preisbewerbern diese Ratsschlüsse gern gratis. Wir können ihnen von Herzen die Preise. Nur fürchten wir, daß auch die trefflichsten Arbeiten zur Wüderung der Klassen gegenläufige nicht das geringste beitragen werden, die „Oberschichten“ sich hüten werden, von der ihnen gegebenen Studiengelegenheit Gebrauch zu machen!

Politische Uebersicht.

Geschäftsdispositionen des Reichstages.

Der Seniorenkonvent des Reichstages trat heute vor Beginn der Plenarsitzung zusammen und einigte sich dahin, am Sonnabend, den 13. Dezember, die Weihnachtsferien beginnen zu lassen, die bis zum 13. Januar 1914 dauern sollen. Auf die Tagesordnung für Donnerstag sollen gesetzt werden: die Vorlage betreffend Hilfskräfte beim Reichsgericht, betreffend den Kolonialgerichtshof und wenn möglich die

Wanderlager. Am Freitag und Sonnabend sollen Wahlprüfungen stattfinden. Die Abstimmungen über diese Wahlen sollen jedoch mit Rücksicht auf die Landtagsöffnung in Baden erst am Dienstag, den 2. Dezember, stattfinden. Am demselben Tage sollen die Staatsberatungen beginnen. Nach beendeter erster Lesung des Etats soll die Befragung der Interpellationen betreffend die Arbeitslosigkeit und betreffend die Vorgänge in Javern erfolgen. Der Montag nächster Woche ist für die erste Lesung kleinerer Vorlagen verfügbar.

Kurze Anfragen im Reichstage.

Am Freitag wird die Regierung Anlaß haben, auf eine ganze Anzahl kurzer Anfragen zu antworten. Abg. Bod (Soz.) fragt an: „Ist die die Waffenindustrie stark beunruhigende Nachricht richtig, daß die Verbündeten Regierungen gesegheberische Vorschläge zu machen beabsichtigen, die auf eine Einschränkung des Handels mit Waffen abzielen?“

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) fragt an, ob es richtig ist, daß das Reichsamt des Innern eine Untersuchung über die Beziehungen des englisch-amerikanischen Tabaktrustes zur deutschen Zigarettenindustrie in die Wege zu leiten beschloffen hat. Die Frage geht dann weiter dahin, ob der Reichsminister zur Untersuchung dieser Angelegenheit Vertreter der Fraktionen des Reichstages hinzuziehen wird.

Abg. Göhre (Soz.) stellt folgende Anfrage: „Wann und in welcher Gestalt wird die in Aussicht genommene Sachverständigenkommission für Wohnungsreform in Tätigkeit treten?“

Die Abg. Dr. Jund und Dr. Wötter (natl.) fragen an: „Ist es richtig, daß die Entwurfsbearbeitung zum Postkastengebäude in Washington einem Architekten übertragen worden ist, der sich an den vom Auswärtigen Amt ausgeschriebenen Wettbewerben deutscher Architekten überhaupt nicht beteiligt hat? Welche Gründe sind hierfür maßgebend gewesen?“

Abg. Alters (Welfe) stellt die Anfrage, ob die öffentlich aufgestellte Behauptung richtig ist, daß aus Anlaß der Heeresverfälschung seitens der deutschen Heeresverwaltung Pferde ausländischer Herkunft angekauft wurden, obwohl geeignete Tiere deutscher Zucht reichlich angeboten worden sind.

Wiederaufnahme im Disziplinarverfahren.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf über die Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens zugegangen. Der Wiederaufnahme zugunsten eines bereits berufenen und aus dem Amte entsetzten Beamten soll nach dem Entwurf dann stattgegeben werden, wenn Tatsachen bekannt werden, die den Spruch ungerichtlich erlassen lassen. Die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens zugunsten eines Beamten ist zulässig, wenn anzunehmen ist, daß im neuen Verfahren auf Dienstentlassung erkannt werden wird, die Wiederaufnahme in diesem Falle ist nur während eines Zeitraumes von fünf Jahren zulässig.

Der Javerner Fall.

Der „Elfäßer“ schreibt in einem kurzen zusammenfassenden Bericht über die Vorkommnisse im Javerner 99. Infanterie-Regiment:

„Wir stellen fest und es wird durch die gerichtliche Nachprüfung in allen wesentlichen Punkten erhärtet, daß ein Offizier der 5. Kompanie des 99. Infanterie-Regiments im Dienst die elsfässische Bevölkerung grüßlich beschimpft hat. Auf die in fest umgrenzter Form vorgebrachte Beschuldigung, die der „Elfäßer“ vor vierzehn Tagen erhob, ist die Militärbehörde bis heute, trotzdem die Presse immer wieder eine solche gewünscht hatte, die Antwort schuldig geblieben. Dadurch wird von militärischer Seite indirekt zugegeben, daß ein Rekrutenoffizier, der „unserer Jugend in dem wichtigsten Abschnitt ihrer Entwicklung als Lehrer und Erzieher bestellt ist“, ihm untergeordnete Soldaten zur Demütigung und Herabwürdigung ihres elsfässischen Stammesbewußtseins gezwungen hat. Dabei blieb es nicht. Derselbe „junge Mann“ versprach seinen militärischen Jünglingen für die Lösung von elsfässischen Stammesangehörigen eine Geldsumme. Statt dem ungezügelten Weidwutgedränge des Rekrutenoffiziers ein Ziel zu setzen — was mit der Landespresse auch die alldutsche verlangte — beließ ihn das Generalkommando in seinem Wirkungskreis, wobei es in seinem starren Autoritätsgefühl durch eine tallose Regierung sich bestärkt sehen mußte. Beide Gewalten tragen deshalb die volle Verantwortung für die dann kommende Fahngeschichte. Die unabweisbaren Angaben des „Elfäßers“ über Zeit, Ort und Personen konnten und können nicht widerlegt werden. Das weiß das Generalkommando so gut wie wir, deshalb handelte es in dieser heillosen Situation zum ersten Male klug, als es ein neues „Dementi“ nicht mehr veröffentlichte. Dafür verhasst es die angeblichen „Schuldigen“ und hält fruchtlose Handhühnungen ab. (Die von Javern nach Straßburg verlegten elsfässischen Rekruten wurden in Haft genommen.) So ist die Lage heute.“

Zur Javerner Angelegenheit wissen außerdem die Straßburger „Neuesten Nachrichten“ zu berichten, daß seit Dienstag abend der kommandierende General v. Deimling beim Divisionskommandeur in Javern weilte. Zu der Befragung, die in der Angelegenheit des Leutnants v. Forstner stattfand, war das ganze Offizierkorps zugezogen. Wie das Blatt aus bester Quelle erfährt, hat v. Forstner einen scharfen Verweis erhalten, und hat er es nur seinem jugendlichen Alter von 19 Jahren zu verdanken, daß er vorläufig im Heere verbleiben kann. Der Gebrauch des durch ihn angewandten Wortes „Wades“ ist inzwischen durch Regimentsbefehl streng verboten worden. Im Anschluß an den Fall ist auf den Gängen der Kaserne folgende Bekanntmachung handschriftlich angebracht: „Der Soldat hat über die bekannte Angelegenheit Verschwiegenheit zu beobachten. Bei allen Redungen und Aussagen muß er sich der strengsten Wahrheit befleißigen. Die absichtlich unrichtige Abfaffung von Rapporten, dienstlichen Meldungen oder Berichten oder ihre wesentliche Weiterbeförderung unterliegt strenger Bestrafung.“

Während der Oberst v. Reutter auf seinem Posten verbleibt, scheint die Stellung des Statthalters erschüttert zu sein. In eingeweihten Kreisen wird erzählt, der Statthalter habe bereits zweimal nach Berlin über die Javerner Angelegenheit berichtet, sei aber bis heute ohne Antwort geblieben.

Die Zentrumsfraktion des elsfässischen Landtags protestiert in einer Eingabe an den Landtag aufs schärfste gegen die Beleidigung des elsfässischen Volkes und gegen die Behandlung des Falles von Javern durch die zuständigen Behörden. Die Fraktion will dafür Sorge tragen, daß „der traurige Fall im Landtag die gebührende Rache findet.“

Aus dem sächsischen Landtage.

Bei der Staatsberatung im sächsischen Landtag äußerte sich der sächsische Finanzminister auch gleichzeitig über die Reichssteuer. Sie seien geeignet, der Finanzverwaltung der Einzelstaaten ernste Schwierigkeiten zu machen, wenn auf dem bisherigen Wege fortgeschritten werden sollte. Das zeige sich auch in dem sächsischen Haushaltsplan. Der Wehrbeitrag sei noch verhältnißmäßig gewesen, weil dadurch eine Millionennote vermieden worden wäre, doch müsse eine Wiederholung dieses Versuches unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben. Es sei aber absehbare, neben dem Wehrbeitrag noch eine Vermögenszuwachssteuer zu erheben. Man hätte mit indirekten Steuern und Abgaben bei dem Reichs-

verkehr auskommen können. (Lebhafteste Protestrufe links.) Leider habe die sächsische Regierung die Vermögenszuwachssteuer nicht verhüten können, sie werde aber bestrebt sein, die schlimmen Folgen für die Staatsfinanzen nach Möglichkeit abzuwehren. Mit aller Entschiedenheit müsse sich die Regierung gegen jede Art Reichsvermögenssteuer aussprechen. Denn es handle sich hier um nichts mehr oder weniger, als um das Bestehen oder Nichtbestehen der Einzelstaaten. (Juriste links und Bewegung.) Die sächsische Regierung halte fest an dem Grundsatz, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten verbleiben müßten. Nur so können sie und somit das Reich blühen und gedeihen.

Auch der konservative Oekonomierat Dr. Hahl erklärte, daß man an der Erhaltung der direkten Steuern für die Einzelstaaten festhalten müsse.

Der nationalliberale Landgerichtsdirektor Hettler wendet sich mit einigen ausfallenden Bemerkungen gegen die Sozialdemokratie, der er vorwirft, daß sie bei der letzten Heeresvermehrung durch ihre ablehnende Haltung die Arbeiterinteressen nicht wahrgenommen habe. Im übrigen schildert er die Finanzlage Sachsens günstig und macht allen Beamten und Staatsarbeitern Versprechungen, bei denen offenbar die Nähe der Landtagswahlen maßgebend sind, denn bisher haben die Nationalliberalen für die Arbeiter noch nichts übrig gehabt. Zum Schluß erklärt der Redner, die Nationalliberalen forderten nach wie vor ein neues Schulgesetz nach liberalen Grundsätzen und würden davon nicht ablassen.

Genosse Fleißner wies die Anpassungen der Nationalliberalen wegen der sozialdemokratischen Haltung in der Mißungsfrage scharf zurück und lenkte dann die scharfe ablehnende Haltung der Nationalliberalen für die Wünsche der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und den scharfen Gegensatz der Wahlrede Hettlers bei dem Etat. So schöne Reden hätten die Nationalliberalen für die Arbeiter, aber keine Taten. Bei der Schulreform hätten die Sozialdemokraten alles aufgegeben, ein Gesetz für ein besseres Schulrecht zustande zu bringen, doch habe die Erste Kammer den Gesetzentwurf der Zweiten Kammer vor die Füße geworfen.

Sodann ver kündete Genosse Fleißner einen sozialdemokratischen Antrag auf Befreiung der unteren Klassen von der Staatseinkommensteuer und lenkte dann scharf das sächsische Steuersystem, besonders die indirekten Abgaben auf Schladtweid und Fleisch. Zum Schluß verwies er darauf, daß auf dem Gebiet der Sozialpolitik so gut wie nichts geschehen sei. Die Staatseinkommen seien auf die Interessen der herrschenden Klassen zugeschnitten. Für die Arbeitslosenfürsorge habe man nichts übrig, wohl aber große Summen für neue Pringens-Anlagen und 250 000 M. für nationale Jugendförderung. Nach den Wünschen des Volkes, nach den Interessen der Arbeiter frage man nicht.

Nachdem der Redner unter dem Beifall seiner Kollegen geschlossen hatte, kritisierte der Freisinnige Günther die Uebersehungslosigkeit des sächsischen Finanzministers, die er als verfassungswidrig bezeichnete.

Aus dem bayerischen Landtage.

In der Zweiten Kammer des bayerischen Landtags fanden am Mittwoch ein Zentrumsantrag und ein sozialdemokratischer Antrag einstimmige Annahme, die eine Aufstellung der Verteilung der Arbeiterversicherungslasten fordern. Zweck der Anträge ist, den Anteil jener Kosten festzustellen, die die ärztlichen Gutachten ausmachen. Der Minister des Innern will nach Möglichkeit den Wünschen entsprechen.

Die sozialistischen, liberalen und konservativen Fraktionen haben ferner Anträge gestellt, die die bayerische Regierung im Bundesrat auf einen Gesetzentwurf hinwirke, durch den die Kriegsteilnehmer Weibissen erhalten. Die Sozialdemokraten verlangen mindestens 1 M. täglich. Auch hier versprach der Minister, sein Möglichstes zu tun. Alle Anträge wurden angenommen.

Offizielle Uberschämtheiten.

In der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 1325) lesst sich ein Offiziosus die Uberschämtheit, von einem „Arbeitslosenrummel“ der Sozialdemokratie zu schreiben. Er gebraucht Redewendungen, deren Gemeinheit nur noch von ihrer handgreiflichen Beschränktheit überboten wird.

„Die Sozialdemokratie scheint unrettbar dem Bahn verfallen zu sein, daß nur die Ausnutzung einer Arbeitslosigkeit den Stillstand in der Partei beseitigen könne. Arbeitslosigkeit heißt jetzt das Alpha und das Omega ihrer Agitation, und wo sie keine Arbeitslosigkeit, wie sie sie braucht, hat, da macht sie sich eine. Mit Hilfe der Statistik und des alles bereitenden arbeitslosen Robs geht das ganz leicht. Die Statistik kommt auf Papier, der Rob auf die Straße, und die sozialdemokratische Arbeitslosigkeit ist da! Die Berliner Gewerkschaftskommission hat durch eine Nachfrage bei den Gewerkschaftsorganisationen erreehnet, daß 8,2 Proz. der organisierten Arbeiter Berlins arbeitslos seien, und ist noch einigen Hin- und Herjonglieren mit diesem Prozentfuß auf die Behauptung gefallen, es gäbe in Groß-Berlin augenblicklich 83 000 Arbeitslose. Diese Behauptung hat natürlich nur einen Phantastwert, aber sie stützt das Wiederaufblähen der sozialdemokratischen Arbeitslosenagitation.“

Zeitungen muß dafür gefordert werden, daß die sogenannten Arbeitslosenversammlungen nicht Sammelstellen für sozialdemokratische Straßentumelungen werden. In dem geringsten Zugeständnis nach dieser Richtung liegt eine große Gefahr. Darum gleich im Anfang die nötige Entschiedenheit gegenüber jedem Versuch einer Kundgebung, die mit einer Verringerung der Arbeitslosigkeit nichts zu tun hat!

Angesichts der Not im ganzen Reiche magt diese schöne Seele von „arbeitslosem Rob“ zu sprechen, und so etwas repräsentiert nach eigener Behauptung die „anständige“ Presse.

Die Stadtverordnetenwahlen in Kiel.

Kiel, 26. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden fünf Sozialdemokraten und vier Bürgerliche gewählt, trotzdem verloren die Sozialdemokraten ein Mandat, weil im vorigen Jahre die Zahl der Stadtverordneten von 36 auf 48 erhöht worden war und darum vorläufig jährlich außer den turnusgemäß ausscheidenden Stadtverordneten noch drei durch Los zu bestimmende Stadtverordnete ausscheiden müssen. Das Los traf diesmal ausschließlich sozialdemokratische Abgeordnete.

Die Kieler Stadtverordnetenversammlung bezieht nach der Wahl aus 25 Bürgerlichen und 23 Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten brachten 11 160, die Bürgerlichen 6800 Stimmen auf. Nur die Bezirksenteilung hält eine sozialdemokratische Mehrheit vom Ratshaus fern. In den Wahlbezirken, wo hauptsächlich die Arbeiter wohnen, hatten die Bürgerlichen überhaupt keine Kandidaten aufgestellt.

Die gottwohlgefällige Parteikasse.

Auf der Delegiertenversammlung der Zentrumspartei des Kreises Saarlouis hat der Sekretär der rheinischen Zentrumspartei Dr. Jörg aus Köln laut der Nr. 208 der „Saarbrücker Volkszeitung“ die Zentrumsparteikasse in folgender Weise gepriesen:

In der sich anschließenden Diskussion ergriff u. a. auch Herr Dr. Jörg das Wort, um kurz einige Organisationsfragen zu streifen sowie die Notwendigkeit der Parteibeiträge darzulegen.

Aus der Partei.

Kommunalwahlen.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Uettersen (Holstein) fielen der Sozialdemokratie die beiden zur Wahl stehenden Stadtverordnetenstimmen zu, so daß jetzt 8 Genossen im Stadtparlament von Uettersen sitzen.

In Rühlhausen i. Th. wurde bei der Stadtverordnetenwahl für einen verstorbenen Genossen das Mandat von der Sozialdemokratie mit 1058 gegen 371 Stimmen behauptet. Unsere Fraktion hat 8 Mitglieder.

In Eiberfeld hatten bei der Stadtverordnetenwahl die vereinigten Gegner, die mit allen Mitteln gearbeitet haben, den Erfolg, daß es der Sozialdemokratie nicht gelang, das letzte Drittel der 3. Klasse zu erobern. Der bürgerliche Wahlsieger siegte mit 8247 gegen 6765 sozialdemokratische Stimmen.

Die Niederlage der Sozialdemokratie in Sachsen-Weimar.

Man schreibt uns aus Thüringen: Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheiten in Jena und Jülich am 1. Januar 1914 abbestimmt sind, sowie der „glänzende“ Sieg der vereinigten bürgerlichen Parteien in Weimar und Eisenach bei den letzten Gemeinderatswahlen wird von der bürgerlichen Presse als ein Rückgang der sozialdemokratischen Bewegung dargestellt. Daß dies eine absichtliche Täuschung und Fälschung ist, läßt sich ohne weiteres dadurch feststellen, daß in allen diesen Städten von einem Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen nicht nur keine Rede, sondern sogar noch eine überaus starke Stimmenzunahme für die sozialdemokratischen Listen zu verzeichnen ist. Besonders stark ist seit der vor 2 Jahren stattgefundenen Wahl bis jetzt die Zunahme in Jena, Jülich und Eisenach. Trotz alledem ist die Niederlage der Sozialdemokratie erklärlich. Obwohl die weimariische Gemeindeordnung seit 60 Jahren den Frauen unter den gleichen Voraussetzungen wie männlichen Personen (Selbständigkeit; 21 Jahre alt; Unterhaltungswohnort in der Gemeinde) das Bürgerrecht gewährt, ist bis vor kurzer Zeit nur in seltenen Fällen davon Gebrauch gemacht. Erst in den letzten Monaten wurden seitens derselben Kreise, die sich sonst als Gegner des Frauenwahlrechts hervortun, Frauen und Mädchen in großer Zahl veranlaßt, das Bürgerrecht zu erwerben.

In Jena und Jülich sind in den letzten Monaten Hunderte von bürgerlichen Frauen als „Bürgerinnen“ verpflichtet. Die zehn Mark Gebühren für jede neue Bürgerin aufzubringen, fällt dem Unternehmertum ja nicht so schwer, als wie dies bei den Frauen der Arbeiter der Fall ist. Fabrikanten in Jülich veranlaßten ihre Arbeiterinnen, das Bürgerrecht zu erwerben, sie gaben, gegen ratenweise Zurückzahlung vom Arbeitslohn, die zehn Mark vorschussweise. Allerdings stellten sie dabei die Bedingung, daß ihnen (den Fabrikanten) die neuen Bürgerinnen die Vollmacht zur Abgabe der Stimme ausübten. — Nach der Gemeindeordnung haben Bürgerinnen wohl das Wahlrecht, aber — sie dürfen nicht selbst abstimmen; sie müssen mit ihrer Stimmenabgabe eine volljährige männliche Person bevollmächtigen. Auf diesem verhängnisvollen Frauenwahlrecht beruht der „Erfolg“ der bürgerlichen Parteien! Dazu kommt aber noch, daß betreffs Feststellung der rechtlichen Selbständigkeit bei Arbeiterinnen viel größere Schwierigkeiten gemacht wurden, als wie es naturgemäß bei den Frauen der „besseren“ Kreise möglich ist. Wurden doch in Jülich allein 65 Verpflichtungen von Bürgern und Bürgerinnen, die seitens der Arbeiterschaft angemeldet waren, so lange hinausgezogen — bis die Wahl vorüber war. Die Hälfte dieser Stimmen hätte genügt, daß nicht ein Mann der bürgerlichen Liste gewählt worden wäre.

Die „glänzenden Erfolge“ der bürgerlichen Parteien waren nur möglich, daß Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Anwendung kamen, die zu den schmutzigsten ihrer Art zu zählen sind.

Parteiliteratur.

Gemeinde und Alkohol von Ernst Rehlig. Heft 15 der „Sozialdemokratischen Gemeindepresse“. Verlag der Buchhandlung Vorwärts-Berlin. Preis 1 M. Vereinsausgabe 50 Pf. Die Schrift behandelt u. a. die Fragen: Gasthausreform, Bedürfnisprüfung und Verminderung der Konzessionen, Kommunale Alkoholversteuerung, Ammerneipen, Alkoholfreie Kantinen, der Alkohol im Krankenhaus, Trinkerfürsorge, das Alkoholkapital und die Gemeinden usw.

Unsere Genossinnen. Von Dr. Alexander Lipschütz. Heft 38 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Verlag der Buchhandlung Vorwärts-Berlin. Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf.

Jugendbewegung.

Vom Kampf gegen die Arbeiterjugend.

In eine Versammlung jugendlicher Bauarbeiter in Reich drangen kürzlich ein Polizeikommissar und ein Schutzmann, um die angeblich politische Versammlung zu überwachern. Trotz des Protestes wichen sie nicht von der Stelle. Ein älterer Bauarbeiter, der sich mit dem Kommissar auseinandersetzte, erhielt schließlich als „Leiter“ einer „politischen Versammlung“, in der Jugendliche dem Vereinsgesetz zuwider anwesend gewesen, ein Strafmandat. Es ist die Spezialität dieses Kommissars, hinter der Arbeiterjugend her zu sein; aber auch nur hinter dieser, denn als kürzlich bei der Stadtverordnetenwahl Gymnasialisten in ihren Schülerräumen und Mitglieder des Jungdeutscherbundes als Wahlhelfer arbeiteten, da hatte niemand etwas gegen diese politische Tätigkeit der Jugendlichen!

Aus Industrie und Handel.

Ausländische Arbeitsmärkte.

Während die Situation des deutschen Arbeitsmarktes schon durch die Oktoberstatistik charakterisiert werden kann, liegen Berichte über die meisten auswärtigen Arbeitsmärkte erst für den September vor. In England soll der Beschäftigungsgrad im September im allgemeinen noch gut gewesen sein, doch zeigte sich eine Abnahme in der Eisen- und Stahlindustrie, im Schiffbau, in der Maschinen- und Schuhindustrie, im Baugewerbe, in den Ziegeleien und in der Glasindustrie. Andererseits machte sich eine Verbesserung bemerkbar in der Textilindustrie, in der Buchdruckerei und in der Steinindustrie. Immerhin ist der Rückgang in den zuerst genannten Industrien bemerkenswert, denn die Augustberichte über diese Industrien sprachen noch von einer zufriedenstellenden Beschäftigung. Was die Arbeitslosigkeit angeht, so ist sie im September geringer gewesen als es die deutsche Arbeitslosigkeit im Oktober 1913 war. In Frankreich zeigte sich die Verbesserung der Lage der Textilindustrie, die schon im August konstatiert war, im September fort. Auch in der Metallindustrie war eine günstige Entwicklung zu verzeichnen. Der Durchschnittsgrad der Arbeitslosen war hier der niedrigste, der seit einer Reihe von Jahren festgestellt worden ist. Die Tätigkeit im Baugewerbe war noch ziemlich erheblich und die Arbeitslosigkeit weit weniger hoch als in den vergangenen Jahren zur gleichen Zeit. So günstig diese Berichte klingen, so muß doch festgestellt werden, daß die Durchschnittsziffer der Arbeitslosen größer ist als in England und in Deutschland. Nach den aus Belgien vorliegenden Arbeitsnachrichten entfallen dort auf 100 Angebote 112 Nachfragen. Auf 100 Angebote im Vormonat kamen 128 Nachfragen und im September 1912 108 Nachfragen. Bei den Antwerpener Diamantarbeitern umfaßte die Arbeitslosigkeit 15 Proz. der organisierten Mitglieder. Im allgemeinen hielt sich im September die Arbeitslosigkeit in Belgien auf der Höhe der deutschen Arbeitslosigkeit.

In letzterer Beziehung betonte er, daß der Parteibeitrag für das Zentrum mindestens so gütigwollig sei wie Beiträge für die Missionen und für rein kirchliche Zwecke. Denn das Zentrum sorgt dafür, daß die Katholiken mindestens die religiösen Freiheiten behalten, die sie heute haben, und es ist nach Kräften bestrebt, daß sie auch jene Freiheit und Rechte erhalten, deren sie bisher noch ermangeln. Vom Parteibeitrag hat einer also genau so viel für die Ewigkeit wie von einem sonstigen guten Werk.

Voraus zu entnehmen ist, daß auch der Zutritt zur Seligkeit teurer wird; denn früher genügte schon der schwarze Stimmzettel, jetzt muß auch noch der Parteibeitrag entrichtet werden, bevor die Himmelstüre sich öffnet. Immerhin bleibt die Zentrumspartei konkurrenzlos, denn sie ist die einzige Partei, die ihren Mitgliedern für ihre Zahlungswilligkeit die Freuden der Seligkeit zu garantieren vermag. Ob sich die Freuden der Ewigkeit steigern, je nach der Höhe des Parteibeitrages, hat Herr Dr. Jörg vergessen, bekannt zu geben.

Ausgewiesen.

Die preussische Polizei hat ihren alten Ruhmeskranz um ein neues Verdienststück bereichert. Am Sonnabend, den 22. November 1913, ist der vormalige Bezirksleiter des Bader- und Konditorverbandes, Emil Prochaska, aus Götlich und aus Preußen als lästiger Ausländer ausgewiesen worden. Die näheren Umstände dieser Ausweisung lassen diese Maßregel als eine besonders gebärgige erscheinen. Emil Prochaska ist in Schlesien (Preußen) geboren; er verlebte auch in Preußen und Sachsen seine Jugend. Als er sich zum Militär stellte, sagte man ihm, er sei Oesterreicher. In Oesterreich wies man ihn ab mit der Begründung, er sei Preuze. Endlich hat er sich in Sachsen zum Militär stellen dürfen. Sämtliche Legitimationspapiere, auch der Militärpaß, bescheinigen ihm die preussische Staatsangehörigkeit. Und wäre Prochaska nicht Beamter des Bader- und Konditorverbandes geworden, so wäre er Preuze geblieben. Sein Vater war ein geborener Oesterreicher, der sich naturalisieren ließ. Bei einem großen Dorfbrande wurden auch diese Naturalisationspapiere sowie die Personenstandsdaten der Gemeinde vernichtet. Vater und Mutter P. starben, als er 8 resp. 4 Jahre zählte. Jeder einstuftvolle Mensch weiß, daß dem Personenstand in früherer Zeit in Gemeinden wenig Bedeutung beigegeben wurde und daß unter solchen Umständen ein Staatsangehörigkeitsnachweis sehr schwierig ist. Die Götlicher Polizei verlangte bei der Abfuhr Prochaskas vor etwa einem Jahre, sich zu verheiraten, den Staatsangehörigkeitsnachweis. Dies war P. wegen der oben angeführten Gründe nicht möglich. Er versuchte, sich in anderen Orten zu verheiraten, aber die Behörden, einmal aufmerksam gemacht, durchkreuzten diese Absicht. P. wurde am 21. November d. J. nach dem Polizeirevier bestellt, und dort wurde ihm der Ausweisungsbefehl verlesen, nach welchem er innerhalb 24 Stunden das „gastfreundliche“ Preußen zu verlassen hat. Er wurde dann aufgefordert, das Aktensüß zu unterschreiben. Er weigerte sich, worauf ihm mit sofortiger Verhaftung und Transport über die Grenze gedroht wurde. Schließlich unterschrieb P. sein eigenes Urteil.

Die Wirren in Mexiko.

Rückzug der Bundestruppen.

El Paso, 26. November. Nach einer Meldung des Generals Villa ziehen sich die Bundestruppen gegen Süden zurück. Die Konstitutionalisten sollen alles Artilleriematerial aus drei von den sieben Jüngen, die die Bundestruppen in das Schlachtfeld brachten, erbeutet haben. Die verwundeten Offiziere der Bundestruppen sind nach El Paso gebracht worden. Es wird gemeldet, daß 30 bis 40 gefangene Freiwillige von den Bundestruppen auf Befehl Villas summarisch hingerichtet worden sind.

Oesterreich-Ungarn.

Deutsch-völkische Vöbereiten.

Wien, 26. November. (Abgeordnetenhaus.) Der Minister des Innern, Freiherr v. Heinold, erklärte in Beantwortung von Interpellationen bezüglich der Sozialversicherungsvorlage, die Regierung werde auf die Fertigstellung des Gesetzes mit allem Nachdruck hinarbeiten.

In der darauffolgenden Debatte über die Anträge bezüglich der Erhöhung der Lehrgelöhner griff der Abgeordnete Ferdinand Seidl (deutsch-national) die Sozialdemokraten auf das Schärfste an, wobei er ihnen Demagogie und unehrliches Verhalten gegen die Beamten vorwarf. Vizepräsident Bernerstorfer (Soz.) hat das Haus um Entschuldigung, daß er aus persönlichen Gründen dem Abgeordneten Seidl trotz seiner äußerst beleidigenden Ausdrücke keinen Ordnungsruf erteilt habe. (Lärmende Pfuirufe bei den Deutschnationalen, Beifall bei den Sozialdemokraten; Rufe von den Deutschradikalen und der Deutschen Arbeiterpartei: Hinaus mit Bernerstorfer. Einige Sozialdemokraten warfen Zuckerstücke auf den Deutschradikalen Wolff (eine Anspielung auf die seinerzeitige Korruptionsaffäre des Abg. Wolff mit dem Zuckerartell). Die Lärmjungen wiederholten sich bei jeder Erklärung Bernerstorfers bis zum Schluß der Sitzung, die darauf bis morgen vertagt wurde.

Friedensschluß in Kroatien.

Budapest, 26. November. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Graf Tisza erklärte auf Anfrage, daß die Verhandlungen mit den kroatischen Parteien zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten, da keinerlei Forderungen erhoben worden seien, welche mit dem Grundprinzip der Union mit Kroatien in Widerspruch ständen. Verschiedene strittige Fragen, namentlich betreffend das Ortsnamengesetz und die Dienstpragmatik der Eisenbahnen seien im Kompromißwege gelöst worden, somit werde der verfassungsmäßige Zustand in Kroatien aufgehoben. Die Ernennung des königlichen Kommissars Sterlecz zum Vauus werde auf Antrag der ungarischen Regierung demnächst erfolgen. Ebenso würden die Wahlen zum Landtage ausgeschrieben werden. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde mit großer Befriedigung aufgenommen.

Frankreich.

Ein Antrag Jaurès.

Paris, 26. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der morgigen Sitzung der Deputiertenkammer wird die Fraktion der geeinigten Sozialisten vor der Diskussion über die Anleiheforderungen folgenden Antrag einbringen:

Die Kammer fordert die Regierung auf, das Gebiet der militärischen Unternehmungen in Marokko einzuschränken, durch die Organisierung des Volkes in Waffen die Dauer des Militärdienstes und die mit der Verfassung verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Lasten zu verringern und allen Regierungen ein Schiedsgericht für alle Zwistigkeiten vorzuschlagen und so einen für die Völker weniger drückenden internationalen Stand der Dinge vorzubereiten.

In den Niederlanden machte sich im September eine nicht unerhebliche Abschwächung der gewerblichen Tätigkeit geltend. Die Zahl der arbeitslosen gewerblichen Mitglieder der Diamantindustrie bezifferte sich zu Anfang Juli auf 16,42 Proz., stieg dann allmählich auf 26,59 Proz. und hat im September einen ungewöhnlichen Rückgang erfahren. Der Kohlenbergbau war hinreichend beschäftigt, wenngleich die Nachfrage nach Kohle viel geringer als im zweiten Vierteljahr war. In der Maschinenindustrie war der Beschäftigungsgrad zwar in den meisten Städten gut, doch zeigte sich eine leichte Verschlechterung. In vielen Gemeinden war das Angebot an Arbeitern größer als die Nachfrage. Die prozentuale Durchschnittsziffer der Beschäftigungslosigkeit war im September in den Niederlanden ziemlich hoch, nämlich 4,9 Proz., gegen 2,4 Prozent im September 1912. Die Durchschnittsziffer der Arbeitslosigkeit bezifferte sich im September wie im Vorjahre auf 5,8 Prozent, gegen 5,7 Proz. im September 1911. Aus der Schweiz wird gemeldet, daß der Arbeitsmarkt dort im September etwas belebter gewesen sei als in den Vormonaten. Insgesamt kamen auf 100 offene Stellen für Männer 136 und für Frauen 74,9 Stellen-suchende, gegenüber 139,1 und 72,1 im Vormonat, also eine Verschlechterung. Für Italien liegen Berichte aus dem Oktober vor. In der Industrie soll sich eine leichte Besserung bemerkbar gemacht haben; das Baugewerbe liegt aber anscheinend auch in Italien noch immer brach. Aus all diesen Berichten ist zu konstatieren, daß zwar die Lage der Arbeitsmärkte in den verschiedenen Ländern sehr verschiedenartig ist, daß man aber im allgemeinen von einer guten Beschäftigung nicht sprechen kann, vielmehr sich überall Anzeichen zunehmender Arbeitslosigkeit finden.

Abschluß der Siemens-Werke.

Die Siemens-Gesellschaft erzielte im bergangenen Jahre einen Reingewinn von 12,5 Millionen Mark, woraus wie im Vorjahre 12 Proz. Dividende ausgeschüttet werden sollen. Bei der Siemens-Schuckert G. m. b. H. stellte sich der Reingewinn auf 18,8 Millionen Mark. Den Gesellschaftern sollen wieder 10 Proz. Dividende zufallen. Bei beiden Unternehmen ist die Steigerung des Reingewinns gegen das Vorjahr unerheblich. Erst die genaueren Abschlußziffern werden Aufklärung geben können, ob auch die Rohgewinne nur um weniges gestiegen sind oder ob die Unternehmen ihre Reinerträge zu inneren Reserven verwandt haben.

Bei der ebenfalls zum Siemenskongern gehörigen Elektrizitäts-Ges. vorm. Schuckert u. Co. in Nürnberg stieg der Reingewinn von 8,6 auf 9,7 Millionen Mark. Der Reingewinn hält sich nach Abzug der Unkosten, Abschreibungen mit 7,3 Millionen Mark ebenfalls ungefähr in der Höhe des Vorjahres. Die Aktionäre sollen 8 Proz. Dividende erhalten.

Letzte Nachrichten.

Eröffnung des badischen Landtags.

Karlsruhe, 26. November. (W. Z. B.) Der Landtag hielt heute abend 6 Uhr eine vorbereitende Sitzung ab, in der nach einer kurzen Begrüßung durch den Staatsminister Freiherrn v. Dusch der Zentrumsgabgeordnete Morgenstern zum Alterspräsidenten bestimmt wurde. Die erste Arbeitssitzung der Zweiten Kammer wurde auf Freitag vormittag 10 Uhr festgesetzt, vor derselben soll die Wahl des Präsidiums vorgenommen werden. Gegen die Wahlergebnisse im 5., 6., 22. und 46. Wahlkreis wird Einspruch bei der Kammer erhoben werden.

Stadtverordnetenwahltag in Ulbing.

Ulbing, 26. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl gewannen die Genossen in der 3. Abteilung von sechs Sitzen, die sich bisher noch nicht in ihrem Besitz befanden, vier. Ein Genosse kommt in anschließende Stichwahl. Die Fraktion zählt jetzt 15 Mitglieder.

Das Regime Jüaniskais.

Moskau, 26. November. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Mit Rücksicht auf die Erregung der Gemüter, die durch die Ereignisse in Peking und die Niederlage der Nationalisten in der Mandchurei hervorgerufen worden ist, ist über Wunden der Belagerungszustand verhängt worden. Die Frage der Begrenzung der Befugnisse der Militär- und der Zivilverwaltung in der Mandchurei ist endgültig geregelt. Das Amt des Luthi ist abgeschafft worden, über die Provinzen sind Zivilgouverneure gesetzt worden, die unmittelbar der Regierung in Peking unterstehen. In militärischer Beziehung ist die Mandchurei in der Form eines Sonderbistrits abgetrennt worden, gleichzeitig ist ein Oberkommandeur eingesetzt worden.

Bauunglück in Düsseldorf.

Düsseldorf, 26. November. (H. V.) Bei dem Abbruch zweier Häuser stürzte heute ein Teil des Mauerwerks ein, wodurch vier Arbeiter durch die Mauer begraben und schwer verletzt wurden. Zwei von ihnen schweben in Lebensgefahr. Zahlreiche andere Arbeiter erlitten durch herabfallende Steine Verletzungen.

Festnahme der Kölner Raubmörder.

Bonn, 26. November. (W. Z. B.) Als Mörder der Witwe Wiedorf in der Weichbüttelgasse wurden heute zwei etwa 20jährige stellenlose Hausdiener, Max Krajewski und Johann Raquette, verhaftet, die die Tat bereits eingestanden haben. Krajewski hatte sich fälschlich die Bezeichnung eines Bäckers Anton Julius Meier beigelegt und war unter diesem Namen als mutmaßlicher Täter genannt worden.

Die Untersuchung der „Vollurno“-Katastrophe.

London, 26. November. (W. Z. B.) Vor dem Handelsamt wurde heute über den Brand des „Vollurno“ verhandelt. Der Anwalt des Amtes erklärte, das Schiff habe 19 Boote mitgeführt, welche nach 150 Personen mehr hätten aufnehmen können als an Bord waren. Gegenüber der bei dem Untergang der „Titanic“ gemachten Erfahrung sei es bemerkenswert, daß der Verlust an Menschenleben geringer gewesen wäre, wenn der „Vollurno“ gar keine Boote mitgeführt hätte, denn alle zu Wasser gebrachten Boote wären verunglückt, so daß viele Leute ertrunken wären. Die Ladung des Schiffes bestand aus Äpfeln mit Öl und Teer, aus Torf, Lumpen und mit Stroh bewickelten Flaschen, daher glaubten der Kapitän und wer sonst von der Ladung Kenntnis hatte, das Schiff müsse jeden Augenblick zugrunde gehen. Der Kapitän, der Chefingenieur und zwei Matrosen arbeiteten die ganze Nacht hindurch an der Herstellung von Hissen, um einen Teil der noch an Bord befindlichen 200 bis 400 Menschen zu retten. Als die Boote der anderen Schiffe anlangen, rief der Kapitän den Auswanderern zu, sie möchten über Bord springen; als diese sich jedoch weigerten, sprangen die Ingenieure und mehrere Matrosen voran, um ihnen den Weg zu zeigen. Lord Desart, der den Vorfall führte, erklärte, daß nach guter seemannischer Tradition gehandelt worden sei.

Schreckliches Fliegerunglück.

Mourmelon, 26. November. (W. Z. B.) Ein Militärhoppelflieger mit zwei Insassen ist an der Grenze des Departements Marne und Aube abgestürzt, wobei der Benzinhälter explodierte und die beiden Flieger verbrannten.

25
 Unserem verehrten Chef
Herman Seelig
 nicht Frau Gemahlin
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur Silberhochzeit.
 Die Bodenmacher der Piano-
 fabrik Bell & Co.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreis**
 Am 24. d. M. verstarb unsere
 Genossin Frau

Klara Jäckel
 Bankstr. 69, Bezirk 808.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
 von der Halle des Zentral-
 Friedhofes in Friedrichsfelde aus
 statt. 232/14
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 Kreis Niederharnim.**
 Bezirk Niederschöndauken.

Am Dienstag, den 25. Nov.,
 früh 7 1/2 Uhr, verschied nach lan-
 gem, schwerem Leiden unser Mit-
 glied, die Genossin
Anna Schirge
 im 36. Lebensjahr.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 28. d. M., nachm.
 3 Uhr, von der Halle des neuen
 Friedhofes in der Schönholzer Heide,
 Germaniastr. 2, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet.
 241/19 Die Bezirksleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Fern-
 macher
Hermann Delor
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 27. November,
 nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Französischen Friedhofes
 in Pantow, Hollenstraße, aus
 statt.

Ferner hat unser Mitglied,
 der Dreher
Gustav Struck
 am 25. November an Schlaganfall.
 Die Beerdigung findet morgen
 Freitag, den 28. November, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des städtischen Friedhofes,
 Seestraße, Ecke Müllerstraße, aus
 statt. 130/9
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

**Turnverein „Fichte“
 Berlin.**
 (R. d. Arb.-Turnerb.)

Den Turngenossen zur
 Nachricht, daß unser langjähriges,
 treues Mitglied
Adalbert Kirbauer
 am 24. November gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 27. November,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des städtischen Fried-
 hofes, Seestraße, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 186/11 Der Vereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Maschinen-
 arbeiter
Franz Heumann
 (Weissenhof, Sedanstr. 3) im Alter
 von 50 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 29. November,
 nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
 Halle des Weissenhofer Gemeinde-
 Friedhofes, Hildestraße, aus statt.
 22/10 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
 Transportarbeiter-Verband.**
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unsere Kollegin
Marie Klauß
 am 24. November im Alter von
 55 Jahren verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 28. November,
 nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Gemeinde-Fried-
 hofes in Friedrichsfelde-Karlshorst
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 69/18 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß meine
 liebe Frau und gute Mutter
 meines Kindes
Martha Greulich
 geb. Haupt
 am 25. d. Mts. nach kurzem
 schwerem Leiden verstorben ist.
 Meinen Schmerz werden alle die
 würdigen, die sie gekannt haben.
 Die Beerdigung findet Sonn-
 tag, den 30. November, 3 Uhr
 nachmittags, auf dem Gemeinde-
 Friedhof in Lohndorf statt.
Emil Greulich.

Hiermit die traurige Nachricht,
 daß am 23. November meine
 liebe Frau, unsere herzensgute
 Mutter, Tochter, Schwiegertochter,
 Schwester, Enkelin
Frieda Sauerweier
 geb. Andrae
 nach kurzem, schwerem Leiden im
 Alter von 25 Jahren verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 27. November,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Kapelle des städtischen Friedhofes,
 Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus
 statt. 7991
 Im Namen der trauernden
 Hinterbliebenen
Richard Sauerweier.

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß meine
 liebe Frau, unsere treuherzige
 Mutter
Anna Richter
 im 38. Lebensjahre am Dienstag,
 den 25. November, verstorben ist.
 Dies zeigt tiefbetrubt, um stille
 Teilnahme bitten, an
Ernst Richter nebst Sohn
 Baldstraße 49.
 Die Beerdigung findet Freitag
 27. Uhr von der Leichenhalle in
 Lohndorf aus statt. 443

Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten hiermit die trau-
 rige Nachricht, daß am Dienstag,
 den 25. November, abends, unser
 innig geliebtes Töchterchen und
 Schwester
Erna
 im Alter von 3 1/2 Jahren an
 Diphtherie und Scharlach ver-
 storben ist. Dies zeigen hiermit
 tiefbetrubt an die trauernden Eltern
A. Zimmermann
 nebst Frau,
 Reußstr. 5, Schillerpromenade 3.
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, 27. Uhr, auf dem
 Zentralfriedhof in Friedrichsfelde
 statt. 1015

Für die herzliche Teilnahme sowie
 die zahlreichen Kranzspenden bei der
 Beerdigung meines lieben Mannes
 und unseres guten Onkels
Paul Franke
 sagen wir allen Verwandten und
 Bekannten, dem Deutschen Metall-
 arbeiterverband, den Kollegen der
 Firma Liborius u. Co. und ganz
 besonders dem Sozialdemokratischen
 Wahlverein Reußstr. für den schönen
 Grabgefang unseren besten Dank.
Frau Anna Franke.
Elise Blaurock, Witwe.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme sowie reichen Kranzspenden
 bei der Beerdigung meines geliebten
 Mannes und treuherzigen Vaters
Gottlieb Heinze
 sagen wir allen, welche ihm die letzte
 Ehre erwiesen haben, unseren innig-
 sten Dank.
Witwe Heinze
 nebst Tochter.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme sowie für die reichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes
Wilh. Dräger
 sagen wir allen Verwandten und Be-
 kannten unseren herzlichsten Dank.
Luike Dräger
 nebst Kindern.

**Allgemeine
 Orts-Krankenkasse
 Berlin-Weißensee.
 General-Versammlung
 der Vertreter**
 am Montag, den 8. Dezember cr.,
 abends 8 Uhr, im Restaurant
 „Prälaten“, Berlin-Weißensee,
 Reiderstraße 122.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes.
 2. Wahl der Rechnungs-Prüfungs-
 kommission (ein Arbeitgeber,
 zwei Arbeitnehmer).
 3. Verschiedenes. 299/3
 Beschwerden gegen die Geschäftsführung
 müssen schriftlich erfolgen und
 können in der Versammlung nur be-
 antwortet werden, wenn dieselben
 mindestens drei Tage vorher erhoben
 worden sind.
 Zum Eintritt sind nur die mit
 Legitimation versehenen Vertreter be-
 rechtigt.
 Berlin-Weißensee, den 25. Nov. 1913.
Der Vorstand.
 A. H. Fuhrmann, Vorsitzender.

Achtung! Achtung!
 An alle in den Lagerbier-, Malzbier-
 brauereien sowie Mälzereien beschäft.
 Maschinenisten, Heizer, Abchmierer und
 Kohlenarbeiter!
Zwei Versammlungen

Für die Tagsicht:
 Freitag, den 28. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engelauer 15, Saal III.
 Für die Mittel- und Nachtschicht:
 Sonnabend, 29. November, morgens 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engelauer 15, Saal I.
 Tagesordnung in beiden Versammlungen:
 Unsere Tarifbewegung. Wahl der gemeinsamen Lohnkommission.
 Kollegen! Erscheint alle Mann in diesen wichtigen Versammlungen.
**Verband der Maschinenisten und Heizer,
 Verband der Brauerel- und Mühlenarbeiter,
 Ortsverwaltungen Berlin.**

**Achtung! Brauereihandwerker Achtung!
 und Handwerker-Hilfsarbeiter.**

Sonnabend, 29. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engelauer 15, Saal I.

Versammlung
 aller
 in den Lagerbier-, Malzbierbrauereien sowie Mälzereien
 beschäftigten Handwerker und Handwerker-Hilfsarbeiter.
 Tagesordnung:
 Unsere Tarifbewegung. Wahl der gemeinsamen Lohnkommission.
 Kollegen! Es ist eure dringende Pflicht, in dieser wichtigen Ver-
 sammlung zu erscheinen. Kein Mann darf fehlen. 44/17
**Verband der Brauerel- u. Mühlenarbeiter, Verband der Zettler,
 Deutscher Metallarbeiterverband, Verband der Maler u. Lackierer,
 Deutscher Holzarbeiterverband, Allgem. Deutscher Gärtnerverein,
 Verband der Kupfer Schmiede (Ortsverwaltungen Berlin).**

**Verein der Weihnachtsbaum-Detail-Händler
 und Händlerinnen Berlins und Umgegend.**

Öffentliche Versammlung
 am Sonntag, den 30. November, vormittags 11 Uhr,
 im Lokal von Frau Wille, Sebastianstr. 39.
 Tagesordnung:
 Ist der Einzelverkauf auf den Engrosplätzen zulässig? Ref.: Kollege
 G. Müller. 1006
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer
 (Ersatzkasse.) Örtliche Verwaltung Berlin.

Freitag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
 haus, Engelauer 15:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal.
 2. Die Krankentafeln nach dem 1. Januar 1914.
 Referent: Ramecad F. Wellsov. 253/6*
Der Vorstand.
 J. H. Richard Schröder, Berlin O., Köhler Str. 7, born IV.

SINGER
 Familien-
 Nähmaschinen
 sind die
 vollkommensten!
 Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.
SINGER CO.
 Nähmaschinen Act. Ges.
 Berlin, Leipziger Str. 92.
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Orts-Krankenkasse
 für
 Pantow.**

Die zum Freitag, den 5. Dezem-
 ber 1913, angelegte Wahl zum
 Ausschuss der Allgemeinen Orts-
 krankenkasse Berlin-Pantow
 wird hiermit aufgehoben.
 Sowohl von den Arbeitgebern, als
 auch von den Arbeitnehmern ist nur
 je ein einwandfreier Wahlvorschlag
 eingereicht worden.
 Die vorgeschlagenen Personen gelten
 daher nach § 9 der Wahlordnung als
 gewählt; die Vornahme einer Wahl
 ist nicht erforderlich. 298/20
 Berlin-Pantow, den 27. Nov. 1913.
Otto Rißmann, Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse
 der Nadler und
 Siebmacher.**

Sonnabend, den 6. Dezember 1913,
 abends 8 Uhr,
 im Lokal von Wollschläger,
 Halberstr. 21:
**Ordentliche
 General-Versammlung.**
 Tagesordnung:
 1. Berichten der Protokolle.
 2. Wahl der Revisoren zur Prü-
 fung der Jahresrechnung 1913.
 3. Bericht über die künftige Ge-
 staltung der Allgemeinen Orts-Krank-
 kasse der Stadt Berlin.
 4. Gewährung einer einmaligen
 Teuerungszulage an den Rentanten.
 5. Verschiedenes. 299/2
Der Vorstand.
 G. H. v. K. Schmidt, Verf.

Plüschmäntel
 Maulwurfsimitation, Velours-du-Nord-
 u. Astrachanmäntel. Verk. an Private
 zu Engrospreisen direkt a. d. Fabrik,
Kommandantenstr. 51, 1 Tr.

**Bäckerei-Genossenschaft
 Charlottenburg u. Umgegend**

Einladung zur
General-Versammlung
 am Sonntag, den 14. Dezember,
 nachmittags 4 Uhr,
 im Volkshaus, Köpenickerstr. 3.
 Tagesordnung:
 1. Anträge. 2. Wie stellen sich
 die Genossen zur Anstellung eines
 kaufmännischen Leiters? 3. Ver-
 schiedenes. 106/10
Der Vorstand.

**Dr. A. J. Weil's
 Hafermark**
 macht alle Kinder stark!
 Natürliches Nähr- und Kräfti-
 gungsmittel für Säuglinge,
 stillende Mütter, Magen-
 leidende, Schwächliche, Re-
 konvaleszenten und für den
 täglichen Familiengebrauch.
 Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.
 Zu haben bei
D. Mader, Prinzenstr. 86.
 Zu haben in den Filialen der
Konsumgenossenschaft
 Berlin und Umgegend.

**Knaben- und
 Jünglings-Garderobe**
 Großes Lager
 in jeder Ausführung, nur eigene
 Anfertigung.
 zu sehr billigen Preisen.
 Herren-Garderobe nach Maß
**Karl Hustädt, Köpenickerstr. 85,
 parterre.**
 2 Minuten vom Södel-Bahnhof

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz
 10-2, 3-7. Sonntags 10-12

Spezialarzt
 f. Haut-, Horn-, Frauenleiden,
 nerv. Schwäche, Weinfraule jeder
 Art. **Christlich Data - Ruxen in
 u. Co. lang- u. Co. lang-
 Laborat. i
 Blut-
 untersuchung, Säden i. Horn u. m.
 gegenüber
Friedrichstr. 81, Panoptikum.
 Spt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
 Honorar mäßig, auch Teilzahl.
 Separates Damenzimmer.**

Steppdecken
 Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin S. Oranienstr. 158.
 Similseide in den Farben 5²⁵ bis 21⁰⁰
 Seidenars. bord. 6⁰⁰ bis 27⁰⁰
 Wolatlas blau, oliv
 Daunendecken 25⁰⁰ bis 125⁰⁰
 Puppensteppdecken ... 35 Pf.
 Seilstrickdecken ... 2⁵⁰ bis 36⁰⁰
 1 Partie graue Schmitterdecken ... 1³⁵
 Nach auswärts per Nachnahme.
**Weihnachts-
 Extraliste u. Katalog**
 enorm billiger Geschenkartikel
 (600 Abbild.) grat. u. franko

Petroleumbeleuchtung
 im praktischen Gebrauch
 immer noch am billigsten!
Urania-Salonoel
 garantiert rein amerikanisches Sicherheits-
 petroleum (wasserhell), größtmögliche
 :: Sicherheit gegen Explosionsgefahr. ::
DAPOL
 garantiert rein amerikanisches Leuchtpetroleum.
 Die bewährten Marken der Deutsch-Amerikan. Petroleum-Gesellschaft

Hier wird nur **DAPOL** verkauft!

URANIA-SALONOEL
 DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESellschaft

Gewerkschaftliches.

Auch eine „Nötigung“.

Nicht wenig erstaunt war der Beamte des Bauarbeiterverbandes Genosse Eberle, Mannheim, als er vor acht Tagen eine Vorladung zum Mannheimer Amtsgericht erhielt, um wegen eines Vergehens gegen den § 114 des Reichsstrafgesetzes vernommen zu werden.

„Wer es unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Behörde oder einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung zu nötigen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.“

Genosse Eberle zerbrach sich vergeblich den Kopf, wann und wie er einen Beamten genötigt haben sollte. Schließlich nahm er an, daß es sich um einen Irrtum handele und ein anderer gemeint sei. Leichten Herzens ging er zum Amtsrichter in der sicheren Erwartung, daß es nur ein paar Worte seinerseits bedürfte, um die Klärung zu bringen. Leider sollte er sich hierin täuschen, denn nach den Akten stand hier „der richtige Mann am rechten Fleck“! Es wurde ihm die Eröffnung gemacht, daß er in einer Eingabe vom 29. Oktober 1913 an das N. B. Bezirksamt zu Frankfurt, in welcher er sich über die mangelhafte Durchführung des Bauarbeiterschutzes beschwerte, diese Behörde habe „nötigen“ wollen, die erlassenen oberpolizeilichen Vorschriften strikte durchzuführen. Denn er hatte die im Antrage des Deutschen Bauarbeiterverbandes gemachte Eingabe mit folgender fürchterlichen Drohung geschlossen:

„Wir haben nicht die Absicht, von der Behörde mehr zu verlangen als in den oberpolizeilichen Vorschriften enthalten ist. Wir werden aber mit aller Energie auf Durchführung dieser Bestimmungen hinarbeiten. Sollte uns dennoch das königliche Bezirksamt in Frankfurt in dieser Beziehung nicht unterstützen, dann wären wir gezwungen von jeder Eingabe eine Abschrift an das königliche Ministerium zu senden.“

Da haben wir's! Das königlich bayerische Bezirksamt kalkuliert nun offenbar so: Durch die „Androhung“, dem Ministerium von den Eingaben an uns Kenntnis zu geben, sollen wir veranlaßt werden, etwas zu tun, was zu tun unseren eigenen Entschließungen anheim gestellt sein muß.

Das Verursachen, das Ministerium wird über unsere etwaige Untätigkeit unterrichtet werden, soll uns veranlassen, im Sinne der Bestrebungen zum Schutze der Bauarbeiter tätig zu sein. Das ist eine Nötigung. Das ist eine Nötigung zum Guten ist, eine Nötigung ist, unsere Pflicht zu tun, ist neben-sächlich, denn es steht ja nicht im Gesetz, daß nur Nötigungen zum Bösen gemeint sind. Daß erst gestern wieder ein Arbeiter beim Bau des städtischen Gaswerks in Ludwigshafen infolge fehlender Abdeckung einen tödlichen Unfall erlitten hat, und daß bei den Neubauten der Anilinfabrik in Oppau von Anfang Mai bis zum 20. Juli vier Unfälle mit tödlichem Ausgang vorgekommen sind, ist sicherlich zu bedauern, aber ein Recht uns zu nötigen, darf der Bauarbeiterverband daraus nicht herleiten!

Nach dieser Theorie der Frankenthaler Polizei darf man auch einen Polizisten nicht nötigen, einen Dieb festzunehmen, denn der Beamte weiß selber, was er zu tun hat. Ihn an seine Pflicht erinnern mit der Bemerkung, daß man eventuell seiner vorgesetzten Behörde von dem Anzeigen, das man ihm gestellt habe, Kenntnis geben werde, bedeutet eine strafbare Nötigung. Der Beamte darf wohl einen Bürger nötigen, aber nicht umgekehrt der Bürger den Beamten. In Konsequenz dieser Auffassung müßte übrigens auch das Beschwerderecht gegen die Beamten abgeschafft werden.

Nun, vielleicht kommt das auch noch, denn wir haben es herrlich weit gebracht in puncto, lausischer Rechtsauslegung, wenn es sich darum handelt, den mühsam erkämpften Arbeiterschutzes einigermaßen wirksam zu gestalten.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter.

Nachdem am Sonntag die Brauer und Hilfsarbeiter Stellung zum Tarife genommen und bestimmte Forderungen aufgestellt hatten, be-

Kleines feuilleton.

„Die größte Sensation“ und „die höchste Naturwahrheit“. Diese Anekdote sind natürlich Reklamen der Kinopresse entnommen, und sie werden gebraucht von Künstlerinnen, die auf ihrem Gebiete Tüchtiges leisten und nur vom Golde bestochen sich für das Kino mißbrauchen lassen.

Die „größte Sensation des Winters“ ist „Emmy Destina“ im Löwenkäfig. Man sollte der Destina täglich wenigstens einmal folgende Ankündigung vorlesen und jeder, der sie in der Oper oder im Konzert hört, sollte daran denken:

Das Filmdrama „Die Löwenbraut“ nimmt unter den Erzeugnissen der letzten Jahre schon aus dem Grunde eine besondere Stellung ein, weil darin eine Künstlerin vom Welttruf nicht in einer für sie gefährlichen Rolle auftritt, sondern sie selbst spielt. Wir begegnen der großen Sängerin Emmy Destina in dem Stück mehrmals in eigener Person und zwar im Konzertsaal und — im Löwenkäfig, wo sie vor einem Auditorium von wilden Bestien die Rignon-Arie singt. (Als Pendant empfehlen wir etwa einen Film: Wagner, die Götterdämmerung an der Spitze eines Orchesterleiters im Uralwalde dirigierend.)

Grete Wiesenital ist immerhin mehr in ihrer Spärbare geblieben, wenn sie in dem orientalischen Film Kadra Costa mitwirkt. Aber wie die „höchste Naturwahrheit“, die man uns anpreist, zustande kam, verrät der Prospekt mit naiver Kühnheit:

„Um die höchste Naturwahrheit im Film zu erzielen — prahlte er — haben wir auf eigenem Gelände eine orientalische Straße erbaut, deren Herstellung ein halbes Jahr in Anspruch nahm. Vierhundert Personen wirkten allein in einer Szene mit!“

In der Tat eine bewundernswürdige Naturwahrheit — die Orientstraße, die in oder bei Berlin extra gebaut wird.

Wo der Geist ohne Furcht ist und das Haupt sich hoch hält, Wo Wissen frei ist, Wo die Welt nicht in Stücke gebrochen ist von engen häuslichen Mauern,

Wo die Worte aus der Tiefe der Wahrheit kommen, Wo unermüdetes Streben keine Arme streckt nach Vollendung,

Wo der klare Strom der Vernunft seinen Weg nicht verloren hat in den traurigen Wästen toten Brauchs,

Wo der Sinn von die vorwärts geführt wird in immer weiters Denken und Tun —

In diesem Himmel der Freiheit mein Vater, laß mein Land erwachen.

schäftigten sich am Dienstag auch deren Berufs- und Verbandskollegen, die Flaschenkellerarbeiter in einer sehr gut besuchten Versammlung mit dem kommenden Tarife. Träger hielt das einleitende Referat, in dem er die Lage dieser Berufsgruppe schilderte und die Forderungen formulierte. Diese Forderungen sind unzweifelhaft berechtigt, und zwar um so mehr, als die Arbeit der Flaschenkellerarbeiter eine schwere und ungesunde ist und die Löhne entsprechend den heutigen Lebensverhältnissen tatsächlich unzulänglich sind. Hierzu kommt noch eine große Arbeitslosigkeit in dieser Branche, bedingt durch die allgemeine ungünstige Geschäftslage und die immer mehr sich einbürgernden maschinellen Einrichtungen, die viele Arbeiter überflüssig machen. Darum muß das Schwergewicht des Kampfes neben der Erzielung einer angemessenen Lohnerhöhung auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt werden. Auf die Einführung des Achtstundentages muß mit aller Kraft hingewirkt werden. Eine Arbeitszeitverkürzung komme auch besonders für die Hofarbeiter in Betracht, wenn aber eine solche eintrete, so dürfe dieselbe keineswegs durch Überstundenarbeit ausgeglichen werden. So wie jetzt das Leben in den Wohnungen im Schwünge sei, dürfe es später nicht weitergehen, dem werde durch torische Bestimmungen der Boden entzogen.

Dem Vortrage folgte eine sehr rege und sachliche Diskussion, in der die Lage der Flaschenkellerarbeiter und Hofarbeiter einer eingehenden Erörterung unterzogen wurde. Es wurden mancherlei Wünsche und Forderungen geäußert.

Im übrigen stimmten aber alle Redner mit dem Referenten in den Hauptforderungen überein.

Es wurde sodann noch eine neungliedrige Lohnkommission gewählt.

Die Krise in der Schokoladen- und Zuderwaren-Industrie.

In Zeiten der Krisen, der Arbeitslosigkeit hat natürlich der Arbeiter kein Geld für Schokoladen und Zuderwaren, da hat er zu sorgen für das nötige Brot. So sehrschuldig auch das Verlangen der Kinder nach einer Leckerei ist, mit schwerem Herzen müssen die Eltern ihren Lieblingen diese verweigern. Sie haben wichtigere Sorgen: die Not steht vor der Tür, das Gekosten der Arbeitslosigkeit geht um. Auch der so nahrhafte Kakao, das wohl idealste Frühstücksgetränk für Kinder, muß in diesen Zeiten der Pichorienbrühe weichen. Wohl unter jedem Weihnachtsbaum ist Honighuchen und Zuderwerk zu finden, aber in diesem Jahre wird auch in vielen Arbeiterfamilien es nicht dazu kommen. Jede Krise auf dem Wirtschaftsmarkt macht sich deshalb vor allem in der Schokoladen- und Zuderwarenindustrie bemerkbar. Trotzdem in dieser Branche jetzt Hochsaison ist, ist doch die Zahl der Beschäftigten sehr zurückgegangen und sind jetzt, was in dieser Zeit noch nie gewesen, ein großer Teil Arbeitslose zu verzeichnen. Gatten es bisher die Arbeitgeber meistlich verstanden, ihre Arbeiter von der Organisation fern zu halten, umsonst nutzen sie jetzt rücksichtslos ihre Macht aus. Bestanden bisher schon für Arbeiterinnen Löhne von 6, 7, 8 und 10 M. pro Woche und erhielten sogar noch Familienväter, welche oftmals eine drei- und vierjährige Lehrzeit durchgemacht hatten, noch Wochenlöhne von 20 bis 21 und 23 M., so sind jetzt Lohnreduzierungen und Maßregelungen an der Tagesordnung. Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren ist seit Jahren bestrebt, hier Remedur zu schaffen, doch ist diese Arbeiterkategorie so niedergedrückt, so deprimiert, daß sie scheinbar jede Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse verloren hat. Durch die brutalsten Maßregelungen sind sie so eingeschüchtert, daß sie sich scheuen in Betriebsversammlungen oder Versammlungen zu kommen. Ein auf das raffinierteste ausgebautes Spioniersystem verbindet auch jede Organisationsarbeit innerhalb der Betriebe. Wir glauben, hier hätte die gesamte Arbeiterschaft die moralische Pflicht, mit Hand anzulegen. Ein jeder organisierte Arbeiter sollte seine Familienangehörigen und Bekannten, sofern sie in diesem Bereiche arbeiten, immer wieder und immer wieder auf untergezeichnete Organisation aufmerksam machen. Wir bitten aber auch um Adressen von Arbeitern und Arbeiterinnen der Schokoladen- und Zuderwarenfabriken, damit wir sie in den Wohnungen aussuchen können, um sie so der Organisation zuzuführen.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Engelauer 14, III. Telefon: Moritzplatz 2398.

Büreauzeit von 8—11/2 und 4 1/2—7 Uhr, Sonnabends 8 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Wertarbeiter stellten in einer Versammlung fest, daß noch immer 500 Wertarbeiter, die früher auf den Hamburger Werften beschäftigt wurden, nicht wieder eingestellt oder sonst arbeitslos sind. Mit der Konstatierung dieser Tatsache wird erneut bewiesen, daß die unternehmerfreundliche Presse die Öffentlichkeit täuscht, wenn sie behauptet, in Hamburg mangle es an Arbeitskräften auf den Werften.

Ignatius Tschner, Ignatius Tschner, einer unserer tüchtigsten Architekturbildner, ist gestorben. Die Berliner kennen die Arbeiten dieses Deutschböhmen durch seine Tierfiguren an der westlichen Vorhalle des Reichstageshauses am Leipziger Platz, noch besser aber durch den in diesem Sommer erst eröffneten Märchenbrunnen. Für diesen schuf er die lustigen Gruppen, die auf dem Rand des Wasserbeckens stehen.

Tschner, der nur 42 Jahre alt geworden ist, war ein gewandter und humorvoller Handarbeiter — die großen Probleme der Kunst interessierten ihn nicht. Er war es zufrieden, den Baumeistern ein hübsches Gebilde im Dekorativen zu sein. In allem, was er schuf, spannt etwas von der still-lachenden Romantik moderner Volkslieder. Der Handwerksbursche, den er einmal aus Holz schnitzte, ein rechter Bruder Leichnitz mit gesticktem Stiefel, türrendem Magen und schmurrigem Bind, war ein Stück vom Wesen dieses Figurgenießers.

Fulda im Glashaufe. Ludwig Fulda hat gegen einen Großindustriellen der Operettenbranche Klage erhoben, weil er ihm irgendeine Komödienidee gestohlen hat. Die Verhandlungen fanden gestern statt, ohne zu einem Ende zu gelangen. Beweiserhebung wurde beschlossen.

Wie man hört, hat der Märchendichter Hans Christian Andersen aus dem Grabe heraus gegen Herrn Fulda geklagt, weil er in dem Drama vom König ohne Kleider „Der Zalsöman“, ein Plagiat an einem Andersen'schen Märchen begangen. Leider ist diese Sache bereits verjährt.

Da die Dichter augenscheinlich an Ideenarmut leiden, wäre es vielleicht zweckmäßig, wenn sie sich ihre originalen Gedanken demnächst patentieren ließen, damit sich keiner mehr an ihnen ungestraft vergreifen kann.

Theater.

Kammerspiele: Androklus und der Löwe; von Shaw. Eine Anekdote des alten Asien, die beweisen soll, daß die Tiere Gedächtnis besitzen, gab Shaw zu diesem Märchenstück den Anstoß. Ein entlaufener römischer Sklave, heißt's dort, wurde in der Wüste von einem Löwen überrascht, der einen Dorn in seiner Lunge hatte und weidend mit sanften Blicken den Fremdling um Hilfe zu bitten schien. Angstzitternd zog Androklus ihm den Dorn heraus und wurde von dem dankbaren Patienten drei Jahre lang gastfrei mit Bild versorgt. Dann aber, als sie sich getrennt, gerieten beide in Gefangenschaft. Bei den blutigen Festspielen im römischen Jirtus war man Androklus einem turenden Löwen zum Fraße vor. Es war derselbe, dem der Sklave geboten. Das Tier erkannte auf der Stelle seinen Retter, schmeigte sich freundlich an ihn, und unter dem Applaus der Menge wurde beiden Freiheit und Leben geschenkt.

So ist also — schließt der rührende Bericht — auch den Tieren Gedächtnis eigen.“ Eine Geschichte, die in dem Stile etwa

Die „unabhängigen“ und „unpolitischen“ Gelben.

Die gelben Vereine bestreiten stets, sich mit Politik zu befassen und mit Unternehmern subventioniert zu werden. Oft ist ihnen das Gegenteil nachgewiesen worden. So vor kurzem aus dem Jahresbericht der preussischen Bergbehörden. Bergrat Müller vom Revieramt Wattenfeld gab an, daß die sogenannten nationalen Werkvereine von den Fiskusverwaltung durch Zuwendung von Geldmitteln unterstützt werden.

Einen neuen Beweis für die Abhängigkeit der gelben Vereine vom Unternehmertum erbringt Berginspektor Bachmann in Zwidau in seinem amtlichen Bericht. Er sagt wörtlich:

„Durch den Bergarbeiterausstand im Frühjahr 1912 veranlaßt, haben die Steinkohlenwerke im Zwidauer Revier den „Knappenverein“ im Zwidauer Revier als eingetragenen Verein ins Leben gerufen. Die Werke zahlen die Hälfte der Mitgliederbeiträge.“

Zur Beurteilung der gelben Unabhängigkeit wird das genügen. Die Behauptung der „Wirtschaftsfriedlichen“, ihre Vereine seien politisch neutral, ist ebenfalls öfter widerlegt worden. Sie kümmern sich sehr wohl um Politik, natürlich aber nur im Sinne ihrer Geldgeber. Hier gleich zwei Beweise: Zu der am 20. Oktober 1913 stattgefundenen Versammlung des Werkvereins der Zeche „Freie Vogel und Linderhoff“ wurde Stellung genommen zur demnächst stattfindenden Gemeinderatswahl. Der Vorsitzende empfahl den Mitgliedern, bei der Wahl so vorzugehen, wie bei der Ständemännerwahl. (Werkverein Nr. 43 — 1913.) — Am 16. November beschloß der Werkverein der Zeche „Karl Junke“ selbständiges Vorgehen des Werkvereins bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl. Als Kandidaten wurden aufgestellt: (folgen die Namen der Kandidaten.) (Werkverein Nr. 47 — 1913.)

Nach diesen Beispielen sind also die gelben Werkvereine gleich Wahlvereine, für welche Partei, ist aus der Kandidatenaufstellung klar zu erkennen.

Wenn ein Gelbverein ein Arbeiterlieb fängt oder ein Turnverein ein paar Sozialdemokraten zu Mitgliedern hat, werden diese Vereine als politisch erklärt. Die gelben Werkvereine mit ihrer offenkundigen politischen Betätigung bleiben davon verschont. Sie sind Stützen des Kapitals und damit Stützen des Klassenstaates. Daher wird ihnen kein Haar gekrümmt.

Vom Tabaktruff.

Der mit großem Aufwand von nationalem Pathos geführte Kampf gegen das Eindringen des amerikanischen Tabaktruffs in Deutschland hat vor einiger Zeit zu einer überraschenden Wendung geführt. Der Syndikus des „Verbandes zur Abwehr des Tabaktruffs“ ist aus diesem Verbande ausgetreten und hat eine neue Organisation von Tabakproduzenten begründet, die sich zu einem Zusammengehen mit dem Truff bereit erklärt.

In diesen Vorgängen ist ein weiterer Sieg des Tabaktruffs zu erblicken. Nur wird sich vor jetzt ab das weitere Eindringen des Tabaktruffs in der Öffentlichkeit noch schwerer kontrollieren lassen, da der Weg gütlicher und stillschweigender Vereinbarungen mit dem Truff von den deutschen Produzenten zwar häufiger beschritten, aber weniger laut und eifrig erörtert werden wird. Die vom Truff unabhängigen Firmen haben den ganzen Streit ebenso wie der Truff natürlich nur im Interesse ihres Profits geführt; die Bezeichnung „trufffrei“ war nichts anderes als eine neue Reklamemerkmal, die man durch die Hervorhebung nationaler Motive möglichst wirksam zu machen suchte. Eine merkwürdige Rolle spielt dabei die bürgerliche Presse, die sich gegen das Eindringen ausländischen Kapitals durch den Tabaktruff in das deutsche Wirtschaftsleben erhebt, aber gegen die Verbrüderung des internationalen Kapitals kein Sterbenswörtchen sagt.

Ein Einfluß des Tabaktruffs in Deutschland besteht bisher nur für die Zigarettenindustrie. Es hängt das mit der allgemeinen Entwicklung dieser Industrie zusammen. In die Zigarettenproduktion dringt immer mehr der Großbetrieb ein. Durch die Einführung von Maschinen läßt sich hier leichter als in anderen Zweigen der Tabakindustrie die Handarbeit ausschalten. So können neuere Maschinen bei Bedienung von zwei Personen täglich 200 000 Stück Zigaretten herstellen, während ein ausgebildeter Handarbeiter nur 1200 bis 1400 Stück anfertigen kann. Die Betriebe ohne Maschinen gehen daher an Bedeutung immer mehr zurück, obgleich sie der Zahl nach noch vorherrschen. Im Jahre 1912 bestanden etwa 1000 Tabakfabriken, die nur Zigaretten herstellten. Ueber die Hälfte davon arbeitete überhaupt ohne Gehilfen.

von Gottfried Kellers Legenden neu erzählt und humoristisch sinnvoll durchleuchtet, gewiß auch heute fesseln würde, die aber jedem Dramatisierungsbefuche gründlich widerstrebt. Man wird den peinlichen Verdacht nicht los, daß Shaw den Stoff hauptsächlich darum aufgeworfen, weil sich der Darstellung des kranken danbaren Wästenkönigs auf der Bühne ein paar neuartige Schwankeffekte abgewinnen ließen.

Im ersten Akte gab es auch viel zu lachen. Aus dem Sklaven ist bei Shaw ein zum Christentum bekehrtes sanftmütiges Schneiderlein geworden, das seine Dulderfähigkeit mit einer geistlichen Kantippe zum höchsten Grade der Vollendung ausgebildet hat. Sehr drohlig ist der Übergang der Angst zum Witz, als die brüllend heranhumpelnde Pestie wehleidig seine kranke Woste zeigt, und das tröstliche Jureden bei der Operation — woran als Schlusseffekt der Bierulkmerz eines Tanzchens der tierischen Majestät mit seinem Wohlwäter sich schlief.

Zur Weiterführung einer so begonnenen Schaurie müssen dann aber die Christenverfolgungen der römischen Kaiserzeit als Hintergrund herhalten! Eine Gewalttätigkeit, die durch die offene Absicht, um jeden Preis nur parodieren zu sein, nicht anders als verstimmend wirken konnte. Wenn eingestrichelter Ernst und manche nachdenkliche Wendung im zweiten Akt dem peinlichen Gefühl des Mißverhältnisses noch einigermaßen die Wage hält, steigert es sich in dem grotesken, ziellosen Wirrwarr des letzten bis zur Unerträglichkeit. Ein Haufe von Christen, die lieber als Glaubensmartyrer von wilden Tieren sich zerreißen lassen, als daß sie den Heidengöttern das offiziell verlangte Weichrahmpfer darbringen wollen — neben dem friedfertigen Schneiderlein der riesenstarke, jähörnige Ferrobius und die schöne Ravinia — lagert vor dem Herkules, dem Spott und Hoßn vornehmere Laffen preisgegeben. Lächelnd harren sie des Furchtbaren und stimmen ihre Lieder an, die wie ein Heilsarmeenarsch klingen. Stolz weiß Ravinia die verliebte Bitte des schönen, aufgefärbten Hauptmanns ab, sich durch die kleine Jeremie des Dpfers im letzten Augenblick noch zu retten. Und Ferrobius ringt in gewaltigen Wissenschaftskampf mit seinem „Teufels temperament“, zwingt sich, den fremden, heidnischen Spötter, den seine ungeheure Faust bereits gepackt hat, mit heißen Knochen laufen zu lassen. Die Komik des Widerpruchs zwischen seinem eingeborenen — urwüchsigen Kraftmeierum und der aufgefrosenen milden Evangeliumslehre ist mit edel Shaw'scher Ironie herausgearbeitet, ein Glanzpunkt in der schlichten Leere des Abends.

Zu Schlußbild sieht man die Christen und die Gladiatoren hinter der Arena auf das Kommando warten: Braußiges und Vollstarkes mengt sich in hunder Willkür stilllos durcheinander. Schließlich kommt — als erster auf den Kampfplatz hinausgerufen — der Schneidermann mit seinem dort wiedergefundenen Löwenfreund herangetanzt, und der Kaiser, in Angst, das Tier werde sich auf ihn stürzen, läßt das Märchen samt allen gefangenen Christen ziehen. Ferrobius wird kaiserlicher Soldat, Ravinia, die Unerfüllbarkeit

weitere 130 mit nicht mehr als zehn Gehilfen. Dagegen beschäftigt von den verbleibenden fünfzig größeren Fabriken, die sich auch ungefähr mit der Zahl der Maschinenbetriebe decken, drei Betriebe mehr als 500 Gehilfen und vierzehn Betriebe 100-500 Gehilfen. Die Möglichkeit der Produktion durch Maschinen und der Bildung von Großbetrieben ist nun die Voraussetzung für die Anlage größerer Kapitalien, wie sie im amerikanischen Tabaktrafikt infiziert sind.

Mit der technischen Entwicklung ist die Produktion von Zigaretten gewaltig gestiegen. Im Jahre 1897 wurden in Deutschland erst eine Milliarde Zigaretten hergestellt. Im Jahre 1907 waren es bereits 5 1/2 Milliarden und in dem Jahre 1911 auf 1912 ist die Produktion von 9,4 auf 11 Milliarden gewachsen. Vielleicht hat die Reichsfinanzreform zu der Steigerung in den letzten Jahren mit beigetragen. Durch die starke Verteuerung des Tabaks kann der Konsum von Zigaretten zugunsten der im Einzelstück billigeren Zigaretten eingeschränkt worden sein. Diese Wandlung ist eingetreten trotz der hohen Zigarettensteuer, die im Jahre 1912 41,1 Millionen brachte, wozu noch der Zoll auf Zigarettentabak in Höhe von 7,4 Millionen trat.

Die deutschen Fabriken, die unter der Kontrolle des amerikanischen Trusts stehen, gehören sämtlich zu den größten Zigarettenfabriken. Im Jahre 1901 erwarb der Trust (American Tobacco Co., New York) als erste der deutschen Fabriken die Firma Georg A. Jasmagi in Dresden und wandelte sie in eine Aktiengesellschaft um. Als der Trust sich in England festsetzte und dort die Britisch-Amerikanische Tabakgesellschaft gründete, übernahm diese englische Tochtergesellschaft den bisherigen Besitz der Muttergesellschaft an Jasmagi-Aktien. Die Jasmagi A.-G. ist wieder Besitzerin der Jofetti G. m. b. H. Auch die Firmen Sulima G. m. b. H., Delta G. m. b. H., A. Waischari G. m. b. H. (Baden-Baden), R. Johannes Jasmagi und Adler A.-G. (Dresden) sollen mit der englischen Trustgesellschaft in Beziehung stehen. Wie stark der Trust zurzeit in Deutschland ist, läßt sich schwer angeben. Waischari allein soll etwa mit 30 Proz. an der deutschen Zigarettenproduktion beteiligt sein. Vorkünftig überwiegend jedenfalls noch die Firmen, die vom Trust unabhängig sind (darunter Manoli, Waldorf-Astoria, Hemidge, Rios, A. Constantin, Garbath-Rosenhof, Ed. Saurens, Le Abediver). In diesem Jahre ist wohl versucht worden, weitere Unternehmungen der Kontrolle des Trusts zu unterwerfen. Daher setzte die heftige Gegenagitation des Verbandes zur Abwehr des Tabaktrusts ein, die allerdings durch den Austritt des Verbandssyndikus und seine Neugründung, die ein Zusammengehen mit dem Trust zuläßt, stark geschwächt worden ist. Noch im Juli dieses Jahres hatte der Syndikus eine Abwehrschrift veröffentlicht, die zum Boykott von Marken der Trustfirmen aufforderte!

Wehr noch als die selbständigen Produzenten, die ihre Unabhängigkeit und ihren Profit wahren wollen, gehören die Händler zu den erbittertesten Gegnern des Trusts. Das beruht darauf, daß der Trust in Amerika die selbständigen Händler beseitigt hat. Dort verfügt der Trust durch eine besondere Organisation, die „Vereinigte Zigarettenhändler-Gesellschaft“ über etwa 1000 Zigarettenhändler in den Großstädten, während eine weitere Gesellschaft, die „Nationale Zigarettenverkaufs-Compagnie“ auch die Verkaufsstellen in den Geschäftszentren usw. beherrscht. Durch Gewährung von besonderen Rabatten bewegen die Trustgesellschaften zunächst die Händler, nur Trustmarken zu führen, um dann durch Sperre der Lieferung die Uebergabe des ganzen Geschäfts zu erzwingen. Händler, die ein Zusammengehen mit dem Trust ablehnten, wurden durch Einrichtung eines in unmittelbarer Nähe errichteten Konkurrenzgeschäfts vernichtet. Zu eigener Erzeugung der Rohmaterialien ist der Trust dagegen nicht übergegangen. Tabakfelder besitzt er nicht. Durch den Umfang seiner Fabrikation ist er aber in der Lage, beim Einkauf den Tabakpflanzern die Preise diktiert zu können.

Die Herrschaft über die Tabakverarbeitung gewann die 1890 von James R. Duke gegründete „American Tobacco Co.“ auf dem Wege von Finanz- und Börsenoperationen oder durch Unterbietungen, bei denen sich die Konkurrenzunternehmen nur durch Anschluß an den Trust vor dem Untergang retten konnten. Um die American Tobacco Co. gliederten sich nach und nach 88 Untergesellschaften, die zusammen 93 Proz. der gesamten Zigarettenproduktion, 62 Proz. der Kautabak- und 59 Proz. der Rauchtabakerzeugung kontrollierten. Auch über die Vereinigten Staaten hinaus folgte der Trust sukz. so ihres Christenglaubens nochmal betuernd, scheint keineswegs mehr abgeneigt, die schönen Hauptmanns Werten zu erthören. Sich einen Vers aus alledem zu machen, bleibt eben freudlichen Zuschauern vorbehalten.

Auch die ausgezeichnete Ausführung der Kammerpiele konnte dem Stücke nur zu möglichem Beifall verhelfen. Viktor Arnolds schlichtes, opfervolles Schneiderlein und Diegelmanns majestätischer Ferrodus mit dem dampfenden kristallinen Sänderbewußtsein waren schauwieldige Leistungen von seltener Originalität und Auebung. Auch Herr Matsas gemüthlicher Löwe, Ernst Dumsches Hauptmann, Friedeichs Offenbacher Operettenkaiser und Max Dietrichs schwärmerische Ravina verdienten jedes Lob.

Notizen.

— **Hoffen und Harren.** ... Das eine ist den Drahtziehern gelungen: der Nichterhaltung wegen der Wettbewerb-Verewaltung in Sachen des Washingtoner Volkshospitals ist der Weg in die Öffentlichkeit versperrt worden. Der Geheimrat Stübgen, der „Städtebauer“, wie er sich in seiner Inschrift in ein goldenes Buch vor Jahren selber betitelt, legte kurz vor der geplanten öffentlichen Protestversammlung der deutschen Architekten den Vorsitz dieser Versammlung nieder und die Versammlung wurde bis irgendwann verlegt. Jetzt erzählt die „Kunstschau“, daß Bauart Köhn den verwaisten Vorsitztron bestiegen habe.

Über die Versammlung bleibt weiter verlegt. Man will nunmehr erst einmal den Ausgang der parlamentarischen Aktion abwarten und glaubt sicher zu sein, daß vom Auswärtigen Aunte eine Antwort im Reichstage erfolgen wird. Die Harrenden werden gebeten, jetzt und dann im Barbierklub Platz zu nehmen.

— **Theaterchronik.** In der Deutschen Opernhause, Charlottenburg, wird heute „Der Freischütz“ gegeben, mit Frau Bachmann Endert als Agathe und Herrn Kammerjäger Gold als Max.

— **Vorträge.** Geheimrat Professor Dr. Bend, der Direktor des Instituts für Meereskunde, spricht am Freitag, abends 8 Uhr, in der Urania in der Reihe der Vorträge über „Walden und Vergehen der Alpen“.

— **Russikronik.** Der Berliner Tonkünstlerverein veranstaltet am Sonntag, den 30. November, nachmittags 4 Uhr, im Saale der Singakademie (Mastanienswäldchen) sein drittes Volks-Kammerkonzert: Leo G-dur von Haydn und Leo B-dur von Beethoven sowie Lieber von Schubert und Brahms.

— **Kunstabende.** Emil Milan hat für seinen zweiten Vortragsabend am 28. November im Choralionaal folgendes Programm gewählt: 1. Geron der Adelige, eine Personelle von Wieland; 2. Gawain, der den Freund verriet, Ballade von G. v. Münchhausen; 3. Die Alten, eine Erzählung von Alphonse Daudet. Karten bei A. Wertheim und Votz u. Votz.

— **Der Prehumpf.** Aus den Akten des ungarischen Kultusministeriums ist ein geheimes Schreiben ans Licht gekommen, aus dem man erfährt, daß der Generalintendant der königlichen Oper in Budapest Graf Sausky die Musiktruppe mit 50 000 Kronen „subventioniert“. Er hat das auf Interpellation auch gar nicht bestritten. Aber das Syndikat Budapestischer Musiktruppen wehrt sich und will eine Antwort, die ihm mehr „genügt“. Immer man so duhn!

in Kuba, Kanada, Australien, China, Indien, Südafrika, Jamaika, England, Stockholm. Interessant ist dabei, daß ihm die Monopolisierung des Importgeschäfts von Havana-Zigaretten nicht gelang. Wohl kaufte er drei Viertel der Fabriken in Kuba auf. Aber durch die bei einem Trustbetriebe notwendige Vereinheitlichung der Produktion blühten die Trustmarken an der für Importen beliebtesten Eigenart ein, so daß der Umsatz der Trustfabriken bis auf unter 50 Prozent sank.

Seine bedeutendste Tochtergründung im Ausland war die 1902 gebildete Britisch-Amerikanische Tabakgesellschaft. Anfänglich sträubten sich die englischen Fabrikanten gegen die Konkurrenz und gründeten als Gegenorganisation die „Imperial Tobacco Compagnie“. Aber vor den Nachmitteln des Trusts, der sich durch Unterbietungen und Sonderabatte die Händlerchaft gefügig machte, mußten die englischen Fabrikanten weichen. Der Trust und die englische Gesellschaft vereinigten sich. Diese englische Tochtergesellschaft des Trusts kann heute als Zentrale des Trusts gelten, nachdem im Frühjahr 1911 der Trust auf Grund des Anti-Trustgesetzes aufgelöst worden ist. Die Auflösung allerdings war nur eine formelle: das Urteil schrieb eine Spaltung des Trusts in vierzehn Gesellschaften vor, die aber wie ehedem einheitlich geleitet werden. Die Britisch-Amerikanische Tabakgesellschaft kontrolliert die gesamten Auslandsunternehmungen des Trusts; dazu gehören Gesellschaften und Fabriken in Kanada, Ceylon, Schanghai, Kalkutta, Südafrika, Kairo, Jamaika, Australien, Kopenhagen, Brüssel, Antwerpen, Stockholm und Petersburg. Auch die Jasmagi A.-G. in Dresden untersteht ihrer Kontrolle, und von dieser Gesellschaft aus sucht nun der Trust in Deutschland noch weiteren Boden zu gewinnen.

Versammlungen.

Mißstände in der Gummi- und Isolationsbranche lautete das Thema, welches die im „Englischen Hof“ tagende 26. Besuche Branchenversammlung der Gummi- und Isolationsarbeiter beschäftigte. Vorher sprach der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt über: „Die Koalition der Schornader“.

Den Jahresbericht erstattete der Branchenleiter B. Reimann. Er führte aus, daß kein anderes Agitationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes so sehr unter der Krise zu leiden hat, wie gerade die Gummi- und Isolationsindustrie. So beschäftigte z. B. die Gummiabrik der A. G. G. im November 1912 insgesamt 1084 Personen, dagegen im November 1913 nur 740. Auch in anderen Betrieben ist eine erhebliche Verminderung der Arbeitskräfte zu verzeichnen. Eine Statistik über die Branche ergab, daß in Groß-Berlin in 22 Betrieben 3764 Personen, 244 Männer und 1220 Frauen, beschäftigt werden. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 51 und 59 Stunden pro Woche. Die Anfangslöhne betragen 19 bis 24 M. für Männer und 8 bis 13,50 M. für Frauen. An Bewegungen wurden im Berichtsjahre 10, und zwar 6 Angriffs- und 4 Abwehrbewegungen geführt. In Frage kamen 282 Beteiligte. Erreicht wurde durch die Angriffsbewegungen für 106 Personen eine Lohnerhöhung von 158 M. und eine Arbeitszeitverlängerung für 28 Beteiligte von 130 Stunden pro Woche. Sonstige Vorteile, wie Wegfall von Prozentsätzen usw. wurden für 83 Personen erreicht. Ein Abwehrstreik mit 13 Beteiligten verlief nach achtstägiger Dauer ergebnislos. Die Krise wird von den Unternehmern vielfach zur Reduzierung der Akkordpreise ausgenützt.

Ein händiges Kapitel im Jahresbericht bilden leider die vielen Mißstände in den einzelnen Betrieben. Es ist bezeichnend, daß gerade hier die Gummi- und Isolationsfabrik der A. G. G. in Oberhenneweide immer wieder genannt werden muß. So wird aus der Gummiabrik über die Misshandlung des Arbeiterausschusses, schlechte Behandlung speziell der jugendlichen Arbeiter und fortwährende Reduzierung der Akkordpreise geklagt. Während früher beim Nichterhalten des Einstellungslohnes dieser ausgeglichen wurde, lehnt das jetzt die Betriebsleitung ab. Bei einer Verhandlung erklärte Herr Dr. Apt: Wenn die Leute mit noch so wenig Geld zu Hause gehen, ist uns das gleichgültig. Der Betriebsleiter Dr. Hofmeier erklärt, daß die Arbeiter, wenn sie ihr Geld nicht verdienen, mit ihrer Arbeitskraft zurückfallen. In einem Beispiel aus seiner Praxis sucht er das nachzuweisen, und der Herr Doktor findet für diese Wundermärkte gläubige Zuhörer bei — der Direktion. Die Garderobenverhältnisse liegen zum Teil sehr im argen. Gestagt wird viel über den „Betriebssteuerner“ Vogel aus der Abteilung Dg. Hier sind auf Veranlassung des Herrn langjährig Beschäftigte wegen angeblicher aber nicht nachgewiesener Fehler entlassen. In der Hartgummifabrik ist wiederholt die Anschaffung von Sitzgelegenheit bei der Einnahme des Essens beantragt worden. Die Betriebsleitung lehnt alle Anträge auf Besserung ab und bei der Direktion wird genügend vorgearbeitet, so daß auch hier die Arbeiter kein Gehör finden.

In der Isolationsfabrik werden die früher von der Direktion gemachten Mißstände, wie Lohnzuschlag bei Reinarbeiten von Normen usw., einfach vom Obermeister Hansland getrichen. Dabei wimmelt es von Mißständen im Betriebe. Die Beleuchtung bei der Arbeit ist vielfach mangelhaft. Das Antreiben der Gerabegru zu einer Gefahr aus. So ist infolge der Antreiberei und Lohnreduzierung in der letzten Zeit ein Arbeiter schwer verunglückt. Bedauerlich ist nur, daß auch etliche Vorarbeiter das Treiben des Obermeisters unterstützen. An den Pressen bestehen keine genügenden Sicherheitsmaßnahmen, so daß die Arbeiter ständig in Lebensgefahr schweben. Das wissen die Meister und Herr Hansland; trotzdem erfolgt keine Abhilfe. Schon lange haben die Arbeiter Anschaffung von Schindeln verlangt, weil ihr Essen sonst auf den Pressen usw. herumliegen muß und öfter mit Ungeziefer befallt ist. In neuerer Zeit will Herr Hansland ein schlaues ausgefülltes Prämienystem einführen. Alle diese Mißstände sind wiederholt erörtert, trotzdem erfolgt Abhilfe nicht. Bei Besichtigungen werden der Direktion potentielle Dörfer vorgezeigt.

In der Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiabrik in Groß-Buchersfeld wird über Mangel an Ventilation, schlechte Behandlung seitens der Meister, Mangel an Waschgelegenheit, niedrige Bezahlung und über lange Arbeitszeit geklagt. Die Garderobenverhältnisse sind aus durchlöcherem Eisenblech und die Kleider der Arbeiter daher der Einwirkung von Staub und Dunst ausgelegt. Bei Erkrankung und militärischen Übungen werden den Arbeitern die Papiere ins Haus geschickt.

In der Norddeutschen Gummiabrik, Tempelhofer Ufer, versucht man den Arbeitern das Koalitionsrecht zu beschränken. Besonders geizt man sich hierbei, sowie in schlechter Behandlung der Arbeiter der Meister Franz Schulte aus. Ein Arbeiter wurde wegen ein paar belangloser Worte mit Entlassung bedroht; dabei waren diese Worte nach Reizerabend in einer Betriebsversammlung gefallen. Auch in diesem Betriebe mangelt es an genügender Ventilation.

Bei Schwarz u. Co., Müllerstraße, unter den Gummiarbeitern „das russische Idoll“ genannt, existiert neben schlechter Bezahlung ein elendes Aussperrsystem. Verlassen die Arbeiter die Fabrik, so müssen sie eine Postkarte von drei bis sechs Mann und einen Hund passieren. Fürchten die Firmeninhaber vielleicht, daß die Arbeiter durch die niedrigen Stundenlöhne zum Diebstahl gedrängt werden? Garderobenverhältnisse gibt es hier gar nicht. Die Arbeiter müssen ihre Kleider in den Ecken und unter den Arbeitstischen unterbringen. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden täglich.

Bei Dr. Cassierer, Charlottenburg, fehlt jede Waschgelegenheit. Oft geben die Leitungen Wasser überhaupt nicht. Die Klosetts befinden sich in schandhaftem Zustand. In der Garderobe, die viel zu eng ist, läuft man Gefahr, zu verunglücken. Es fehlt an Trinkwasser. Die Firma hat die Arbeiter auf den Neubau vertröstet; der Neubau ist fertig, aber für Abhilfe ist nicht gesorgt.

Nochmals erwähnt wurde der Dau bische Betrieb in Rudow, der wohl aus schlechtem Gewissen seine Meister nach der Branchenversammlung gefandt hatte. Hier erregte das Verlesen eines Briefes über die Behandlung einer erkrankten Arbeiterin lebhaftes Entrüstung. Der Referent erklärte daß all die geschädigten Hebelstände eine Bagatelle gegenüber den Verhältnissen in dieser Fabrik seien.

Auch in den Gummiabriken von Kubeleer, Reinickendorf, sowie bei Herz, Köpender Straße, bestehen viele Mißstände. Obgleich hier Abhilfe zugesagt, wartet die Arbeiterchaft immer noch auf Erfüllung des gegebenen Versprechens.

Reimann schloß seinen Bericht, indem er erklärte: Es wird abzuwarten sein, ob sich die Gewerbeinspektion etwas mehr als bisher um die Verhältnisse in der Gummiindustrie kümmern wird. Die Gummiindustrie steht bei Verteilung von Dividenden am zweiten Stelle; die Arbeiterchaft hat nichts von diesem Goldregen. Neben schlechter Bezahlung wird mit der Gesundheit des Arbeiters Schindluder getrieben. Hier muß die Beschäftigung einschränken, um das einzige Gut des Arbeiters, seine Gesundheit, zu schützen.

Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: B. Reimann, Branchenleiter; G. Wurst, Stellvertreter; G. Krüger, Schriftführer; Weisner, B. Müller und A. Karuffel. Als Mitglied der engeren Verwaltung soll A. Friede der Generalversammlung des Verbandes wieder vorgeschlagen werden.

Verband der Kaler. In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Berlin wurden Kupfe und P. Stein als Redatoren gewählt. Dann wurde der Kassenbericht für die verfloffenen drei Quartale dieses Jahres kurz diskutiert und der Kassierer entlastet. Der Bericht vom dritten Quartal enthält die Abrechnung von der Aussperrung. Diese verursachte eine Gesamtausgabe von 206 220 M.

In einer früheren Versammlung war ein Antrag gestellt worden, der besagt, der Hauptvorstand solle dem Filialvorstandenden Riech kündigen, da dieser das Vertrauen der Mitglieder nicht mehr habe. Der Antrag kam in jener Versammlung nicht zur Abstimmung, dagegen wurde ein Mißtrauensvotum gegen Riech beschlossen. Jetzt kam der Antragsteller auf seinen Kündigungsantrag zurück und verlangte, daß er abgestimmt werde, da wieder Riech noch der Hauptvorstand die Konsequenzen aus dem beschlossenen Mißtrauensvotum gezogen haben. — Mehrere Redner sprachen gegen den Kündigungsantrag. Sie sagten, der Antrag sei noch gar nicht begründet worden; es lägen auch gar keine ausreichenden Gründe dafür vor, es würde ein Unrecht sein, wenn man auf die Kündigung bestehen wolle. Gegen das Mißtrauensvotum habe übrigens eine so starke Minderheit gestimmt, daß man nicht verlangen könne, Riech solle diesem Votum stattgeben. Hierauf wurde der Kündigungsantrag vom Antragsteller zurückgezogen. Ein anderer Redner nahm den Antrag sofort wieder auf, aber nur zu dem Zweck, dessen Ablehnung zu empfinden, damit völlige Klarheit in der Sache geschaffen werde. — Hierzu beantragte wieder ein anderer Uebergang zur Tagesordnung. — Ehe dieser Antrag zur Abstimmung kam, erklärte Riech: Auf seine Veranlassung habe der Hauptvorstand zu dem Mißtrauensvotum Stellung genommen und der Meinung Ausdruck gegeben: Es stehe ja noch der Kündigungsantrag auf der Tagesordnung. Erst wenn dieser Antrag angenommen werden sollte, habe sich der Hauptvorstand mit der Angelegenheit zu befassen. Es sei also notwendig — sagte Riech —, daß die Versammlung entscheide, ob er im Amt bleiben solle oder nicht. Durch das nur mit geringer Mehrheit beschlossene Mißtrauensvotum sei ihm ein schweres Unrecht zugefügt worden. Wenn ihm seine Haltung in der Lohnbewegung zum Vorwurf gemacht werde, so betone er, er habe, als die Frage des Streiks zur Entscheidung stand, sich nach seiner Ueberzeugung im Interesse des Verbandes gegen den Streik erklärt. Während der ganzen Bewegung habe er nichts anderes getan, als was die Versammlungen beschlossen hätten.

Hierauf wurde der Antrag, über den vorhin wieder aufgenommenen Kündigungsantrag zur Tagesordnung überzugehen, angenommen. — Nun beantragte ein Redner, dem Vorsitzenden Riech ein Vertrauensvotum auszustellen, da ja die Versammlung durch den eben beschlossenen Uebergang zur Tagesordnung befunden habe, daß Riech nicht gekündigt werden solle. Gegen diese Auffassung des Redners sowie gegen seinen Antrag erhob sich Widerspruch. Schließlich wurde ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen. Riech, der während dieser Verhandlungen den Vorsitz führte, erklärte, daß die Angelegenheit Riech durch die nunmehr vorliegenden Beschlüsse noch nicht erledigt sei. Er schlug vor, die Sache einer der Verbandsinstanzen zur weiteren Behandlung zu überweisen. — Die Versammlung beschloß dann, daß sich der neugewählte Filialvorstand unter Hinzuziehung eines Unparteiischen mit der Angelegenheit beschäftigen und einer Versammlung darüber Bericht erstatten soll.

Ferner wurde beschlossen, eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Krisenstatuts zu betrauen.

Die Riech mitteilte, haben die Kollegen in der Küchenmöbel-fabrik von Luche in Adlershof die Arbeit niedergelegt, weil der Unternehmer keine organisierten Arbeiter im Betriebe dulden will. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß niemand in diesem Betriebe in Arbeit tritt.

Die Metallformer und Berufsgenossen hielten am Montag ihre Branchenversammlung ab. So schlecht, wie in diesem Jahre, war die Lage dieser Branche noch nie. Während in sonstigen Jahren um diese Zeit etwa 50 Arbeitslose vorhanden waren, beläuft sich deren Zahl zurzeit auf etwa 8000. 30-40 wöchige Arbeitslosigkeit ist hier keine Seltenheit. Trotzdem konnten von 14 Lohnbewegungen 12 mit Erfolg durchgeführt werden. Außerdem gab es noch eine Reihe kleiner Differenzen, die ebenfalls durchwegs zugunsten der Arbeiter beendet wurden. Es handelte sich bei den Kämpfen fast durchweg um Abwehrbewegungen. Als gemahregelt anerkannt wurden im letzten Jahre 21 Mitglieder. 40 Tarife und Vereinbarungen bestehen, das bedeutet, daß in so vielen Betrieben die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt sind. In 55 Betrieben wird die Sparhälfte bezahlt. Das Organisationsverhältnis unter den Arbeitern dieser Branche ist ein gutes, dagegen ist eine verstärkte Agitation unter den Lehrlingen und Jugendlichen dringend nötig.

In der Diskussion wurde gegeben, daß das Resultat des Jahres trotz der schlechten Konjunktur ein zufriedenstellendes sei. Es wurden dann noch Vorschläge erörtert, wie die Agitation in Zukunft gestaltet werden könne, um noch mehr Erfolge zu erzielen. Zuletzt wurde noch die Wahl der Agitationskommission und des Branchenvertreters vorgenommen.

Die Metall-, Haken- und Revolverdreher hielten am Montag eine Versammlung ab. Der Branchenvertreter Ebers teilte zuerst die Resultate der ausgenommenen Statistik mit. Festgestellt wurden 142 Betriebe mit 567 Metalldreher, 306 Revolver- und Fassondreher, 94 Werkzeugdreher, 25 Dreherinnen und 285 Lehrlingen. Im Deutschen Metallarbeiterverband sind 455 gleich 73,1 Prozent organisiert, während 80,4 Proz. Unorganisierte gezählt wurden. Von den vorhandenen 1906 betriebsfähigen Maschinen stehen gegenwärtig 350-400 Bänke leer, die in guter Konjunktur stehen sind. Die normale wöchentliche Arbeitszeit betrug in 79 Betrieben 53 Stunden in 32 Betrieben 54 Stunden; die übrigen trieben schwanken zwischen 47 und 59 Stunden. In 20 Betrieben wird verkürzt gearbeitet, und zwar bis zu vier Stunden täglich; völlig ausfallen mußten die Arbeiter in zwei Betrieben. Die Ausbildung unter den Lehrlingen wird vielfach als ungenügend angesehen. Unter Branchenangelegenheiten wurde zunächst festgestellt, daß es noch eine Anzahl Betriebe gibt, wo der Revers zur Unterschrift vorgelegt wird, der seinerzeit bei der Bewegung in der Selbstmetallindustrie eingeführt wurde und die Arbeiter verpflichtet, keiner Organisation anzugehören. Ferner wurde dringend empfohlen, in allen Werkstätten, in denen wegen Arbeitsmangel Entlassungen bevorstehen, mit alle Mitteln auf eine verkürzte Arbeitszeit hinzuwirken.

Frauen-Leseabende.

Mit-Gliedern. Der Leseabend für den Monat November fällt am 17. Dezember im Jugendheim, Grünauer Str. 7.

Arbeitgeberstandpunkt.

Das Vorhandensein von Klagen gegen die Frauen ist von der bürgerlichen Frauenbewegung oft bestritten worden. Man glaubte an die Solidarität der Frauen ganz allgemein und verschloß die Augen vor der Tatsache, daß sich die Kämpfe zwischen Unternehmer und Arbeiter genau so gut bei den Frauen wie bei den Männern abspielen. Sie traten freilich nicht so offensichtlich zu Tage, weil außer den Hausfrauen keine große Gruppe weiblicher Arbeitgeber vorhanden war und die Organisation sowohl bei den Hausfrauen wie bei den Hausangestellten noch in den ersten Anfängen stand.

Gerade in dieser Zeit kann man aber deutlich bemerken, wie die Hausfrauen sich immer mehr ihrer Zugehörigkeit zur Arbeitgeberklasse bewußt werden. Sie nehmen in ihren Diskussionen vielfach sogar den Ton der Unternehmervorbände an, und ihr Gedankengang gleicht dem der Männer ihrer Schicht aufs Haar. Wie mit einem Schlag ist der letzte Rest des „Zusammengehörigkeitsgefühls aller Frauen“ bei ihnen verschwunden.

Die Krankenversicherung der Dienstboten hat dieses plötzliche Erwachen des Unternehmerrinstinks hervorgerufen. Die Tatsache, daß von den Herrschaften ein Teil der Krankenkassenbeiträge zu zahlen ist, noch mehr aber der Umstand, daß den Hausangestellten bei der Verwaltung der Kassen gewisse Rechte eingeräumt werden, ruft die Hausfrauen auf den Plan. Sie wehren sich, so gut es geht, gegen die Angliederung der Dienstbotenversicherung an die Ortskrankenkassen und werden dabei von der nationalliberalen und der konservativen Presse kräftig unterstützt. Selbstverständlich gibt es eine ganze Anzahl unter ihnen, die die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung und der Verbindung von Ortskrankenkassen und Dienstbotenversicherung einsehen, aber diese, wenn nicht die meisten Hausfrauen, sind sehr wenig entzückt von dem Gesetz und den Pflichten, die es ihnen auferlegt.

Nicht offenerzigt äußern sich die „Lübedischen Blätter“, Organ der Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit (Nr. 41 Jahrg. 1913) zu der Angelegenheit. In Lübeck besteht, wie auch in einigen anderen größeren Städten bereits eine Gefindefrankenkasse mit niedrigen Beiträgen und entsprechend niedrigen Leistungen. Von einer Beteiligung der Dienstboten an der Verwaltung dieser Kassen kann natürlich keine Rede sein. Die Herrschaften bezahlen die Beiträge, die Angestellten haben keinerlei Pflichten, aber natürlich auch nicht den geringsten Einfluß auf die Kassenkasse. Um nun die Einbeziehung der Dienstboten unter die Ortskrankenkassen zu verhindern, malen die „Lübedischen Blätter“ die Nachteile einer an die Ortskrankenkasse angegliederten Versicherung aus:

Es müßten zwei bis dreimal soviel Beiträge als bisher gezahlt werden; den höheren Beiträgen würden aber entsprechende Leistungen nicht gegenüberstehen. Die Angehörigenunterstützung komme für die Dienstboten doch nicht in Betracht, und das Krankengeld spiele bei den Dienstboten nicht die Rolle wie bei den anderen Arbeitnehmern. Die Dienstboten hätten gar kein Interesse an etwaigen Mehrleistungen der Ortskrankenkasse, die für sie praktisch keine oder nur untergeordnete Bedeutung hätten.

Für die Dienstherrschaften seien aber mit der Pflicht, höhere Beiträge zu zahlen, große Unzulänglichkeiten verknüpft. Die Erfahrungen der übrigen Arbeitgeber, daß unsere sozialen Versicherungseinrichtungen oft mit Erfolg zu einer Radikalisierung der Versicherten benutzt werden, würde auch den Dienstherrschaften nicht erspart bleiben; daß eine solche Radikalisierung einem geordneten Verhältnis zwischen Herrschaft und Gefinde nicht zuträglich sein kann, liegt auf der Hand. Auch der Mißbrauch der mit dem Bezug von Krankengeld verbundenen Rechte, wird von den Hausfrauen gerade nicht sehr angenehm empfunden werden, ebenso wenig der Besuch von Krankenkassenkontrollleuten der Ortskrankenkasse im Haushalt.

Besser könnte auch ein Echarmacharakter nicht den Unternehmerstandpunkt vertreten. Beförderung des Simulantentums und Verhütung der Arbeitnehmer sind auch dort die gebräuchlichen Schlagworte, und die meisten Hausfrauen überläßt ein kleiner Schauer, wenn sie davon lesen. Was die Lübedischen Blätter aber von der untergeordneten Bedeutung der Leistungen der Ortskrankenkasse sagen, stimmt nicht ganz. Abgesehen davon, daß die Mehrleistungen der Ortskrankenkasse keineswegs mit der Angehörigenunterstützung erschöpft sind — Krankenbesuch, Pflege, Fürsorge für uneheliche Mütter, nämlich Entbindung, Verpflegung im Wöchnerinnenheim, Schwangerschaftsfürsorge, Stillgeld — sind für die Dienstboten sehr wichtig — darf auch das Krankengeld durchaus nicht so niedrig eingeschätzt werden. Und dann ist ein nicht zu übersehen: die Möglichkeit freiwilliger Weiterversicherung der Dienstboten nach der Heirat und das Fortfallen jeglicher Schwierigkeiten oder gar Verluste bei dem Uebergang zu einem anderen Beruf. Hier sind die in den Ortskrankenkassen versicherten Hausangestellten viel günstiger gestellt als die bei den Dienstbotenkrankenkassen versicherten.

Aber die angeblich geringen Leistungen der Ortskrankenkassen rufen ja gar nicht den Widerstand hervor, sondern vor allem der Zwang, höhere Beiträge zu bezahlen, die Furcht vor der „Radikalisierung der Hausangestellten“ und der Besuch von Krankenkassenkontrollleuten. Da ist der wunde Punkt. Das Gefinde soll hübsch unterwürdig bleiben, deshalb darf es nicht selbständige Rechte erhalten, und der Besuch der Kassenbeamten muß verhindert werden, denn sonst würde ja das ganze Elend der Dienstmädchenbehauptungen offenbar werden.

Ganz ähnliche Ansichten äußern die „Kölnische Zeitung“ und die „Arens-Zeitung“. Die „Kölnische Zeitung“ hält ein Zusammenwirken der Herrschaften und Dienstboten in den Kassenorganen, wobei das Gefinde zwei Drittel der Stimmen haben, für unzulässig. Und die „Arens-Zeitung“ meint: „Die neue Regelung der Frage dürfte das Verhältnis zwischen Herrschaften und Dienstboten erheblich verschlechtern, zumal sie letzteren viel mehr Selbstbestimmungsrecht verleiht, von dem die weniger guten Angehörigen dieses Standes ablen Gebrauch machen müßten. Die bekannten unerfreulichen Erscheinungen im gewerblichen Leben, die durch die Krankenversicherung veranlaßt worden sind, werden leider voraussichtlich auch in Dienstbotenbereich nicht fehlen, wenn sich diesem die gleiche Möglichkeit des jederzeitigen Sichkrankmeldens, der Auswahl des oder der Ärzte, der Inanspruchnahme von Erholungs- und Heilungsheimen und dergleichen bietet, wie es für gewerbliche Arbeiter der Fall ist.“ Und dann kommen noch lamentationen über unsere „uferlose Sozialpolitik“ und die Frage, ob wir in der Volksfürsorge nicht schon „zu viel des Guten“ getan haben.

Es handelt sich auch hier ein Stück Klassenkampf ab. Und man darf hoffen, daß gerade die Einbeziehung der Hausangestellten in die Versicherung der übrigen Arbeitnehmer etwas dazu beitragen wird, in ihnen die Erkenntnis vorzubereiten, daß ihnen mit Pflichten ihrer besonderen Stellung in der Familie nicht geholfen ist, daß sie sich als gewerbliche Arbeiter betrachten und an dem ganzen Kampf der arbeitenden Klasse um bessere wirtschaftliche Bedingungen teilnehmen müssen.

T. B.

Die Revolte der Hausfrauen gegen die Dienstbotenversicherung nimmt unter dem Einfluß der oben gekennzeichneten Presse immer lebhaftere Gestalt an. Speziell im „Berliner Lokal-Anzeiger“, diesem angeblich parteilosen Blatt, wird dauernd gegen die Versicherung Stimmung gemacht. Lächelt sich das Gesetz nicht ganz zerschlagen, so will man wenigstens sein Inkrafttreten aufchieben. Die Berliner Hausfrauenvereine bereiten eine entsprechende Petition an den Reichstag vor. Eine „Zuschrift aus Hausfrauenkreisen“ gibt dazu folgende Vorschläge:

„Hausfrauen und junge Damen müßten beurlaubt werden, diesem wohlthätigen Zweck betreffs Unterschriftenammlung in den Häusern ihre Hilfe zu leisten. Weiter wäre ein Abkommen zu treffen mit der Stadt-, Hoch- und Untergrund- sowie Straßenbahn wegen Ausschaltung von Petitionsformularen, die zur Unterschriftenleistung der Fahrgäste mit Kleistiften versehen sein müßten. Ebenso wäre an die Cafés, die Warenhäuser, die Zigarrenläden, die großen Konfektionsfirmen und an sonstige große Geschäfte die Bitte zu richten, daß man an den Kassen die Petitionen bereithält und auf die Notwendigkeit der Unterschriftenleistung aufmerksam macht.“

Die Dienstboten um die Möglichkeit der Krankenpflege bringen — ist in der Tat ein wohlthätiger Zweck, wie ihn nur „Herrschaften“ erinnern können.

Kampf der Handelsangestellten um volle Sonntagsruhe.

Erneut haben die Handelsangestellten den Kampf um volle Sonntagsruhe für ihren Beruf aufgenommen.

Der jetzt dem Reichstage zugegangene Entwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe reizt zum schärfsten Protest. Die von den Handelsangestellten oft erhobenen und eingehend begründeten Forderungen sind vollständig unberücksichtigt geblieben und gegenüber dem jetzt geltenden Recht noch bedeutende Verschlechterungen vorgeesehen.

Aus sozialen, ökonomischen, hygienischen und allgemeinen kulturellen Gründen ist die volle Sonntagsruhe für alle erwerbstätigen Menschen eine Notwendigkeit. Das gilt heute, bei der weitgehenden Arbeitsteilung und der ständig gesteigerten Intensität der Arbeit, mehr denn je. In hohem Maße empfinden das auch die Frauen. Einen Tag in der Woche braucht der Mensch unbedingt, an dem er völlig los ist von der Berufsarbeit; an dem er Zeit und Kraft findet, sich innerlich sammeln, sich auf sich selbst besinnen zu können, sich zu erinnern, daß er ein berechtigtes und verantwortliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft ist. Einen Tag in der Woche braucht jeder, um den starken Verfall an Nerven- und Muskelkraft während der Werkeltage zu ersehen, sich auszuruhen und zu erholen, seinen Gesundheit und Arbeitsfähigkeit nicht Schaden nehmen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, müßten sogar einseitige Arbeitgeber sich hinter unsere Forderungen stellen; wenn nicht aus Rücksicht auf das Wohlergehen ihrer Angestellten, so im Hinblick auf den eigenen Vorteil, der ihnen daraus erwächst, körperlich ausgeruhte und geistig elastischere Menschen im Betriebe zu haben.

Jeder Mensch braucht aber auch mindestens einen Tag in der Woche, um an den Kulturgenüssen unserer Zeit teilzunehmen und sich der Naturgenüssen zu freuen. Um hinauszuwandern ins Freie, um Sonne zu trinken und ozonreiche Luft zu atmen, um das Auge zu weiden an allem Schönen, was die Natur uns zu bieten hat.

Jeder Mensch braucht einen Tag, um an guten, erhebenden Vergnügungen, am edlen Genuß der Kunst teilnehmen zu können, um ein gutes Buch zu lesen, um sich seinen Freunden und seiner Familie zu widmen, kurzum — um ganz Mensch zu sein.

Jeder Volkswirtschaftler, jeder Arzt und überhaupt jeder freilebende Kulturmenschen müßte deshalb die Forderung der vollen Sonntagsruhe der Handelsangestellten mit allem Nachdruck vertreten, insbesondere jedoch die Frauen, die am schmerzlichsten die Sehnsucht nach mehr freier Zeit empfinden. Aber was können denn wir für die Erfüllung dieser Forderung tun? Zunächst können wir als Mütter, als Schwestern, als Bekannte der weiblichen Handelsangestellten, diese den freigewerkschaftlichen Verbänden, dem Handlungsgewerkschaften- und dem Transportarbeiterverband zuführen, damit sie im allgemeinen die Wirksamkeit dieser Verbände vergrößern helfen und auch die Wucht ihres Kampfes um die Sonntagsruhe erhöhen. Ferner können wir durch Einstellung unserer Einkäufe am Sonntag wirksam der gesetzlichen Regelung vorarbeiten.

Und schließlich können wir durch mündliche und schriftliche Agitation für das Einkommen der Sonntags-einkäufe bzw. für ihre äußerste Einschränkung wirken und damit das öffentliche Gewissen schärfen. In vielen Fällen ist es Gedankenlosigkeit oder Bequemlichkeit, wenn wir am Sonntag einkaufen. Gewiß ist es für eine Arbeiterin, die am Sonnabend erst Lohn bekommt, oder für eine Arbeiterin, deren Mann erst am Sonnabend Lohn hat, unbequem als für bürgerliche Kreise, am Sonnabend einzukaufen; aber im Interesse des materiellen und geistigen Aufstiegs unserer Klasse, haben wir bisher manche Unbequemlichkeiten auf uns genommen, manches Opfer gebracht, da wird es uns ein Leichtes sein, im Interesse eines wirklich freien Sonntags für eine große Schicht unserer Arbeiterbrüder und -Schwestern auch diese kleine Unbequemlichkeit auf uns zu nehmen.

Deshalb auf Ihr Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse! Helft unseren im Kampfe stehenden Arbeitsgenossen und -genossinnen! Bittet im Sinne der Anschauung, daß jeder Mensch Anspruch auf volle Sonntagsruhe hat.

Louise Zick.

Bürgerliche Frauenbewegung.

Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht beruhtet zu den Vorgängen auf der Eisenacher Generalversammlung eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Es fand zunächst in Eisenach eine prinzipielle Abstimmung über einen Antrag Lindemann statt, die den Sachverhalt voraussetzt und ergab, daß bis auf eine verschwindende kleine Minorität alle Delegierten auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts standen. Auch die Mitglieder des neuen Vorstandes haben sich bei dieser Abstimmung ausnahmslos für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erklärt. . . . Es kann nur auf ein völliges Verkennen der Tatsachen oder auf ein geflüsterndes Mißverstehen wollen zurückgeführt werden, wenn behauptet wird, daß eine „künstliche“ Ruhe geschaffen worden sei, damit unter dem Klang von „Friedensschmeicheleien“ der Internationale Kongress für Frauenstimmrecht im Jahre 1915 in Berlin in Szene gesetzt werden könne. . . . Es entspricht ferner auch nicht den Tatsachen, daß der Verband, dessen Stochstich in den letzten Jahren durch die heftigen Kämpfe um die Erhaltung und andere Politik zweifellos gehemmt wurde, keine positiven Leistungen“ aufzuweisen habe. Vom Geschäftsbericht der Eisenacher Tagung hat er u. a. außer dem eisenach-ähnlichen Landesverein 19 neue Ortsgruppen gegründet, einen entsprechenden Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, neues Propagandamaterial an Broschüren und Flugblätter geschaffen, Petitionen zu den für die Frauen wichtigsten Gesetzesmaterien eingereicht usw. . . .“

Dazu schreibt uns unsere T. B.-Mitarbeiterin: Die Erklärung wirkt nicht eben überzeugend. Die Abstimmung über den Antrag Lindemann vor den Sachverhalt der Verhandlungen kann unmöglich als Beweis für die „Prinzipientreue“ angesehen werden. Die Tatsache, daß selbst die Dischewitsch-Partei und die Stettiner für diesen Antrag stimmten, zeigt deutlich genug, wie wenig Glauben man einem solchen Bekenntnis der Organisation zum gleichen Wahlrecht schen-

ken darf. Und außerdem ändert auch diese Abstimmung nichts daran, daß die Delegierten eine Barsche und ein anderes Vorstandsmitglied wählten, von denen sie wußten, daß sie für den Stettiner Antrag, die Wahlrechtsforderung aus dem Programm zu streichen, gestimmt hatten. Es ist also lächerlich und irreführend, von „wiederum bewiesener Prinzipientreue“ zu reden. — Wir sind die letzten, die die Bedeutung internationaler Zusammenkünfte verkennen, wenn dabei ernst gearbeitet wird. Gegen einzelne Festlichkeiten bei solchen Gelegenheiten ist gewiß nichts einzuwenden, aber sie dürfen nicht alles überwiegen, und daß schon in Budapest des Guten zu viel geschehen ist, hat selbst die Präsidium des Weltbundes zugegeben. — Die „positiven Leistungen“ des Verbandes im letzten Jahre, d. h. nach der Weimarer Verbandskonferenz waren nicht übermäßig. Von den 19 neugegründeten Ortsgruppen fallen auf das letzte Geschäftsjahr nur 9, und da Ende 1912 laut „Jahrbuch der Frauenbewegung“ rund 8000 Mitglieder vorhanden waren, ist nur ein Zuwachs von rund 800 im letzten Jahre zu verzeichnen. Was will das bedeuten, wenn man bedenkt, daß der Preussische Landesverein für Frauenstimmrecht allein in der Zeit seiner heftigsten Kämpfe gegen den gemäßigten Westdeutschen Frauenstimmrechtsverband, als er die Forderung des gleichen Wahlrechts mit aller Schärfe in den Vordergrund stellte, im Jahre 1910 einen Zuwachs von 11 Gruppen und 882 Mitgliedern und 1911 einen solchen von 12 Ortsgruppen und 824 Mitgliedern hatte.

Die Krise lähmt eben die Organisation, und sie ist noch nicht beendet. Man braucht nicht darüber zu diskutieren, ob die reaktionäre Zusammensetzung des Vorstandes eine Mitgliederflucht rechtfertigt. Sie ist vorhanden, und man muß mit ihr rechnen. Nach Hamburg-Altona ist nur auch der Landesverein Bayern aus dem Deutschen Verband für Frauenstimmrecht ausgeschieden, und andere Organisationen werden zweifellos noch folgen. Vielleicht sprechen dabei persönliche Gründe mit, aber die Austrittsbewegung läßt sich nicht allein mit persönlichen Motiven erklären. Es sind doch schließlich die radikalen Elemente, die den Verband verlassen.

Wobulzet. Selbst der Engere Vorstand der konservativen Partei scheint ein Haar in der Suppe gefunden zu haben, die ihm von der neugegründeten Vereinigung konservativer Frauen bereitet worden ist. Kürzlich nahm er eine Resolution an, in der er der „Vereinigung“ genau die Grenzen ihrer Tätigkeit vorschreibt:

„Es liegt kein Grund vor, der Vereinigung konservativer Frauen Zustimmung und Unterstützung zu verweigern, so lange über die Entscheidungen der Parteileitung maßgebend sind und sie sich im Rahmen der konservativen Grundsätze hält. Dazu gehört, daß die Vereinigung bei entschiedener Ablehnung des politischen Frauenstimmrechts, sowie aller Bestrebungen, die letzten Endes zu diesem führen müßten, und unter Ausschaltung eigentlicher politischer Betätigung ihr Ziel darin sucht, konservative Grundsätze in Haus, Gesellschaft und Volk zu verbreiten und sich dadurch als Helferin unserer konservativen Sache zu bewähren. Als selbstverständlich ist vorauszusetzen, daß die Vereinigung alle frauenrechtlerischen Bestrebungen soweit sie mit der Verbreitung konservativer Ideen nicht vereinbar und der vertrauensvollen Zusammenarbeit schädlich sind, vermeidet. Dagegen wird der Parteivorstand in gemeinsamer Arbeit mit der Vereinigung konservativer Frauen prüfen und feststellen, welche Wünsche der Frauenwelt sich mit konservativen Parteigrundsätzen in Einklang bringen lassen und inwieweit sie zurückzuweisen sind. Sofern die Vereinigung konservativer Frauen ihre Tätigkeit in dem vorher bezeichneten Rahmen ausübt, begrüßt der Engere Vorstand ihre Mitarbeit als wertvollen Bestandteil unserer Partei.“

Es muß für die konservativen Damen ein angenehmes Gefühl sein, daß ihnen dauernd Mißtrauen entgegengebracht wird. Aber wer selbst den Gegenstand zwischen Herr und Knecht für ewig hält, mag sich wohl leichter in die Rolle des gehorhamen Dienenden schicken.

Ein Raub an der Jugend.

Immer wieder hat die Sozialdemokratie die Ausbeutung der Fortbildungsschulpflicht auch auf Mädchen gefordert. Jetzt endlich sucht man in manchen Städten diese Forderung zu verwirklichen. Natürlich nicht, um die geistige und sittliche Entwicklung der jungen Arbeiterinnen zu fördern, sondern um sie vor dem Einflusse der sozialistischen Jugendbewegung zu bewahren. Daß die bürgerliche Jugendpflege nach den Wünschen des Unternehmertums gegen die proletarische Jugend arbeitet, dafür wurde in Köln ein prächtiger Beweis geliefert.

Dort plant man, die Fortbildungsschulpflicht auch auf Arbeiterinnen auszudehnen. Die Stadtverwaltung berief zur Besprechung der Angelegenheit eine Sitzung ein, an der Vertreter der Handelskammer, des Vereins der Industriellen und der Kölnischer Großfirmen teilnahmen. Die Arbeiter wurden mit geringfügiger Handbewegung von den Verhandlungen ausgeschlossen. Man einigte sich in dieser Zusammenkunft darauf, daß die Schulpflicht auf vier Stunden wöchentlich beschränkt werden soll. Davon soll eine Stunde an einem Wochentage abends von 7 bis 8 Uhr stattfinden und der Rest des Unterrichts soll am Samstagabend von 5 bis 8 Uhr erteilt werden.

Man will also die jungen Arbeiterinnen nicht nur an einem Wochentage abends nach zehnstündiger Arbeit in ein Klassenzimmer sperren, sondern ihnen auch am Samstagabend die Zeit rauben, die ihnen die Gewerbeordnung ausdrücklich freiläßt. Das ist wohl eine der größten Unverschämtheiten, die bisher in der bürgerlichen Jugendpflege vorgekommen sind.

Bezeichnend ist, daß in der Versammlung ganz offen mit der Abwanderung gewisser Industrien auf das Land gedroht wurde, wenn die Fortbildungsschulpflicht noch weiter ausgedehnt werde und man den Wünschen der Unternehmer nicht Rechnung trage. Daraus mag man ersehen, wie hoch diese Kapitalisten die Arbeitskraft der jungen Mädchen einschätzen, die sie mit 60—80 Pf. für den Tag entlohnen. In Köln bestehen zahlreiche Werke, beispielsweise eine große Schokoladenfabrik, deren Inhaber Millionen über Millionen aus den armen Arbeiterinnen herausgepreßt haben. Und nun gäme man den jungen Proletarierinnen nicht ein paar Stunden für den notwendigsten Unterricht, sondern will ihnen dafür ihre Freizeit rauben!

In der erwähnten Versammlung waren sowohl der Vorsitzende des hiesigen Jugendpflegeausschusses wie der Direktor der Fortbildungsschulen anwesend. Beide sagten zu den Wünschen der Unternehmer Ja. Die Kölnischer Arbeiter werden aber auch noch ein deutliches Wort zu der Angelegenheit zu sprechen haben.

Eine Frauenkonferenz, die von über 50 Genossinnen aus Orten des Regierungsbezirks Merseburg besucht war, fand im Arbeiter-Volkspark in Halle a. S. statt. Die Genossin Louise Zick-Berlin hielt über das Thema: „Wie interessieren wir die Frauen für die Politik“ einen Vortrag, der eine anregende Diskussion hervorrief.

Rein Geburtenrückgang in Italien. Nach den vorläufigen Veröffentlichungen des statistischen Reichsamtes über die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1912 folgt in Italien die Geburtenbewegung nicht der absteigenden Linie der anderen Kulturländer. Im Jahre 1901 betrug die Geburtenzahl pro Tausend 31,52, im Jahre 1912 liegt sie auf 32,38. Die erste Stelle nimmt Apulien mit 38, die letzte Ligurien und der Piemont mit 24 ein. Was die Sterblichkeit betrifft, so weist das Jahr 1912 mit 18,15 Promille gegen 21,41 und 19,85 in den Vorjahren die günstigste Verhältniszahl auf, die seit dem Jahre 1862 zu verzeichnen war. Auf je 100 Lebendgeborene kamen im Jahre 1912 66 Todesfälle gegen 68 und 60 in den beiden Vorjahren.

Soziales.

Ein kleiner Widerspruch.

In dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes „Amtliche Nachrichten“ Nr. 2 vom 1. Februar 1913 wird mitgeteilt, daß 1912 3811 Witwen- und Witwenrenten, 110 Witwenrenten, 13 962 Waisenrenten, 4118 Fälle Wittwengeld und 108 Fälle Waisenaussteuer bewilligt sind.

In den Reichshaushaltsrechnungen für 1912 wird mitgeteilt, daß zur Deckung des Reichszuschusses 776 453,69 M. aus dem bekannten Trimborn-Fonds entnommen sind.

Der Reichszuschuß beträgt nach § 1285 der R.-V.-D. für jede Witwenrente 50 M., für jede Waisenrente 25 M., für jeden Fall Wittwengeld 50 M., und jede Waisenaussteuer 16 2/3 M. Also

für Witwenrenten 4118 × 50 M. = 206 900 M.
für Waisenaussteuer 108 × 16 2/3 M. = 1 800 M.
207 700 M.

Folglich blieben für Renten 568 753,69 M.

Da die Renten monatlich ausbezahlt werden und nur von dem Tage an, an dem der Versicherte verstorben ist, so verteilt sich der Beginn der Rente über das ganze Jahr. Man rechnet mit solchen Renten, die am 1. Januar beginnen, solche Renten gegenüberstellen, die am 31. Dezember beginnen, in der Regel, daß der halbe Jahresbetrag zur Auszahlung kommt. Man müßte nach dieser Rechnung für jede Witwenrente 25 M. und für jede Waisenrente 12,50 M. einsehen. Aber

8 921 × 25 M. ist . . . 97 925 M.
und 13 962 × 12,50 M. ist . . . 174 525 M.
272 450 M.

Es sind aber 296 303,69 M. mehr ausgegeben. Selbst wenn alle Renten am 1. Januar, also mit Inkrafttreten des Gesetzes begonnen hätten und jede Witwe im Jahre 1912 50 M. und jede Waise 25 M. Reichszuschuß erhalten hätte, dann wären nur

196 050 M. Reichszuschuß zur Witwenrente und
94 050 M. Reichszuschuß zur Waisenrente
545 100 M. erforderlich gewesen.

Wofür sind die 23 653,69 M. ausgegeben?

Unberechtigt entlassen.

Drei Hausdiener klagten gestern vor dem Gewerbegericht, Nummer 6, unter Vorsitz des Magistratsrats Maguhn gegen die Firma Salzmann, Burgstr. 17, auf Zahlung von je 50 M. für 14 Tage wegen kündigungloser Entlassung.

Bei dem Beklagten wurden eines Tages einige Rollen Leinwand versteckt aufgefunden. Die Umstände ließen darauf schließen, daß nur unter den Hausdienern die oder der Täter zu suchen seien. Sämtliche fünf wurden entlassen, zwei aber sofort wieder eingestell und nur gegen drei ein Verfahren wegen versuchten Diebstahls eingeleitet. Das Verfahren mußte eingestellt werden, weil gegen keinen auch nur der geringste Beweis erbracht werden konnte. Auch eine weitere Beschuldigung, daß die Kläger in der Absicht widerrechtlicher Bereicherung Kavalatur nach einem anderen Geschäft gebracht hätten, als ihnen aufgetragen war, stellte sich als völlig haltlos heraus. Dennoch glaubte die Firma zur sofortigen Entlassung berechtigt gewesen zu sein.

Das Gericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung von je 50 M. an die Kläger. Das Urteil ist Berufungsfähig, weil die Klagesumme infolge der Verbindung der drei Sachen 100 M. übersteigt.

Eine angeblliche Stimulant.

Einen für die Beklagte Firma überraschenden Ausgang nahm eine Verhandlung vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Es klagte dort eine Verkäuferin gegen ein Futgeschäft wegen des ihr vorenthaltenen Gehalts für die Zeit ihrer Erkrankung. Die Beklagte machte den Einwand, Klägerin simuliere nur eine Krankheit und wolle sich auf das Gutachten des Kassenarztes. Als ein die Klägerin belastendes Moment führte die Inhaberin des Geschäfts auch an, daß das junge Mädchen in den letzten Monaten gesund war, während sie mit dem Beginn der Saison Krankheit vorkäme. Die Vernehmung des Kassenarztes als Sachverständigen ergab nun das auffallende Resultat, daß der Arzt die Erkrankung an schwerer Erschöpfung nicht nur bestätigte, sondern noch darüber hinausging. Er habe an der Klägerin schon einige Wochen vorher so schwere Zeichen starker Neuartigkeit wahrgenommen, daß er in Lebensmitteilung mit dem Vorstand der Krankenkasse dem jungen Mädchen eine Kur in einem Sanatorium verschrieb. Obektiv sei also die Klägerin schon einige Wochen, bevor sie fehlte arbeitsunfähig gewesen, nur auf ihre spezielle Bitte habe er sie nicht krank geschrieben. Von einer Simulation könne hier gar keine Rede sein.

Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme erfolgte die Verurteilung der Beklagten zur Zahlung des Gehalts von je 140 M. für Oktober und November.

Prostitution und Wirtschaftsleben.

Am Montagabend veranstaltete die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einen öffentlichen Vortragabend, an welchem Frau Henriette Fürth aus Frankfurt a. M. über „Prostitution und Wirtschaftsleben“ sprach.

Die Rednerin ging davon aus, daß die Prostitution zwar eine uralte Erscheinung des menschlichen Gesellschaftslebens sei, daß aber ihr Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben zu keiner Zeit so deutlich hervorgetreten sei wie heute. Daß gewisse persönliche Qualitäten der einzelnen Individuen diese unter Umständen zur Prostitution bringen können, sei zugegeben. Aber daß manche Kategorien der weiblichen Bevölkerung wie z. B. Unheilige, Diensthöten, eheverlassene und verwitwete Frauen diesen Gefahren gegenüber weniger Stand halten, spreche doch für die Bedeutung der wirtschaftlichen Momente. Auch die rege Beteiligung des weiblichen Geschlechts in der Industrie, die immer mehr um sich greift, fördere den Zustrom zur Prostitution. Nicht zu unterschätzen sei auch die Bedeutung des großstädtischen Wohnungselends und des Schlafgängerwesens, welches in ständiger Beziehung zu den bedenklichsten Konsequenzen führe. Der Umfang der Prostitution regelt sich stets durch die Nachfrage nach ihr. Am wenigsten von ihr abhängig sei bis jetzt die Arbeiterbevölkerung, die auch der geringsten Prozentsatz an Geschlechtskrankheiten aufweise. Es sei zu hoffen, daß infolge der Erhöhung des intellektuellen und des moralischen Niveaus der Arbeiterinnen in diesen Kreisen eine größere Widerstandsfähigkeit wie bisher gegen die Prostitutionsgefahr sich herausbilde. Beweiserleichterung lassen sich aber infolge des Aufstiegs der Arbeiterbevölkerung auch bei der großstädtischen Arbeiterjugend eine Zunahme der Verührung der Prostitution konstatieren. Immerhin werde der Arbeiter dieser Gefahr schneller entgehen, weil er im allgemeinen viel früher heiratete als der Mann der besitzenden Klassen. Frau Fürth betonte dann, daß als ein die Prostitution besonders förderndes Element auch die großen Kapitalien anzusehen seien, welche in den Bordellen, Amisetteipelen, Kinos, Varietés sowie in der Herstellung und dem Verkauf alkoholischer Getränke investiert sind.

Die wirtschaftlichen Folgen der Prostitution fänden ihren sichtbarsten Ausdruck vor allem in den Folgeerscheinungen der Geschlechtskrankheiten. Die von den Verkehrsgesellschaften festgestellte Uebersterblichkeit der Quertiker (Siphilitischen), die zahlreichen Spät- und Nacherkrankungen der Luës (Siphilis), besonders die große Zahl geistiger Störungen und die durch sie bedingte wesentliche Minderung der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit, die durch

Die venerische Erkrankung oft herbeigeführte Sterilität (Unfruchtbarkeit) sowie die Lebensuntauglichkeit und kostspielige Pflegebedürftigkeit des Nachwuchses bedeuten einen Verlust an Volkskraft und Volkserträgen, der zwar ziffernmäßig nicht zu fixieren, aber jährlich auf viele, vielleicht hundert von Millionen zu schätzen ist. Als wichtige Reformen forderte die Rednerin:

1. eine sachgemäße Lösung der Wohnungsfrage einschließlich zweckmäßiger Organisation des Prostitutionsbetriebes, wobei sie sich aber gegen Vordelle ausdrückte,
2. Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders der weiblichen Arbeiter und der Heimarbeiterin,
3. Förderung sozialpädagogischer Bestrebungen, insgesamt eine Um- und Neuordnung, die es nicht auf den Schutz toter Güter, sondern der lebenden Menschen als der wahren Quelle des Nationalreichtums abgesehen hat.

An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft ausgeprägte Diskussion an.

Gerichts-Zeitung.

Ein Gutbesitzer als Heiratschwindler.

Vom Landgericht II in Berlin ist am 26. Mai der Gutbesitzer Kurt Orignall aus Lubianen bei Berent in Westpreußen wegen fortgesetzten Betruges zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem ein früheres auf die gleiche Strafe lautendes Urteil auf seine Revision aufgehoben worden war. Obwohl der Angeklagte verheiratet und noch nicht geschieden war, spiegelte er einem Fräulein von K. in der Nähe von Berlin vor, er sei geschieden, verlobte sich mit ihr und schickte die Brautzeit bereits für die nächste Zeit fest. Dann teilte er seiner „Braut“ mit, der Kaufmann K. wolle seine Grundschuldforderung, die er in Höhe von 33 000 M. auf seinem (des Angeklagten) Gute Lubianen habe, zurückgezahlt haben. Fräulein von K., die ein Guthaben von 50 000 M. bei der Seehandlung hatte, ließ sich von dem Angeklagten überzeugen, daß diese Grundschuld eine ganz sichere Kapitalanlage sei, namentlich wenn sie eine Frau sei, und gab ihm 33 000 M. für K. Dieser zahlte dann aber, da ihm eine Forderung von 33 000 M. nicht zustand, 17 000 bis 18 000 M. an den Angeklagten zurück. Von diesem Gelde hat der Angeklagte 12 000 M. an seine Frau gezahlt, da er ihr diesen Betrag schuldet. Zu verschiedenen Malen hat dann der Angeklagte noch weiter unter Vorspiegelung falscher Tatsachen von Fräulein von K. größere Geldbeträge geliehen, so daß er ihr schließlich 48 500 M. schuldet. Erst nach Vergabe der letzten 1500 M. betragsenden Summe hat Fräulein von K. erfahren, daß der Angeklagte noch verheiratet sei. Zwar sind später ihre Forderungen auf das Gut des Angeklagten eingetragen worden, aber sie sind als durchaus minderwertig anzusehen und aufs höchste gefährdet, da das Gut überlastet ist und die Zwangsversteigerung von anderer Seite beantragt ist. Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Ueberfall.

Ein gefährliches nächtliches Abenteuer im Tiergarten hatte der Tapezierer Max Weiß zu bestehen gehabt, der gestern vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I als Zeuge erscheinen mußte. Wegen unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes und Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges und einer das Leben gefährdenden Behandlung war der Frazer Paul Strobusch angeklagt.

Eines Nachts im September d. J. kam der in der Vorkammer wohnhafte Tapezierer Weiß von seiner Arbeitsstelle im Stadtmuseum durch die Bellevueallee im Tiergarten. Kurz vor dem Schloß Bellevue trat der Angeklagte, der sich offenbar in raubwüthiger Stimmung befand, auf ihn zu und fragte nach dem Weg nach dem Ruhetempel. Weiß, der schon aus der Art der Fragestellung gemerkt hatte, daß es dem Angeklagten offensichtlich nur darauf ankomme, mit ihm Streit anzufangen, gab die gewünschte Auskunft und wollte weitergehen. Der Angeklagte hielt ihn jedoch fest und fragte in frechem Tone, was er sich nach des Nachts im Tiergarten herumzutreiben habe. Er sei Kriminalbeamter und habe für Ordnung zu sorgen. Als W. die Worte des angeblichen Beamten zu seinen Ungunsten, fiel der Angeklagte über ihn her und brachte ihm mit einem schon bereit gehaltenen Taschenmesser einen tiefen Stich in den Unterleib bei. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen nahm der zufällig des Weges kommende Schutzmann Krabiel die Verfolgung des flüchtenden Messerhelden auf. Der rohe Patron wurde eingekerkert und nach kurzer Gegenwehr überwältigt. Der schwerverletzte Weiß wurde in einer Automobildroschke nach dem Roabiter Krankenhaus geschafft, wo er längere Zeit in Lebensgefahr schwebte, da durch die ziemlich große Stichöffnung die Eingeweide herausgetreten waren. Erst nach sechswochigem Krankenlager war er wieder soweit hergestellt, daß er seiner Arbeit nachgehen konnte.

Vor Gericht konnte der Angeklagte als einzigen Entschuldigungsgrund nur vorbringen, daß er seinerzeit angetrunken war. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren. Das Gericht war der Ansicht, daß der Angeklagte zu jenen gemeingefährlichen Rowdys gehöre, die absichtlich mit harmlosen Passanten Streit anfangen, um dann in der rohesten Weise über sie herzufallen. Die angebliche Trunkenheit, von der übrigens die Schutzleute nichts wahrgenommen hätten, könne nicht als Milderungsgrund, sondern eher als Strafschärfungsgrund angesehen werden, da derartige rohe Patrone sich ja dadurch, daß sie sich nach Rut antrinken, gewissermaßen einen Freibrief schaffen würden. Das Gericht ging deshalb noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und erkannte auf 2 Jahre und 1 Monat Gefängnis; außerdem wurde der Angeklagte wegen Fluchtverdachts sofort im Gerichtssaal verhaftet.

Aus aller Welt.

Ueberfall eines Eisenbahnzuges in Schlesien.

Ein verwegenes Gaunerstück haben bisher undelant gebliebene Eisenbahnräuber in einem Personenzug der Strecke Brieg-Keiße verübt. Der am Dienstagabend gegen 11 Uhr von Brieg abgefahrene Zug 331 wurde in der Nähe von Bösdorf durch 7 Ziegen der Rotbremse in einem Frauenabteil vierter Klasse zum Halten gebracht. Während des Aufenthaltes auf der Strecke wurden aus dem Packwagen fünf Geldtaschen mit 525 M. 20 Pf. entwendet. Die leeren Taschen wurden Mittwoch früh von einem Weichensteller auf der Strecke gefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein Offizier als Mädchenschänder.

Dem Treiben eines Wüstlings sind in der böhmischen Stadt Kremier zahlreiche Kinder zum Opfer gefallen. Verschiedene Schulmädchen im Alter von 12—13 Jahren wurden in die Wohnung eines adeligen Offiziers gelockt und dort unflüchtige Attentate auf sie verübt. Dadurch, daß einige der Mädchen ins Krankenhaus gebracht werden mußten, sei die Sache aufgedeckt. Die Polizei habe bereits zwölf Schulmädchen ermittelt, die dem Wüstling zum Opfer gefallen sind.

Verhollten.

Eine Kunde von dem furchtbaren Schicksal, das die Besatzung des seit sechs Jahren verholtenen Dampfers „Centennial“ getroffen hat, bringt der Bericht des Kapitäns des in Luenston angekommenen Cunarddampfers „Caronia“. Vor ungefähr sechs Jahren war der Dampfer „Centennial“ von Japan nach San Francisco in See gegangen, und seit dieser Zeit hat man nichts von ihm gehört. Es wurde daher angenommen, daß der „Centennial“ bei einem Taifun mit Mann und Maus untergegangen sei. Jetzt haben Mitglieder einer russischen Expedition, die die Küste Sibiriens be-

reisten, in der Nähe der Insel Sakalin den Dampfer im Ochotskischen Meere, von Padeis vollkommen umschlossen, entdeckt. Das Schiff selbst befand sich noch in vollkommenem gutem Zustande, aber von der Besatzung fehlte jede Spur. Einige Expeditionsmitglieder gingen an Bord des Schiffes und stellten fest, daß alle Rettungsboote fehlten und daß die Besatzung beim Verlassen auch die Vordächer mit sich genommen hat. Die Besatzung, die aus 30 Mann bestand, hat das Schiff verlassen, wahrscheinlich um die Insel Sakalin zu erreichen. Es ist leider nicht daran zu zweifeln, daß die 30 Seeleute nach langen, harten Entbehrungen und nach Erdulung ungewöhnlicher Strapazen in der Eiswüste des Ochotskischen Meeres ihren Tod gefunden haben.

Wieder ein paar ehrbare Bürger.

Großes Aufsehen erregen umfangreiche Schwindelereien, die in dem Betriebe der Spiralführer-Fabrik G. m. b. H. Schierstein von dem Direktor Georg Kugelstadt verübt wurden, und nun, nachdem er und sein Bruder flüchtig geworden sind, zur Aufdeckung gelangten. Die Unterschlagungen sollen sich auf 100 000 Mark belaufen.

Der seit einigen Jahren in Frankfurt als Notar tätige Alexander Reichmann ist seit einigen Tagen verschwunden. Reichmann, über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet werden soll, ist durch Wechselverbindlichkeiten und durch einen Hausbau in Vermögensverfall geraten. Seine Depots und Hypothekenbriefe hat er vor einigen Tagen sämtlich an den Landgerichtspräsidenten abgeliefert. Man nimmt an, daß er mit seiner Geliebten ins Ausland geflüchtet ist.

Sturzflüge mit Passagier.

Der Flieger Roland Garros, der sich durch seinen Flug über das Mitteländische Meer einen Namen gemacht hat, hat am Dienstag auf dem Flugplatz von Villacoublay einen besonders schönen Flug vollführt. Er stieg in Begleitung eines Passagiers mit seinem Findler auf und führte mehrere Sturzflüge und Looping the Loops aus. Diese Leistung Garros ist um so bemerkenswerter, als er seinen gewöhnlichen Apparat benutzte, der für derartige Flüge durchaus nicht eingerichtet ist.

Wie man Millionär wird.

In New York wurde der Großkaufmann Karl Thalheim, Präsident der Thalheim Company, die sich mit dem Import künstlicher Blumen und Federn beschäftigt, unter der Beschuldigung zu niedriger Deklaration bei den Importen aus Frankreich und Deutschland verhaftet. Die Summe der zu niedrigen Deklaration beträgt angeblich 125 000 bis 150 000 Dollar. Dieses Verfahren soll seitens der Firma bereits seit sieben Jahren angewendet worden sein.

Kleine Notizen.

Raubmord. In der Nacht zum Mittwoch wurde im Walde bei Waldow (Westpreußen) der Kaiser Seumotolski, der sich mit seinem Fuhrwerk unterwegs befand, erschlagen aufgefunden. Da der Betrag von 150—170 M., den der Kaiser bei sich hatte, fehlt, nimmt man an, daß es sich um einen Raubmord handelt.

Eisenbahnunglück in Böhmen. Kurz vor dem Prager Franz-Josef-Bahnhof fuhr am Mittwoch ein Arbeiterzug infolge falscher Weichenstellung in einen Güterzug. Zweiundsiebzig Personen, meistens Eisenbahnangestellte, wurden verletzt, davon sieben erheblich.

Für 270 000 Kronen Brillanten gestohlen. Der Brillantenhändler Jakob Vinheiro aus Amsterdam, der am Dienstag mit dem Abenddampfer in Wien eingetroffen war, erschien auf der Polizei und gab an, daß ihm auf der Fahrt nach Wien sein wohlverwahrtes Vortseufel mit Brillanten im Werte von ungefähr 270 000 Kronen gestohlen worden sei.

Schiffunglück im Hafen von Hongkong. Der japanische Dampfer Sohu Maru überkam auf der Reede von Hongkong ein chinesisches Boot; von seinen Insassen sind zwanzig Chinesen getötet, dreißig sollen ertrunken sein.

Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Reiter's Reiner Völkharmonie, Altempler Straße 9/97: Vortragsabend: „Die Malerei des Berliner Realismus“. Referent: Herr Kunstschritsteller Robert Dreuer. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindendstraße 69, vom vier Treppen — 3. Stock —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonn- und Feiertagen von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder der den Briefkasten bestimmten Aufsatz ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abnommenentscheidung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

- M. Z. 19. Auch anderer Gradients ist die Firma nicht erspürbar.
- M. Z. 20. Die notwendige Kleidungsstücke können herausgegeben werden, das übrige Vermögen jedoch zurzeit noch nicht. Zur Einleitung gerichtlicher Schritte müßte beim Vormundschaftsgericht der Antrag auf Bestellung eines Pflegers gestellt werden. — M. Z. 22. Der Harter kann die Einlegung ablehnen. Der Austritt löst pro Person 3,50 M. — G. J. 22. Der Einwand der Minderjährigkeit läßt sich jetzt nicht mehr erheben, da offenbar ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Sie sind auch zur Beitritt des Eisenbahnunglücks verurteilt. — M. M. 1883. Beim Vormundschaftsgericht muß für die Kinder die Bestellung eines Pflegers beantragt werden. Dieser kann Alimentationsklagen erheben. Nach Erhalt eines Urteils läßt sich das Guthaben beizulagern. — M. J. 1884. Ein solches erwidert jedoch sehr ungeschicklich. — M. Z. 11. Wenden Sie sich sofort an das Zentralarbeitersekretariat, Berlin, Angelufer 14/15.

Wartpreis von Berlin am 25. November 1913. nach Ermittlungen des 1. Polizeipräsidiums. Weis (misch), gute Sorte 16,50—16,90, mittel 10,00—10,50, geringe 9,00—9,50. Weis (runder), gute Sorte 14,70—14,90, mittlere 4,00—5,20. Heu 6,00—7,00.

Wartkalkendpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 24,00—30,00. Speldebohnen, weiße 35,00—40,00. Linen 36,00—40,00. Kartoffeln (klein) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seite 1,90—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,90—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,40—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Kafe 1,60—3,00. Jander 1,20—3,20. Heide 1,20—2,60. Variete 1,00—2,40. Schiere 1,60—3,20. Biste 0,80—1,40. 60 Stück Zwiebel 1,00—2,40.

Wasserlands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

Wasserland	am 25. 11.		Wasserland	am 25. 11.	
	cm	cm ²		cm	cm ²
Remt, IJst	318	-22	Saale, Großh.	102	-6
Regel, Unterburg	97	-16	Obel, Spandau	50	0
Wegel, Ebn	192	0	Katzenow	10	+7
Oder, Ratib	176	-9	Spree, Spremberg	80	+2
• Krotin	180	-2	• Bredow		0
• Frankfurt	170	+4	• Beyer, Räden		-6
• Warthe, Schrimm	112	0	• Raud	298	-18
• Landsberg	6	+2	• Rhein, Raminianbau	432	-10
Regel, Gordanm	60	-4	• Raud	281	-27
Eibe, Veltmery	-8	-11	• Rät	338	-34
• Dresden	-124	-10	• Reder, Weibrom	127	-10
• Barby	134	-8	• Rain, Qunau	207	-17
• Magdeburg	108	+3	• Josef, Exter	138	-7

+) + bedeutet Zufluß, — Fall, — *) Unterregel.

Ortskrankenkasse Niederbarnim.

Nach neueren Informationen ist es doch völlig ausgeschlossen, daß die neue Ortskrankenkasse bereits am 1. Januar 1914 ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Die Ausschusssitzungen sollen erst in der ersten Hälfte des Monats Januar stattfinden. Und da die Vertreter im Ausschuss die Mitglieder des Vorstandes wählen und auch hier wieder Fristen für die Bekanntmachung vorgeschrieben sind, ergibt sich, daß der 1. April 1914 wohl derjenige Termin sein wird, an welchem der neue Vorstand und Ausschuss in Funktion treten kann. Damit sind die Rechte der Versicherten ganz erheblich beschnitten, und es muß bei den kommenden Wahlen alles darangesetzt werden, um dann wenigstens eine in ihrem Sinne zusammengesetzte Körperschaft entstehen zu lassen. Wir weisen schon in Nr. 241 darauf hin, daß aus ganz bestimmten Überlegungen zu entnehmen gewesen sei, daß die Organisation der neuen Kasse vom Versicherungsamt übernommen werden sollte. Wie recht wir damals mit unseren Überlegungen hatten, dafür ist jetzt der Beweis erbracht. Da die vom Kreisrat im ganzen, ohne Diskussion angenommene Wahlordnung vom Oberversicherungsamt genehmigt worden ist, wollen wir die in Frage kommenden Bestimmungen bereits heute einer Besprechung unterziehen. Bekanntlich ist es bei der Beratung der Vorlage nicht gelungen, eine Vereinfachung des Wahlmodus zu den Wahlen des Ausschusses durchzuführen. Es ist also bei der Bestimmung geblieben, daß der Kreisbezirk in 14 Wahlbezirke geteilt wird, deren jeder für sich getrennt wählt. Die Zahl der in jedem Bezirk zu wählenden Vertreter bemittelt sich nach dem Verhältnis der auf volle Hundert abgerundeten Gesamtzahlen der in den einzelnen Bezirken vorhandenen Wähler. In ihrer Berechnung werden in jedem Bezirk gesondert Wählerlisten für die beschäftigten Arbeitgeber und Versicherten aufgestellt. Arbeitgeber wählen in demselben Bezirk wie die von ihnen beschäftigten Versicherten; sie dürfen nur als Vertreter eines Bezirks gewählt werden. Die Einteilung der 14 Wahlbezirke mitzuteilen sind wir jetzt leider noch nicht in der Lage, da erst die amtliche Bekanntgabe im Kreisblatt abgewartet werden muß. Der Ausschuss besteht aus 60 Vertretern (40 Arbeitnehmer und 20 Arbeitgeber). Trotzdem 50 000 Versicherte in Frage kommen, hat der Kreisrat den Antrag unserer Genossen, diese Zahl auf 60 zu erhöhen, abgelehnt. Ist somit also eine ausreichende Vertretung nicht gewährleistet, so ist es schon aus diesem Grunde Pflicht der Versicherten, sich die einzelnen Vertreter genau anzusehen.

Für jeden Vertreter sind außerdem noch zwei Ersatzmänner zu wählen, so daß die Zahl der zu wählenden Ausschussmitglieder im ganzen 150 beträgt (100 Arbeitnehmer und 50 Arbeitgeber). Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist, das heißt also, wer zur Zeit der Wahl im Kreisbezirk beschäftigt ist. Die Bestimmung, daß nur volljährige Deutsche wählbar sind, gibt auch den Frauen die Möglichkeit zu wählen und gewählt zu werden. Nicht nur dem Ausschuss, sondern auch dem Vorstand dürfen Frauen angehören. Das war zwar schon immer so, trotzdem ist es nützlich, von Zeit zu Zeit daran zu erinnern.

Die Wahlzeit dauert vier Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit im Amte, bis ihre Nachfolger eintriften. Wer ausscheidet, kann wiedergewählt werden. Eine Wiederwahl kann nach mindestens zweijähriger Amtsführung für die nächste Wahlzeit abgelehnt werden. Berücksichtigt werden nur solche Wahlvorschlüsse, die spätestens vier Wochen vor dem Wahltag beim Versicherungsamt eingereicht sind. Außerdem ist besonders darauf zu achten, daß jeder Wahlvorschlag mindestens 30 Unterschriften von Wahlberechtigten tragen muß. Wenn die Wahlvorschlüsse verspätet eingereicht werden oder nicht die erforderlichen Unterschriften haben, sind sie ungültig. Wieviel Vertreter und Ersatzmänner in jedem Wahlbezirk zu wählen sind, wird in der Bekanntmachung bestimmt.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal soviel Bewerber benennen, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Rufnamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei den Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlüssen für die Arbeitnehmer ist von jedem Bewerber eine Erklärung beizulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Vorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Wenn das unterbleiben ist, gilt der erste und zweite Unterzeichner als Vertreter und Stellvertreter. Beide sind berechtigt und verpflichtet, dem Versicherungsamt die zur Befreiung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Zwei oder mehr Wahlvorschlüsse können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie anderen Wahlvorschlüssen gegenüber als ein einziger Wahlvorschlag anzusehen und zu behandeln sind. In solchen Fällen müssen die Unterzeichner der betreffenden Vorschläge oder die Wahlvorschlusssprecher (siehe oben) übereinstimmend spätestens 2 Wochen vor dem Wahltag dem Versicherungsamt (Landratsamt des Kreises Niederbarnim, Berlin NW. 40, Friedrich-Straße 5) gegenüber die Erklärung abgeben, daß die Vorschläge miteinander verbunden sein sollen. Wie wichtig die Funktion der Wahlvorschlusssprecher ist, ersehen wir daraus, daß alle Anstände, die sich bei der Überprüfung der Wahlvorschlüsse durch das Versicherungsamt ergeben, umgehend dem Wahlvorschlusssprecher mitgeteilt werden, der dann für die rechtzeitige Befreiung derselben zu sorgen hat. Die Anstände selbst müssen spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag beseitigt sein. Bis zu diesem Zeitpunkt können Wahlvorschlüsse auch zurückgenommen werden. Auch eine Wahl ohne Stimmenabgabe kann erfolgen, wenn nämlich auf gültigen Wahlvorschlüssen im ganzen nur so viele wählbare Bewerber benannt sind, als Vertreter zu wählen sind.

Die Wahlhandlung wird von besonderen Wahlschüssen geleitet, die für die Wahlen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besonders eingesetzt werden. Die Wahlschussmitglieder werden erstmalig vom Versicherungsamt, später vom Vorstand der Kasse ernannt. Zum Wahlraum haben nur die Wahlberechtigten Zutritt. So gefordert werden kann, daß sich die Wähler über ihre Person und Wahlberechtigung ausweisen, ist es notwendig, daß sich jeder Wähler mit einer Legitimation verhält. Für die Kassensmitglieder genügt die Vorlegung des Mitgliedsbuches oder einer Bescheinigung des Arbeitgebers, daß die betreffenden am Tage der Wahl noch in Beschäftigung stehen. Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschlüsse vollständig übereinstimmt. Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe sein und einer Größe, die das Versicherungsamt bestimmt. Stimmzettel, die von dieser Bestimmung abweichen, sind ungültig, wenn durch dieses Abweichen die Absicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich ist. Die Stimmenabgabe ist wie bei der Reichstagswahl. Der Wähler erhält einen abgestempelten Umschlag (Wahlwert) und tritt an einen abgedeckten Tisch, wo er seinen Stimmzettel unter Beachtung in den Umschlag legt, den er dann unversehrt, unter dem Namen seines Namens dem Wahlvorsteher übergibt. Wähler, die bis zum Schluß der Wahlhandlung im Wahlraum befinden, können ihre Stimme noch abgeben.

Für die Wahl des Vorstandes gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Wahl des Ausschusses. Für diese Wahlvorschlüsse genügen jedoch drei Unterschriften.

Das Wahlergebnis wird erstmalig durch das Versicherungsamt spätestens bis zum Ablauf von zwei Wochen nach dem Wahltag für jeden Wahlbezirk getrennt ermittelt. Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb zwei Wochen nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses angefochten werden. Die Anfechtungen sind beim Ver-

sicherungsamt anzubringen, das auch endgültig darüber entscheidet. In letzter Zeit ist mehrfach eine Aufforderung ergangen, auch die Leistungen und die Beitragshöhe der neuen Kasse bekanntzugeben, damit sich die zukünftigen Mitglieder und die Arbeitgeber danach richten können. Für die baren Leistungen der Kasse werden die Mitglieder in sieben Klassen geteilt. In die Stufe A gehören Kassensmitglieder mit einem täglichen Entgelt von 0,75 M., einschließlich der ohne Entgelt beschäftigten Lehrlinge.

Table with 2 columns: Stage (I-VI) and Contribution (M.). Stage I: 0,75 M. to 1,15 M.; Stage II: 1,15 to 1,50; Stage III: 1,50 to 2,10; Stage IV: 2,10 to 3,15; Stage V: 3,15 to 4,15; Stage VI: 4,15 to 6,00.

Der Grundlohn ist festgesetzt für die Stufe A auf 0,60 M., Stufe I auf 1 M., Stufe II auf 2 M., Stufe III auf 3 M., Stufe IV auf 4 M., Stufe V auf 5 M., Stufe VI auf 6 M. Nach diesem Grundlohn wird auch das Krankengeld bemessen, und zwar beträgt es die Hälfte desselben. Wie bei der Beratung im Kreisrat festgestellt wurde, beziehen zurzeit schon 23 324 Personen im Kreise das Krankengeld auch für den Sonntag, also für jeden Krankentag. Dem ist im Statut Rechnung getragen und werden demnach gezahlt:

Table with 2 columns: Stage (I-VI) and Daily/Weekly Rate (M.). Stage I: 0,30 M. or 2,10 M. per week; Stage II: 0,50 to 3,50; Stage III: 1,00 to 7,00; Stage IV: 1,50 to 10,50; Stage V: 2,00 to 14,00; Stage VI: 2,50 to 17,50.

Während der ersten drei Tage wird Krankengeld nicht gezahlt, es sei denn, daß die Krankheit zum Tode geführt hat. Als Sterbegeld wird der Hälfte Betrag des Grundlohnes gezahlt, mindestens aber 50 M. Es beträgt demnach für Mitglieder der Stufe A 50 M., Stufe I 50 M., Stufe II 50 M., Stufe III 75 M., Stufe IV 100 M., Stufe V 125 M., Stufe VI 150 M. Die Klassenbeiträge sind auf 4 Proz. des Grundlohnes bemessen und betragen für die Stufe A 0,18 M., Stufe I 0,27 M., Stufe II 0,57 M., Stufe III 0,84 M., Stufe IV 1,11 M., Stufe V 1,41 M. und Stufe VI 1,68 M. Für Lehrlinge aller Art, die ohne Entgelt beschäftigt werden, gelten die Beiträge in Klasse A. Für die auf Rembanten beschäftigten Mitglieder erhöhen sich diese Beiträge um 50 Proz. Eintrittsgelder werden nicht erhoben. Für die in der Landwirtschaft und mit landwirtschaftlichen Arbeiten Beschäftigten hat der genannte Grundlohn keine Geltung. Für diese kommt nach § 149 der Reichsversicherungsordnung der ortsbüchliche Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner in Betracht, der vom Oberversicherungsamt besonders festgesetzt wird und natürlich erheblich niedriger ist.

Mit diesen Mitteilungen glauben wir allen geduldeten Wünschen Rechnung getragen zu haben. Ueber die Einteilung der Wahlbezirke und die Zahl der zu wählenden Vertreter werden wir sofort nach Eingang der amtlichen Bekanntmachung berichten.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Freitag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Becker, Webersstraße 17, der zweite Vortrag über „Die Entschleunigung des wissenschaftlichen Sozialismus (Marx und Engels)“ statt. Da der Vortragende, Reichstagsabgeordneter Genosse Kühle, am Freitag nochmal eine überaus interessante und zusammenfassende Darstellung des ersten Vortrages gibt, so ist zu empfehlen, daß noch Mitglieder sich daran beteiligen. Teilnehmerkarten a 30 Pf. sind noch am Eingang des Saales zu haben.

Die Aufführung der Reutenka-Sinfonie findet statt am Sonnabend, den 6. Dezember, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain. Billets a 70 Pf., Textbuch 10 Pf., sind im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 10/11, sowie in den mit Plakaten versehenen Geschäften zu haben. Anfang 9 Uhr.

Zechter Wahlkreis.

Am Dienstag, den 2. Dezember, finden in unserem Kreise vier öffentliche Agitationsversammlungen statt, zu denen am Sonntag, den 30. November, ein Flugblatt von den bekannten Stellen aus verbreitet wird.

Unsere Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich wie immer, zahlreich und pünktlich zu beteiligen.

Ferner wollen wir nicht verfehlen, unsere Mitglieder nochmals auf das am Sonntag, den 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Kongressaal der Brauerei Friedrichshain stattfindende Beethoven-Konzert aufmerksam zu machen. Wir bitten, die Entnahme der Billets rechtzeitig zu bewirken, da offene Kasse nicht stattfindet.

Eintrittskarten a 70 Pf. und Textbücher a 10 Pf. sind bei den Bezirksfahrern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.

Vortragfolge: 1. Leonoren-Duvertüre Nr. 3. 2. Phantasie für Klavier, Orchester und Chor. 3. Die neunte Sinfonie. Mitwirkende außer den Solisten: das Bläser-Orchester und der Berliner Volkschor.

Lichtenberg. Die Genossen zur Landagitation (einschließlich Rüdersdorf) treffen sich morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilhelm Schulz, Kronprinzstr. 47.

Johannisdorf. Morgen Freitag, den 28. Nov., abends 7 1/2 Uhr, von den bekannten Stellen aus wichtige Flugblattverbreitung.

Trebbin. Am Sonnabend, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasbericht und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Parteiangelegenheiten.

Rosenthal. Freitag abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Röntgenal, Jevernied, Buch. Heute abend, 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Lange, Röntgenal, Siemensstr. 10, der letzte Vortrag abend über „die wirtschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ statt.

Reinickendorf. Vom Vortragsthema: „Einführung in die sozialistische Weltanschauung“ findet heute abend von 8 1/2 Uhr ab im „Seebad“, Residenzstr. 49, der letzte Vortrag statt. Der Sozialismus und seine Zukunft wird das Thema des heutigen Abends bilden.

Berliner Nachrichten.

Ueber das Nährpflichtigengesetz.

Die Versammlung der Armenkommissionsvorsteher, welche am Freitag im Bürgerlaale des Rathauses tagte, behandelte u. a. auch das sogenannte Arbeitseinkommengesetz vom Juli 1912. Herr Magistratsrat Lehmann erklärte, daß das sogenannte Arbeitseinkommengesetz in der Hauptsache geschaffen sei, um die Armenpflege gegen febrile Anspruchnahme zu schützen. Leider treten die Fälle sehr häufig auf, daß die zum Unterhalt Verpflichteten sich dieser Verpflichtung auf jede mögliche Weise zu entziehen suchen. Verpflichtet, für den Unterhalt zu sorgen, sei zunächst der Familienvorstand; so habe der Ehemann in erster Linie für seine Familie zu

sorgen oder auch die Witwe für ihre Kinder. Aber auch die erwachsenen Kinder seien zum Unterhalt bedürftiger Eltern oder Großeltern verpflichtet.

Bis zum Jahre 1871 bestand der polizeiliche Arbeitszwang in einer ganzen Reihe von deutschen Kleinstaat; erst durch die reichsgesetzliche Regelung des Unterstüchtungswohnzuges kam auch der Arbeitszwang in Fortfall, um nun nach 40 Jahren wieder aufzutreten. Wie sich gezeigt, sei der Arbeitszwang ein notwendiges Uebel.

In Betracht kommen hierfür solche arbeitseinkommene Personen, welche böswillig nicht für sich und ihre Angehörigen sorgen und dadurch der Armenpflege zur Last fallen. Die zwangsweise Unterbringung in eine Arbeitsanstalt soll nur auf die Dauer der Unterstüchtungsbedürftigkeit geschehen und darf in der Regel ein Jahr nicht überschreiten. Nach einem Jahre hat der Untergebrachte einen Urlaub von mindestens drei Monaten zu verlangen. Gelingt es ihm in dieser Zeit, den Unterhalt für sich und seine Familie zu beschaffen, so ist derselbe aus der Anstalt zu entlassen. Der Magistratsrat warnte davor, auf diesen Arbeitszwang und das Gesetz große Hoffnungen zu setzen. Kamentlich solle man nicht bei vorübergehender Not oder Streiks und Kaszperungen sowie längerer Arbeitslosigkeit nach der zwangsweisen Unterbringung schreien. Auch die Arbeitsfähigkeit des Betroffenen sei zu berücksichtigen. Auf alle Fälle aber müsse man durch gütliche Hinweissung und Androhung der Unterbringung in eine Anstalt erst versuchen, den Unterhaltspflichtigen an seine Pflicht zu erinnern. Für Berlin entscheidet über die Notwendigkeit der Unterbringung der Stadtaussschuss; der Betroffene ist zur mündlichen Verhandlung zu laden und zu hören. Wegen die Entscheidung des Stadtaussschusses ist die Berufung an den Bezirksaussschuss zulässig. Für Berlin sei die Errichtung einer landwirtschaftlichen Anstalt in Aussicht genommen. Erfahrungen habe man bisher auf diesem Gebiete nicht gemacht. An die Vorsteher richtete der Vortragende das Ersuchen, keinesfalls leichtfertig Anträge auf Unterbringung in eine Anstalt zu stellen, denn so einfach sei die Sache nicht.

Wir müssen hierzu bemerken, daß auch in der Berliner Armenverwaltung mit dem Nährpflichtigengesetz stark gedroht wird. Uns liegt ein Fall vor, in dem ein verheirateter Arbeiter von der Armen-direktion aufgefordert wurde, für seinen im Sieschenhaus untergebrachten Vater Unterhaltungskosten zu leisten und dem gedroht wurde, im Weigerungsfalle das Nährpflichtigengesetz anzuwenden, allerdings erging diese Aufforderung formularmäßig. Der Arbeiter erklärte, nicht in der Lage zu sein, die Kosten zu tragen, zumal er seit längerer Zeit ohne Arbeit sei. Die Armen-direktion wendete sich nunmehr an die beiden erwachsenen Töchter, die im Hause wohnten mit der Aufforderung, für ihren Grovater zu zahlen, widrigenfalls — Nährpflichtigengesetz. Die beiden Töchter erklärten, mit sich zu tun zu haben, andererseits seien sie doch zuerst verpflichtet, dem arbeitslosen Vater mit durch-zuhelfen.

In solchen Fällen mit der Anwendung des Nährpflichtigen-gesetzes zu drohen, ist ein Verfahren, das ganz unverständlich ist.

Die städtische Hochbaudeputation beriet und genehmigte in ihrer getrigen Sitzung unter Vorsitz des Stadtrats Reubensky u. a. den speziellen Entwurf und Kostenschlag zu dem Neubau eines Diphtherie- und Beobachtungspavillons für das Krankenhaus am Urban. Als Terrain hierfür ist das Grundstück des ehemaligen Erziehungsheimes am Urban bestimmt. In der Sitzung gelangte ferner zur Annahme der Vorentwurf und Kostenüberschlag für den Neubau einer Gemeindepflichtschule an der Danziger Straße und der spezielle Kostenschlag für die neu zu errichtenden Dienst- und Wohngebäude an der Badstraße. In diesen sind u. a. vorgezogen Räume für eine Filiale der städtischen Spargasse, eine Säuglings-fürsorgestelle, ein Armenamt sowie mehrere Dienstwohnungen.

Raubmord und Selbstmord des Täters.

Eine schwere Bluttat legte am gestrigen Mittwochnachmittag um die dritte Stunde die Bewohner des Hauses Friedrichstraße 131a in Schreden. Dort wurde der Verlagsbuchhändler Michael Goldstein von seinem Buchhalter Johannes Surlow durch Hammerschläge und Revolverkugeln tödlich verletzt. Der Täter, der es anscheinend auf einen Raub abgesehen hatte, verübte, als er sich an der Flucht verhielt, Selbstmord durch Erschießen. Ueber die Tat wird uns folgendes mitgeteilt: In dem größtenteils von Geschäften und kaufmännischen Bureauen benutzten Hause Friedrichstr. 131a hatte sich seit dem 1. August d. J. der am 21. Mai 1886 zu Petersburg geborene Verlagsbuchhändler Michael Goldstein, dessen Ehefrau mit zwei Kindern zurzeit in Moskau lebt, niedergelassen, um dort einen Buch- und Zeitschriftenverlag zu begründen, der sich hauptsächlich aus russischen Werken und Schriften zusammenfetzte. Goldstein, der zahlreichen Zuspruch seitens der in der Reichshauptstadt wohnenden und studierenden russischen Staatsangehörigen genoss, engagierte im Herbst als Buchhalter den ebenfalls aus Russland stammenden 26 Jahre alten Johann Surlow, der am 2. September 1887 zu Drel in Russland geboren ist. Zwischen beiden kam es, wie Sachrath bemerkten, des öfteren zu erregten Szenen, an denen wohl beide Personen infolge ihres Temperamentes die Schuld trugen. Am gestrigen Mittwochnachmittag hatte Goldstein den Betrag von 2000 Rubeln von der Bank abgeholt. Kurz nach 2 Uhr betrat der Buchhalter das aus zwei Geschäftsräumen und einem kleinen Privatkontor bestehende Lager und begab sich an seinem Buchhalter vorbei in das Kontor, wo er sich am Schreibtisch niederlegte. In diesem Augenblick muß der Täter ihm nachgeschlichen sein und den Nord verübt haben, zu dem er sich zunächst eines schweren Hammers bediente, mit welchem er von hinten einen schmerzhaften Hieb gegen den Kopf seines Opfers führte. Der Wertmeister Hermann Langer und der Schlosser Rudolf Sadowski, die eine halbe Etage höher mit der Ausbesserung einer Klingel beschäftigt waren, hörten um diese Zeit kurz hintereinander drei Schüsse fallen. Nach jeder Detonation hörten sie gellende Hilferufe aus dem Goldsteinischen Geschäft dringen. Schnell entschlossen verabredeten sie sich dahin, daß der eine die Haustür, den einzigen Ausgung zur Straße bewachen, der andere die Polizei herbeiholen solle. Der Täter hatte sich inzwischen augenscheinlich an der Brieftasche des Goldstein in räuberischer Absicht zu schaffen gemacht. Er scheint auch einen vergeblichen Versuch zur Öffnung des Geldschrankes gemacht zu haben. Als hierauf der Schutzmann Böcker mit Langer an der Tür des Geschäfts erschien und diese nach vergeblichem Einlaßbegehrt mit dem Säbel aufzubrechen drohte, sprang Surlow, indem er die Tür aufriß, den beiden Männern sich zur Wehr zu setzen. Der Anblick des inzwischen von vielen Menschen besetzten Hofes mag ihm klar gemacht haben, daß Widerstand nutzlos und die Flucht abgelehnt sei. Er drückte die Tür mit aller Macht wieder in das Schloß und tötete sich durch einen Revolvererschuss in die rechte Schläfe. Den hierauf nach gewaltfamer Öffnung der Tür eindringenden Beamten des 7. Polizeirevieres bot sich ein schrecklicher Anblick. Surlow lag aufsteckt in einer Blutlache, den Revolver umklammert haltend, am Boden. Goldstein,

der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, saß zusammengesunken im Stuhl vor seinem Schreibtisch. Da ein Arzt nicht zur Stelle war, und nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, ob Surlows Tod bereits eingetreten war, so ließ die Polizei beide nach der königl. Klinik in der Fiegestraße schaffen. Dort starb Goldstein unter den Händen der Ärzte; er hatte einen tödlichen Schlag in die linke Schläfe und eine Schußwunde in der zur Dedung des Kopfes empor gehaltenen Hand davongetragen. Der Schlag des Hammers hatte den Schädel in entsetzlicher Weise zertrümmert. Bei Surlows konnte nur der auf der Stelle eingetretene Tod festgestellt werden.

Der Selbstmord eines Pfarrers.

Der Selbstmord eines Geistlichen wird aus dem Westen der Stadt gemeldet: An der Lutherkirche war seit dem 1. April als vierter Prediger der 34 Jahre alte Geistliche Frh. Weisler angestellt, der aus Sprottau in Schlesien stammt. Weisler wohnte mit seiner Frau und seinen beiden Kindern in der Nähe der Kirche, in der Wilmsstraße 72, Ecke Steinmehstraße, im ersten Stock des Vordergebäudes. Die Ehe des Paares war nicht glücklich, weil sich Mann und Frau nicht recht verstanden. Woran das lag, läßt sich nicht bestimmen. Die Verhältnisse führten dahin, daß Frau Weisler vor zwei Monaten mit ihren Kindern den Mann verließ und nach ihrer Heimat in Schlesien zurückkehrte. Nun hatte der Prediger, wie es heißt von Verwandten seiner Frau, sich 2000 M. geliehen. Diese sollte er jetzt zurückzahlen, er war aber dazu nicht imstande. Die Gläubiger warteten nicht länger, ließen vielmehr, als sie kein Geld bekamen, die Wohnungseinrichtung pfänden und gaben morgen durch einen Gerichtsvollzieher abholen. Als dieser erschien, fand er keinen Einlaß in die Wohnung. Auf sein Klopfen und Klingeln wurde nicht geantwortet. Jetzt erinnerte sich eine Frau aus dem Hause, daß sie gegen 7 Uhr einen dumpfen Hall gehört hatte. Sie hatte sich dabei nichts weiter gedacht. Erst jetzt schöpfte man Verdacht und fand ihn bald bestätigt. Der Gerichtsvollzieher ließ durch einen Schlosser öffnen, und nun sah man, daß Weisler Hand an sich gelegt hatte. Er hatte sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe geschossen und lag im Schlafzimmer tot auf dem Fußboden.

Unterricht in der Glühstrumpfnäherei

Es immer wieder ein lohnendes Geschäft. Lohnend ist die Sache für den, der solchen Unterricht gibt und das im voraus zu bezahlende Lehrgeld einbringt. Die Hoffnungsvollen aber, die für ihre letzten paar Mark die Glühstrumpfnäherei erlernen und davon sich Arbeit und Brot verschaffen, erleben nur zu oft die bitterste Enttäuschung.

Dieser sogenannte Unterricht ist eine ebenso mühsame wie einträgliche Erwerbsgelegenheit für betriebsame Frauen, die entweder früher mal Glühstrumpfnäherinnen waren oder vielleicht selber die Glühstrumpfnäherei nur in solchem Unterricht erlernen haben und dann niemals sich ihren Lebensunterhalt als Glühstrumpfnäherinnen haben verdienen müssen. Für die „Lehrerin“ ist außer einiger Kenntnis der nötigsten bei der Glühstrumpfnäherei vorkommenden Handgriffe nur noch erforderlich, daß sie alle paar Tage mal im „Lokalanzeiger“ oder in der „Morgenpost“ durch eine kleine Anzeige von zwei oder drei Zeilen — am besten mit einer aufsehenerregenden und hoffnungswedenden Ueberschrift, wie „Heimarbeit“ oder „Rechenverdienst“ — den Erwerbssuchenden ihren Unterricht in der Glühstrumpfnäherei anbietet. Es ist ja immer Ueberschuß an Mädchen und Frauen, die nach jeder sich bietenden Erwerbsgelegenheit hasten müssen, und besonders Ehefrauen sind geneigt, auf solche Anerbietungen einzugehen und für die Aussicht auf Heimarbeit ein Lehrgeld von 5 M. oder mehr zu opfern. Eine nach der anderen macht sich auf den Weg zur Wohnung der annoncierenden „Lehrerin“, läßt sich von ihr die Nachweisung arbeitgebernder Firmen versprechen, zahlt dann das im voraus geforderte Lehrgeld, lernt täglich ein paar Stunden an dem von der Lehrerin hergegebenen Material und wird nach einigen Tagen entlassen unter Uebersichtung eines Zettels, auf dem eine Reihe Firmen verzeichnet sind, wie sie jeder selber aus dem Adreßbuch abschreiben kann. So, nun kann die „fertige“ Glühstrumpfnäherin sich Arbeit suchen gehen! Ach, es sind ihrer so viele, die gleich ihr um Beschäftigung anfragen, nicht nur alle die, denen eben erst die betriebsamen Frauen für feures Lehrgeld die Glühstrumpfnäherei beigebracht haben, sondern auch ältere und eingelebte Arbeiterinnen, wie die Fabriken sie brauchen. Wenn nicht mal für die leistungsfähigen Arbeitskräfte genug Beschäftigung vorhanden ist, wie soll da eine „Ausgelernte“, die noch nichts als die paar Handgriffe kann, Arbeit finden?

Ueber Erfahrungen dieser Art berichtet mir vor einiger Zeit nach den Angaben von Frauen, die im Südosten der Stadt sich zu Glühstrumpfnäherinnen haben „ausbilden“ lassen. Keineswegs wird uns jetzt aus Berlin-Nord gemeldet, wo eine im Hause Carmen-Solda-Straße 129 wohnende Frau das einträgliche Geschäft betreibt, erwerbssuchenden Frauen die Glühstrumpfnäherei beibringt. Eine der keinen Anzeigen, die sie alle paar Tage in der „Morgenpost“ veröffentlicht, lautete so: „Heimarbeit! Glühstrumpfnäherei lehrt, Carmen-Solda-Straße 129, vorn III, geradweg.“ Die bezeichnete Wohnung wird, wie ein an der Tür befestigtes Namensschild anzeigt, von einem Polizeibeamten Hallpap bewohnt, den das Adreßbuch in der Nischenliste des betreffenden Hauses (Nr. 129 seit Nummerierung der Straße, früher Nr. 158) als Schuhmann auführt. Veräufliche, die sich hier den Weg zu lohnender Heimarbeit weisen lassen wollten, schildern uns, wie es ihnen dabei ergangen ist. Sie wurden in der Hallpapschen Wohnung von einer Frau empfangen, die ihnen zunächst mal 5 M. als Lehrgeld abnahm. In dem Zimmer, wo sie mit ihnen verhandelte, hatte sie vor-sichtigerweise sogleich ein Plakat mit der Mahnung voraus-zubehängen. Selbent wurde drei Tage hindurch täglich zwei Stunden an einem Material, das von der „Lehrerin“ geliefert wurde, aber höchstens ein paar Groschen pro Schülerin ge-kostet haben kann. In der Hallpapschen Wohnung sahen damals am Vormittag vier Schülerinnen und am Nachmittag vier Schülerinnen, das macht für drei Tage acht Schülerinnen mit einem Lehrgeld von zusammen 40 M. Man sieht, wie der Betrieb sich rentiert! Nach drei Tagen war die Lehre beendet, und den Schülerinnen wurde nunmehr ein Zettel mit Firmendressen über-reicht, den sie bei der jetzt zu beginnenden Jagd nach Arbeit be-nutzen sollten. Schon die ersten paar Versuche vernichteten alle Hoffnungen. „Arbeit wollen Sie haben? Ja, die können wir Ihnen nicht geben! Es ist jetzt überhaupt wenig Arbeit.“ Nebenbei wurde gefragt, wo man denn bisher schon gearbeitet habe. „Ach so, Sie haben eben erst gelernt! Wo denn?“ — „So, so! Bei der Frau in der Carmen-Solda-Straße! Ist das nicht eine Schuhmanns-Frau?“ Man kannte sie also schon, die Frau in der Carmen-Solda-Straße. Ueber ihren Unterrichts-betrieb bekamen die Arbeitssuchenden jetzt mißbilligende Worte zu hören, die wir hier nicht wiedergeben wollen. Und jetzt erfährt man auch, daß für eine Arbeiterin bei der Glühstrumpfnäherei über-haupt nicht so viel zu verdienen sei. Ein paar Frauen hatten in ihrer Enttäuschung den Einfall, die „Lehrerin“ aufzusuchen und das Lehrgeld zurückzufordern. Aber da kamen sie

schön auf! Ob sie denn nicht für das Geld unterrichtet habe, fragte sie. Was sie wohl dafür könne, daß sie nicht gleich Arbeit finde. Uebrigens brauche doch eine Arbeitssuchende, sagte sie zu der einen der Frauen, nicht anzugeben, daß sie eben erst gelernt habe.

Die Frau in der Carmen-Solda-Straße annonciert noch wie vor in der „Morgenpost“ und vielleicht auch in anderen Blättern, daß sie Glühstrumpfnäherei lehrt, und als fast mühelosen Gewinn legt sie ein Fünfmärkstück zum andern. Durch ihren regen Unterrichts-betrieb ist dafür gesorgt, daß die „Ausgelernten“ immer neuen Nachschub erhalten, der das Angebot von Arbeitskräften immer weiter steigert, während die Nachfrage nach solchen nicht zunimmt. Frauen und Mädchen, die einen Erwerb suchen, sollten sich die von uns hier geschilderten Er-fahrungen sehr überlegen, ehe sie — Lehrgeld zahlen.

Heiratschwindler.

Als Fabrikunternehmer traten zwei Heiratschwindler auf, die gestern von der Kriminalpolizei festgenommen wurden. Der eine ist ein früherer Kellner namens Höppl, ein Mann von 32 Jahren, der andere ein schon älterer Kaufmann Vizius. Höppl, der wegen Heiratschwindels schon wiederholt vorbestraft ist, setzte sich mit jungen Mädchen, die unter die Haube kommen wollten, in Ver-bindung, schwindelte ihnen vor, daß er mit einem Geschäftsteilhaber eine große Fabrik gründen wolle und veranlaßte die Vertrauens-seligen, ihre Ersparnisse in dieses Unternehmen hineinzustecken. Wenn die Mädchen zu Vizius kamen, um sich zu erkundigen, so redete ihnen der würdige alte Herr, der eine gute Wohnungs-einrichtung besaß, väterlich zu, und machte sie ganz sicher. Dann wurde ein Vertrag aufgesetzt, nachdem die Mädchen ihr Geld Höppl übergeben mit dem Auftrage, es als Geschäftsanteil zu verwenden. Der Vertrag wurde ordnungsmäßig gestempelt und das Geld auf die Bank gebracht. Das Guthabebuch der Bank wurde auch noch den Mädchen gezeigt. Von dem Gelde aber sahen sie nie etwas wieder. Die beiden Schwindler hoben es nach und nach ab und lebten davon, ohne an die „Fabrikgründung“ weiter zu denken. Auf die Anzeige einer Betrogenen wurden beide gestern verhaftet. Die beiden Schwindler in ihrer Wohnung fand, gab es weitere Auskunft über ihr Treiben. Geschädigte Mädchen, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich im Zimmer 103 bei der Kriminalpolizei melden.

Ein neuer deutscher Höhenrekord. Eine vorzügliche Leistung hat am gestrigen Mittwochnachmittag der Flieger Schiller in Johannisthal aufgestellt. Schiller flog mit Kapitänleutnant a. D. Niepmann auf einem Ago-Doppeldecker mit 120 PS Argus-Rotor um 11 Uhr 19 Minuten ab und färbte sich in weiten Kreisen um den Wlax in die Höhe. Trotz des recht böigen Windes, der bis zu 1000 Meter Höhe den Fliegern viel zu schaffen machte, stieg Schiller immer höher und erreichte schließlich 3400 Meter Höhe. Nach zweifelhafte-m Flug ging der Flieger in einem feilen Gleitfluge nieder und landete um 1 Uhr 18 Minuten vor seinem Schuppen. Somit hat Schiller den auf der letzten Herbstflugwoche von Sablatnik auf-gestellten deutschen Höhenrekord mit einem Passagier nicht unwe-sentlich verbessert.

Karl Sommer. Die Reichen lachten sich. Wieder ist einer von uns gegangen, den wir zur alten Garde zählten. Der Tischler Karl Sommer ist am Montag gestorben. Am 14. April 1913 feierte er seinen 70. Geburtstag. Schon in jungen Jahren trat Sommer in die Reihen der Sozialdemokratie als Kämpfer ein. Die Zeiten des Sozialistengesetzes machte er mit ungeachtet aller Verfolgungen. Am 8. Dezember 1879 wurde er bei der Verbreitung sozialdemokratischer Schriften verhaftet und am 16. Dezember aus Berlin auf Grund des bestehenden Belagerungszustandes ausgewiesen. Am 17. Dezember ver-ließ Karl Sommer Berlin, eine Frau und vier unwillkürliche Kinder zurück-lassend. Bis in seine letzten Tage hat er der Partei treu gedient. Bei der letzten Reichstagswahl sahen wir den 60jährigen Mann am Stimmwahltage in die Provinz ziehen gen Lübben, um in einem drei Stunden entfernten Orte, der nur zu Fuß zu erreichen war, als Stimmzettelverteiler seine Pflicht zu tun. Er hat voll und ganz diesem Auftrag ausgeführt, bewundert von seinen Genossen ob dieses Opfermutes. Auch der Gewerkschaft war Sommer ein treuer Mit-kämpfer. In der Verwaltung der Hamburger Rührerliste, Zahl-glied der Verwaltung lange Jahre in treuer Pflichterfüllung für das Wohlergehen seiner kranken Mitmenschen wirken. Ein Vorbild für die heranwachsende Generation.

Die Beerdigung erfolgt heute nachmittag in Friedrichsfelde.

Nachversammlung zum Massenstreik gegen die Staatskirche. Es sind vielfach Wünsche laut geworden, um den Straßenbahnern, Drochsenkutschern, Chauffeuren, Gajnwirtsgesellen u. a. in Nach-betriebes Angelegenheiten zu geben, an einer Versam-mlung zum Massenstreik gegen die Staatskirche teilzunehmen. Des-halb veranstaltet das Komitee „Konfessionslos“ in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in den Konzerthallen (vormals Keller), Kloppestr. 29, mitternachts 12 Uhr, eine Versammlung.

Dachstuhlbrand in der Räderdorfer Straße. In der fünften Nachmittagsstunde wurde die Feuerwehrgesellschaft (Wittwoch) durch mehrfachen Alarm nach der Räderdorfer Straße 49 im Osten Berlins gerufen. Als die Löschzüge dort eintrafen, stand der Dachstuhl des Wohnhauses in erheblicher Ausdehnung in Flammen. Es wurde sofort mit zwei Rohren Wasser gegeben, wodurch es ge-lang den Brand innerhalb einer halben Stunde zu erlösen. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt. — Kurze Zeit darauf erfolgte Feueralarm nach der Friedrichstraße 55. Dort waren in dem Lagerraum eines Waffengeschäftes einige Patronenhilfen explo-diert und in Brand geraten. Durch den Luftdruck war eine größere Scheibe eingedrückt worden. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr in wenigen Minuten; Personen sind bei der Explosion nicht zu Schaden gekommen.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

In der Generalversammlung des Wahlvereins widmete zunächst der zweite Vorsitzende, Genosse Heilig, den im letzten Halbjahr verstorbenen 31 Mitgliedern ehrende Worte der Erinnerung, im be-sonderen dem Wirt des verstorbenen Stadtverordneten Genossen Heller. Aus dem von Vorsitzenden, Genossen Scholz, er-statteten Geschäftsbericht für das erste Halbjahr 1913 geht hervor, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Krise, die in Groß-Berlin etwa 88 000 Menschen zum Nichtstun verdammt und ihre Kräfte auch in der Arbeiterstadt Neukölln gezogen hat, der Ab-schluß des Halbjahres noch als halbwegs günstig bezeichnet werden kann. Zwar habe in sozialpolitischer Hinsicht genau wie im Reich auch die Einföhrung der Kommunalbehörden veriaßt; zur Binderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not konnte das Neuköllner Stadtparlament nur 13 000 Mark zur Speisung bedürftiger Kinder Loder machen, während selbst nach Ansicht des Magistrats 50 000 M. erforderlich wären, eine Summe, die für die Bedürfnisse des letzten Bürgerturns wohl aufgebracht worden wäre. Indessen sei der Erfolg der Organisationsarbeit trotz der durch die Krise etwas geringer gewordenen Aktionsfähigkeit noch zufriedenstellend. Die Landtagswahlen, die den Gewinn des Kreises brachten und über deren ziffernmäßiges Resultat bereits berichtet wurde, er-brachten den Beweis, daß auch in Neukölln Stimmensgang durch eine kommunal-liberale Kandidatur ein eitel Unterfangen sei. Die Ver-waltungsgeschäfte der Organisation wurden erledigt in 16 Vorstand- und 3 erweiterten Vorstandssitzungen, 4 Sitzungen

der Funktionäre, 9 Flugblattverbreitungen und 18 öffent-lichen Verammlungen. Die Mitgliederbewegung verzeichnet eine Zunahme von insgesamt 2002 Mitgliedern (darunter 1621 Neuaufnahmen), denen ein Abgang von 1310 Mitgliedern (darunter 707 wegen restierender Beiträge gestrichen) gegenübersteht, so daß ein Gesamtzuwachs von 692 zu buchen ist. Mit 16 134 Mit-gliedern (darunter 3725 weiblichen) verzeichnet der Wahlverein am 1. Oktober 1913 seinen höchsten bisher erreichten Mitgliederbestand. Wenn man berücksichtigt, daß unter den 707 wegen restierender Beiträge Ausgeschlossenen rund 400 sich befinden, deren Mitgliedschaft erst bis zu einem Jahr zählt, so müßte dies ein Anknüpfen sein, für die Ausfüllung besondere Mittel anzumenden. Der Abonnen-stand des „Vorwärts“ betrug am 1. April 17 810, am 1. Oktober 16 730, mithin weniger 1080. Die im Oktober vorge-nommene Agitation erbrachte 1581 neue Abonnenten, so daß auch hier gegen 1. April eine Zunahme von 340 zu verzeichnen ist. Die erst viel belächelte Hauskassierung sei als durchaus erfolgreich zu bezeichnen. Es zeige sich hier der Wert des ständigen Zahlungnehmens der Funktionäre mit den Mitgliedern. Für die Frauen sei eine bessere Ausgestaltung der Lesende in Aussicht genommen. Der Jugendbewegung müßte weiter besondere Aufmerksamkeit ge-schenkt werden. Dem Verein „Jugendheim“, der das zweite Heim in Betrieb gesetzt hat, müßten unter allen Umständen immer mehr Mitglieder zugeführt werden. Sei also auch der Rückblick auf das letzte Halbjahr nicht besonders ungünstig, so müßte angestrebt der Ausbilde auf drohende Verschlechterungen die Parole bleiben: fort-gesetzte Aufklärung der noch Fernstehenden. — Den Rassen-bereich erlitt Genosse Kadde: Die Gesamteinnahmen be-zifferten sich auf 27 483,77 M. An die Kreisliste wurden abgeführt 17 346,80 M., am Orte ausgegeben 10 066,17 M. — Für die Kinder-spielspiele wurden vereinnahmt 1759,79 M., ausgegeben 1313,25 M., so daß hier ein Bestand von 446,54 M. verbleib. — Der Bericht des Bibliothekars konstatiert eine Ausleihziffer von 8335 Bänden. Der Bestand an Büchern betrug am 1. April 2308, am 1. Oktober 3510 Bände. — In der Diskussion wünscht Genosse Franke in Zukunft die Vorlegung des Rassenberichts in einer größeren Anzahl von Abzügen; Genosse Hofmann anfragte an, aus welchen Motiven sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten ver-pflichtet fühlen, für die Bewilligung von 8000 M. zum Erbegräbnis des verstorbenen Stadtschulrats Niehl einzutreten, und Genosse Schönliant wünschte, die Reichstagsfraktion möge aufgefordert werden, energisch die Aufhebung der Jugendbewegung hemmenden Bestimmungen des § 17 des Reichsverfassungsgesetzes zu betreiben. Den Wünschen der Genossen Franke und Schönliant soll entsprochen werden. Bezüglich der Anfrage des Genossen Hofmann teilte der Vorsitzende mit, daß dieser Beschluß älterer Natur und damals gefaßt sei unter dem frischen Eindruck des er-schütternden Todes Niehls, der mit seinen Fähigkeiten am Zweck-verbund gescheitert sei. Ein Antrag des Genossen Karl Schulz wünscht für die Referenten des geplanten Kuriums über das Erfurter Programm in den Frauen-Lesenden die Herausgabe von Richt-linien und Vorbesprechungen der Referenten. Dem Antrag soll im zweiten Teile entsprochen werden, bezüglich des ersten Teils herrsche die Ansicht vor, jedem Referenten die Frage individuell behandeln zu lassen. — Sodann nahm die Versammlung die Aufstellung zweier Kandidaten für demnächst bevorstehende Stadt-verordnetenwahlen der dritten Abteilung vor. Für den 13. Bezirk, den der verstorbene Genosse Heller vertrat, wurde Genosse Rudolf Schulz und für den 9. Bezirk, dessen Mandat Genosse Niepmann niedergelegt hat, der Genosse Robert Dichte, Hausbesitzer, nomi-niert. — Eine ausgedehnte und teilweise sehr erregte Debatte ent-fesselte sodann eine Angelegenheit, die leider bereits mehrere Verammlungen beschäftigt hat. Gegen die Gewerkschafts-angestellten Hauelsen und Wischais war seitens des Wahl-vereins ein Ausschlussverfahren wegen Nichtablieferung des Tagesverdienstes vom 1. Mai eingeleitet worden. Dieses Verfahren hatte im Falle Hauelsen durch rechtskräftig ge-wordenes Urteil vom 20. März 1912 zum Ausschluß geführt. O-der Mitglied des Vereins Arbeiterpresse ist, hat den Beitrag später an die Kasse Groß-Berlins abgeführt. Der Meinung des Vorstandes, daß durch die nach dem Ausschluß erfolgte Ablieferung der Ausschluß nicht mehr rückgängig zu machen sei, schließt sich die Versammlung an. Gegen Wischais, der innerhalb des noch schwebenden Ver-fahrens ebenfalls bezahlt hat, beantragte der Vorstand die Ein-stellung desselben. Von fast allen hierzu sprechenden Rednern, den Genossen Weiler, Frank, Reimann, Paris, wurde dieser Antrag scharf bekämpft und schließlich abgelehnt. Nach weiterer erregter Debatte, in der durch die Genossen Heilig, Scholz, Heller und Albrecht der Rechtsstandpunkt des Vor-standes erneut vertreten, aber von den Segnern des Vorstandsantrages bekämpft wurde, gelangte der Vor-standsantrag sodann erneut zur Abstimmung, er wurde, da die erste Abstimmung zweifelhaft blieb, durch Auszählung mit 113 gegen 83 Stimmen wieder abgelehnt. — Ein weiterer Antrag des Vorstandes, den bereits früher geltenden Grundloß, solchen Genossen, die dem Wahlverein mindestens fünf Jahre an-gehören, beim Ableben ein Grabplätzchen zu widmen, wurde, da wieder günstige Verhältnisse hierzu berechtigen, angenommen.

Heute abend 5½ Uhr findet bei Partsch, Hermannstr. 40, auf vielfachen Wunsch die Wiederholung des Märchens „Das Finken-männchen und der Finkenwiesel“ statt. Billets für Kinder 10 Pf. und Erwachsene 20 Pf. sind noch in den bekannten Stellen zu haben.

Wilmersdorf.

Die mangelhafte Arbeitslosenfürsorge der reichen Stadt Wilmers-dorf wurde in der letzten Wahlvereinsversammlung von verschiedenen Rednern scharf gekennzeichnet. Nach einem Vortrage des Genossen Dr. Bruno Vorchardt über die Arbeitslosenfürsorge brachte in der regen Diskussion Genosse Renner die unwürdige Behandlung der Arbeitslosenfürsorge in den letzten Stadtverordnetenversammlungen zur Sprache. Genosse Hinrichsen schilderte das Arbeitsloseneled unter den Zimmerern. 30 von ihnen, die in Wilmersdorf wohnen, seien nicht weniger als bereits 200 Wochen ohne Beschäftigung. Die Zimmerarbeiten für die städtischen Bauten würden in Brandenburg und Französisch-Buchholz ausgeführt zu Lohnen, die weit unter dem Berliner Tarife stehen. Das Vorfälligwerden bei dem Stadtschulrat Herrning sei fruchtlos gewesen. Demgegenüber müßte rühmend hervorgehoben werden, daß auf das Eingreifen des Zimmer-verbandes die Berliner Hochbauverwaltung die Bezahlung der Zimmerarbeiten nach Tarifhöhen durchsetzte, die die Unternehmer für die Stadt in Friedrichshagen ausführen lassen. — Zum Schluß gab Genosse Fabian bekannt, daß die öffentliche Versammlung mit dem Genossen Wolfgang Heine als Redner am Montag, den 1. Dezember, im Stadipark stattfindet.

Friedrichshagen.

Geschäftsforger haben den 56 Jahre alten Kaufmann E. aus der Reichsromenade in den Tod getrieben. E. betrieb mit seinem Weiber, der ebenfalls in Friedrichshagen wohnt, in Berlin in der Stralauer Straße ein Leinwandgeschäft. Dieses bestand seit sechs Jahren, ging aber in der letzten Zeit so schlecht, daß die Inhaber in Schwierigkeiten gerieten. Vorgefieren abend kam E. nicht nach Hause. Sein Bruder und seine Schwester, mit denen er als Jung-geselle die Wohnung teilte, kamen mitten in der Nacht, nichts Gutes ahnend, nach Berlin, um sich nach ihm umzusehen. Sie fanden ihn in dem Kontor, aus dem ihnen schon ein starker Geruch ent-gegenkam, tot daliegen. Er hatte den Gashahn geöffnet und sich vergiftet.

Rosenthal.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich vor einigen Tagen auf dem Bahnhofs-Reinickendorf-Rosenthal. Dort versuchte der in der Edelweißstraße 14 wohnhafte Drahtzieher Schwarz, der das Ziel überfahren hatte, aus dem bereits wieder in Bewegung befindlichen Zug herauszuspringen. Hierbei kam derselbe zwischen dem nach-

folgenden Wagen so unglücklich zu Fall, daß ihm der Brustkasten eingedrückt wurde. Der Tod trat sofort ein. Schw. hinterläßt eine Frau mit sechs unversorgten Kindern.

Reinickendorf-Ost.

Die diesjährige Ausstellung guter Jugendbücher, Beschäftigungsspiele sowie künstlerischen Wandschmuds ist noch bis inklusive Freitag, täglich von 5 bis 9 Uhr geöffnet. Die reichhaltig ausgestattete Ausstellung findet den allgemeinen Beifall aller Besucher, so daß nur gewünscht werden kann, wenn noch möglichst viele Arbeitereltern mit ihren Kindern die Ausstellung besichtigen werden.

Spandau.

Staatliche und städtische Arbeitslosenfürsorge in Spandau. Während hier ebenso wie in Groß-Berlin in der Privatindustrie und namentlich im Baugewerbe große Arbeitslosigkeit herrscht, wird in den hiesigen Militärwerkstätten außer Tag- und Nachtschicht mit unzähligen Ueberstunden gearbeitet. Da nun immer noch Massen-einstellungen stattfinden und dabei auch viele auswärtige Arbeiter berückichtigt werden, so lassen sich viele hiesige Arbeiter auf dem Arbeitsnachweis der Königl. technischen Institute eintragen in der Hoffnung, für den Winter Unterkunft zu finden, damit ihre Familien nicht zu hungern brauchen. Wie bitter enttäuscht manche Arbeitslose werden, zeigt folgendes Schreiben, das ein Arbeiter von der staatlichen Arbeitsnachweisleitung erhält: „Ihr Gesuch ist geprüft worden. Ihre Annahme, daß Sie in die Venerberliste als Tischler eingetragen seien, ist irrig. Es muß bei dem Ihnen zugegangenen Bescheid verbleiben, wonach von Ihrer Aufnahme in die Listen infolge zu vieler Vornotierungen abgesehen werden muß. — Als Arbeiter kann ihre Ein-

tragung nur erfolgen, wenn Sie Soldat waren, auftretenden Falles wird Ihnen anheim gestellt, das Gesuch unter Vorlage familiärer Papiere zu erneuern.“ So steht die staatliche Arbeitslosenfürsorge aus; wer nicht Soldat gewesen ist, kann keine Arbeit erhalten. Während nun viele Arbeiter vergebens nach Arbeit suchen und hungernd und frierend durch die Straßen wandern, kann man seit einigen Tagen auf dem städtischen Gelände am Anstrierung in der Nähe des Hofenmark etwa 12 Soldaten beobachten, die unter Leitung eines städtischen Wärters mit dem Ausgraben von Bäumen beschäftigt sind. Diese alten Bäume werden unter vielen Schwierigkeiten nach dem Rasenhof der neuen Versorgungsabteilung gebracht und dort eingebuddelt. Die gestrigen Arbeitslosen, wurde auch ein Baum von den Soldaten nach den städtischen Anlagen im Stadtholzgarten gebracht, um dort eingepflanzt zu werden. Natürlich erregt die Verwendung von Soldaten zu diesen Arbeiten bei den herumstehenden Arbeitslosen große Empörung. Die Stadt hat anscheinend mit dem Militärstützpunkt ein Uebereinkommen dahin getroffen, daß für das unentgeltliche Abtreten der Bäume einige davon von den Soldaten nach den städtischen Anlagen gebracht werden. Während so die Stadt den Arbeitslosen wenig Entgegenkommen zeigt, tritt sie auch als Arbeitgeber wenig vorbildlich auf. Der ortstarifliche Stundenlohn für Steinleger beträgt hier 55 Pf., die Stadt, welche vorübergehend auch einige Steinleger beschäftigt, bei Arbeitsmangel aber sofort entläßt, zahlt einen Stundenlohn von 49 Pf. Wegen Betriebseinschränkung werden jetzt von dem im Sommer in großer Zahl angelegten Straßenbahnstrecken ohne Rücksicht auf den bevorstehenden Winter eine Anzahl entlassen. Aus dem Anlernen der Schaffner weiß nun die Stadt noch Kapital zu schlagen, indem sie denselben bei ihrer Entlassung von der gestellten Kaution 25—35 M. für das Anlernen

abzieht, trotzdem die Lehrzeit nur fünf Tage beträgt. Während der Lehrzeit erhält der Anzulernende rund 3 M. täglich, der Schaffner, der das Anlernen übernimmt, eine Entschädigung von täglich 20 Pf. Der Stadt kostet das Anlernen also rund 16 M. Es ist doch kaum anzunehmen, daß die Stadt mit dem zu viel abgezogenen Lehrgeld das Defizit der Kontrammbahn bezahlen will. In welchem Privatbetrieb ist es überhaupt üblich, daß dem Arbeiter, der doch lediglich im Interesse der Firma angelehrt wird, bei seiner ohne sein Verschulden erfolgten Entlassung das Lehrgeld abgezogen wird?

Notwandes.

Der Arbeitsnachweis, den der Verband märkischer Arbeitsnachweise eingerichtet hat, ist in den Räumen des Gewerbegerichts, Lindenstr. 56, parterre links, eröffnet und steht für gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen nachmittags von 3 bis 4 Uhr, für weibliches Hauspersonal von 4 bis 6 Uhr zur Benutzung frei. Vorstellungen auf gewerbliches Personal werden auch telefonisch (Amt Notwandes Nr. 101, 102 und 103) von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags entgegengenommen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Buckow. Heute Donnerstag, abends 6 Uhr, im Gemeindebureau, Dorfstr. 29.
Eichwalde. Freitag, 28. November, abends 7 1/2 Uhr, im Rathaus.
Friedrichsfelde-Karlshorst. Freitag, abends 6 1/2 Uhr, im Schulgebäude an der Treckowallee.
Spandau. Heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eine hochinteressante Weltreise für nur 15 Pf. die Woche.

Was regt den Geist von neuem an, bringt Frohsinn und Schaffensfreude wieder —? Neugierde und Reisen! Wir wollen erfahren, wie die Welt in Wirklichkeit mit all dem Reichtum ihrer Naturschönheiten aussieht, und wie die Menschen darauf leben. Wer Zeit und Geld hat, der reist. Aber wie viele können dieses überhaupt und sollen sie es sich verlangen? Nein! — Trete daher jeder mit uns getrost die Weltreise an und lerne die Macht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Menschenschaffen ohne Reisebeschwerden, teure Ausstattungen und Reise-

gebeir lernen. Er kann alles im gemütlichen Dahn für nur 15 Pf. pro Woche durch unsere illustrierte Zeitschrift „Durch alle Welt“ genießen. Um der Reise besser folgen zu können, erhalten alle Abonnenten außerdem in Lieferungen einen großen

Universal-Handatlas gratis.

Derselbe enthält über 320 Voll- und Nebensarten.

Sobald Sie den Bestellchein ausgefüllt und eingeschickt haben, wird die Reise angetreten.

Bestellchein.

Vw.
An die Expedition von „Durch alle Welt“, Berlin-Schöneberg, Am Carl 11.
Ich abonniere hiermit „Durch alle Welt“ a 15 Pf. pro Heft wöchentlich durch Boten frei ins Haus.
Name:
Ort, Straße:

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 27. Nov. 1913.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varieté- Lustspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Rollendorf-Theater. Varieté- Lustspiele.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Die Kletterhänge von Nürnberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. 1812. Deutsches, Torquato Tasso, Jirtus Busch, Galavorstellung, Jirtus Schumann, Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. 33. Chiba, Tokio: Das Leben der Japaner.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. A. Piotrowski: Die Irrenanstalt.
Kammerpiele. Androsius und der Löwe.
Lesung. Paganini.
Königsgräber Straße. Die Kronbau.
Theater am Rollendorfplatz. Der Mikado.
Theater des Westens. Polenblut.
Berliner. Die einst im Pal.
Deutsches Künstler-Theater.
Die Hölle.
Deutsches Opernhaus. Das Kolomb.
Deutsches Schauspielhaus. Die hellere Leidenschaft.
Theater. Die Langoprinzeßin.
Komödienhaus. Hinter Mauern.
Montis Operettentheater. Die ideale Gattin.
Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut.
Sonnab. 4 Uhr: Das tapf. Schneiderlein.
Lessing-Theater. 8 Uhr: Pygmalion.
Lustspiel von Bernard Shaw.
Theater am Rollendorfplatz 5. Abends 8 Uhr:
Mikado.
Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollend. 1383.
Donnerstag 8 Uhr: Die Affäre.
Freitag 8 Uhr: Zum 200. Male: Der Biberpelz.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Luisen. Doppelkath's Erben.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Witzgeburt. Das Adoptivkind.
Walhalla. Der Liebesknecht.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Kenes Volkstheater. Die Sted. zehnjährigen.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Eines Rollendorf-Theater. Varieté- Lustspiele.
Sternwarte, Invalidenstr. 37—32

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Freitag, abends 8 Uhr:
Rosemontag.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Helmgötinden.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
30-31 Chausseestr. 30-31.
Operetten - Gastspiel
Zum 231. Male:
Die Kinokönigin
Operette in 3 Akten
von Georg Olomowski u. Jul. Freund.
Wahl von Jean Silber.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonnabtagsnachm. 3 Uhr: Die Räuber.
Montis Operettentheater.
Abends 8 Uhr: Lohr-Novität:
Die ideale Gattin.
Frei! Rossern, J. Edelmann a. G.
Korg. u. folg. Lager: Die ideale Gattin.
Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.
Sonnab. 4 Uhr: Das tapf. Schneiderlein.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Pygmalion.
Lustspiel von Bernard Shaw.
Theater am Rollendorfplatz 5.
Abends 8 Uhr:
Mikado.
Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollend. 1383.
Donnerstag 8 Uhr: Die Affäre.
Freitag 8 Uhr: Zum 200. Male: Der Biberpelz.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Luisen. Doppelkath's Erben.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Witzgeburt. Das Adoptivkind.
Walhalla. Der Liebesknecht.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Kenes Volkstheater. Die Sted. zehnjährigen.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Eines Rollendorf-Theater. Varieté- Lustspiele.
Sternwarte, Invalidenstr. 37—32

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Leben d. Japaner.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. A. Piotrowski:
Die Irrenanstalt.

Die CINES Theater
Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags, 3 Uhr: Matinee.
Komplettes Programm großer
Variété-Akte
sowie unsere
renommierten Lichtspiele
Preise von 5 Pfennig an.
Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
wurde mit großem
Beifall aufgenommen.
Wochentags Anfang 6 1/2 u. 8 Uhr
Sonntags 4, 6 1/2 u. 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen.

Casino-Theater
Reichenberger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Saison-Bossen-Schlager
Ferdinand der Eugendhafte.
Das droht. Stück soll bestehen b. Theat.
Vorher das erstl. Spezialität. Droger.
Sonnabtagsnachm. 4 Uhr: Mutterliebe.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
Sonnabtagsnachm. 3 Uhr: Die Liebe wacht.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr:
Hopfenraths Erben.
Vollständig mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.
Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesknecht.
Vollständig mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.

Concordia-Festsäle
64 Andreasstrasse 64
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Soiree der Hoffmann-Sänger
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: Frei-Tanz-
Vorzugskart. haben Günstigkeit
Freitag, 28. Novbr.
Lichtspiele
Neuer
Spielplan.
Eröffnung
der
Schöneberger
Lichtspiele
Hauptstraße 49:
Freitag, 28. Novbr.,
abends 8 Uhr.
Das Theater faßt
1000
Personen.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzertthaus-Orchester mit seinem Vokal-
Quartett.
Leitung: Komponist Frz. v. Bion.
Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Regt. Dirig. Kgl. Musikdir. Brno.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Wochentagen: Eintritt.
Gehs'sches Konzert-Orchester
Leitung: Kapellmeister Erich Gehs
in den **Concordia-Festsälen**, Andreasstr. 64.
Solisten: Frä. Emma Helzkämper (Mezzo-Sopran), Konzertmeister
Zeidler (Violine).
Im Programm: Eroika und Ouverture zu Leonore von Beethoven.
Heute, Donnerstag, 8 1/2 Uhr abends. Eintritt 30 Pf.

UT
Lichtspiele
Freitag, 28. Novbr.
Neuer
Spielplan.

UT
Lichtspiele
Hauptstraße 49:
Freitag, 28. Novbr.,
abends 8 Uhr.
Das Theater faßt
1000
Personen.

Concordia-Festsäle
64 Andreasstrasse 64
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Soiree der Hoffmann-Sänger
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: Frei-Tanz-
Vorzugskart. haben Günstigkeit

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzertthaus-Orchester mit seinem Vokal-
Quartett.
Leitung: Komponist Frz. v. Bion.
Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Regt. Dirig. Kgl. Musikdir. Brno.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Wochentagen: Eintritt.
Gehs'sches Konzert-Orchester
Leitung: Kapellmeister Erich Gehs
in den **Concordia-Festsälen**, Andreasstr. 64.
Solisten: Frä. Emma Helzkämper (Mezzo-Sopran), Konzertmeister
Zeidler (Violine).
Im Programm: Eroika und Ouverture zu Leonore von Beethoven.
Heute, Donnerstag, 8 1/2 Uhr abends. Eintritt 30 Pf.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Donnerstag, 27. Nov.,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Elitenvorstellung.
Neu! U. a.: Neu!
5 dress. Seelöwen zu Pferde!
vorgeführt von Miß Marietta.
Akrobatischer Reitakt.
Lankin-Reinisch Truppe (4 H.)
Entkleidungs-Szene in der Luft
Miß Zoo
und die übrigen November-
Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
Pantomimische Burleske
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz

Olympia
Heute
Donnerstag:
Vier
große
Finale-Ringkämpfe
Sturm gegen Barkowski
Charlottenbg. Berlin
Raykowitz Hitaler
Serbien Birttemberg
Hinx Hein
Berlin
Der gr. Entscheidungskampf
Clement de Angers gegen Weber
Paris Köln

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt
Freitag,
28. November: Premiere.

ODEON
Vergnügungs-Palast
der 10000
Potsdamer Str. 72 Hochbahn
Bölowstr.
Heute und folgende Tage:
Die Hölle im Odeon.
Feenhafte Beleuchtung
des Riesenraumes.
Mephisto masque. — Großer
Korso der Teufel u. Hexen.
Höllens-Kabarett. Einzug in
die Hölle. Prämierung der
schönsten Teufelin!
Gebr. Ningara
zu Pferde auf d. Drahtseil.
Anf. 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, 27. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Pompeji.
Die bisher größte und prunkvollste
Ausstattungspantomime d. Jirtus
Busch in 5 glänzenden Akten.
Besonders hervorzuheben:
Das Bachusfest. — Das große
Amphitheater. — Das pompej. Bad.
Der Ausbruch des Vesuv.
Vorher: Das große Gala-Prgr.
Letzte Woche: Austr. der Menschen-
affen Waz. Morris und Teddy
aus C. Dagenbeds Tierpark.

Metropol-Theater.
Abends prägn 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Der Heineidbauer.
Vollständig in 4 Akten
von Ludwig Angenbruber.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Dori und Stadt.
Sonnab. nachm. 4: Das verzaub. Schloss
8 Uhr: Berlin, wie es weint und lacht.

Berliner Prater-Theater
Rastanienallee 7—9.
Donnerstag, den 27. November:
Gastspiel des Voligt-Theaters:
Der verlorene Sohn.
Lebensbild mit Gesang in 3 Akten
von Berg u. Jacobson.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
50 wilde
Kongoweiber
Männer und Kinder
in einem eigens
aufgebauten Kongodorfe
in ihren Sitten u. Gebräuchen.
Und die anderen Attraktionen.
Die gr. Kino-Variété-Vorstellung
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Admiralpalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
das neue mit durchsichtigem
Erfolg aufgeführte Eisballot
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zickenbeens
Künstler agentur
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen: Der
Kampfgaß
(Bogen 12,
Balken 75 Pf.,
Entrée 39 Pf.)

Theater in der Königsgräzter Straße
8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: Hinter Mauern.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die hellere Residenz.

WINTERGARTEN
7 6 5
Letzte Woche!
Willard
der Mann, der wächst
Grete Freund || Paul Beckers
Operettendiva. Komiker.
Crispi und Farren
Exzent. Gesangs-Duo
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!
Sonntag, den 30. November:
Nachmittags (3 1/2 U.) Vorstellung.
Kleine Preise!
Rauchen gestattet!

Reichstag.

175. Sitzung. Mittwoch, den 26. November 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Visco, v. Tirpitz, v. Falkenhahn.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend die Arbeitslosigkeit, und Köfel und Genossen (Sp.) betreffend die Vorgänge in Zabern.

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Unterstaatssekretär Richter die Bereitwilligkeit des Reichskanzlers, die Interpellationen in der zweiten Hälfte der nächsten Woche zu beantworten.

Eingegangen sind zwei weitere Interpellationen Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend die Vorgänge in Zabern und die Zurückweisung des Abg. Liebmacht von der Rüstungskommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes gegen den

Verrat militärischer Geheimnisse.

Staatssekretär des Reichs-Justizamts Dr. Visco

Auf der Tribüne fast unverständlich: Der Schutz, den das geltende Recht militärischen Geheimnissen gewährt, hat sich als unzureichend erwiesen. Der Verrat und die Ausplünderung von Dingen, die nicht unter den Begriff der „Gegenstände“ fallen, sind durch das gegenwärtige Gesetz nicht mit Strafe bedroht, obwohl das Bekanntwerden derartiger militärischer Nachrichten die Sicherheit des Reiches auf das schwerste bedrohen kann. Dieser Zustand kann nicht aufrechterhalten bleiben, der strafrechtliche Schutz muß auch auf Nachrichten ausgedehnt werden, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist. Ebenso bedürfen die militärischen Geheimnisse eines verlässlichen Schutzes gegen fahrlässige Preisgabe. Die hierdurch notwendigen Änderungen des Gesetzes sind so umfangreich, daß es angezeigt erscheint, statt einer Novelle zu dem bestehenden Gesetz das ganze Gesetz einer vollständigen Umarbeitung zu unterziehen. (Der Redner geht, auf der Tribüne völlig unverständlich, auf einige Einzelheiten des Entwurfes ein.)

Kriegsminister v. Falkenhahn:

Ich benutze die Gelegenheit, heute einige Worte an das Haus zu richten, sehr gerne, um mich bei Ihnen einzuführen. Das Programm, nach welchem der Kriegsminister des Königs von Preußen auch als Bevollmächtigter zum Bundesrat zu handeln hat, ist vollständig enthalten in der Aufgabe, die Armees, diese mächtige Waffe in der Hand des obersten Kriegsherrn, scharf, blank und bereit gegen jeden Feind zu halten. (Weißfall bei den bürgerlichen Parteien.) Soweit sich mit dieser Aufgabe an mich beratende Forderungen oder Wünsche vertragen, werden Sie mich stets bereit finden, dankbar darauf einzugehen. (Bravo! rechts.) Dagegen muß ich allen Vorstellungen, die sich mit meiner Aufgabe nicht vertragen, nicht nur meine Mitwirkung verweigern, sondern sie nach Kräften unschädlich zu machen versuchen. (Bravo! rechts.) Der vorliegende Gesetzesentwurf steht in enger Beziehung zu der Vorgehensweise der Schlagfertigkeit der Armees. Wer sich gegen die vorzeitige Bekanntgabe militärischer Geheimnisse nicht sichert, begeht einen schweren Fehler, es wird dadurch ein Faktor des Erfolges aus der Hand gegeben und der Erfolg selbst in Zweifel gesetzt. Es ist dabei ganz ohne Belang, wer sich der Gefährdung der Sicherheit des Reiches schuldig macht, im besonderen vermag ich nicht der Publizität eine Ausnahmestellung einzuräumen. Niemand kann ihre Bedeutung höher schätzen als ich, ein Vorrecht zur freien Meinungsäußerung in der vorliegenden Frage kann man ihr aber nicht einräumen. (Sehr richtig!) Hier gibt es nur das Recht des deutschen Volkes auf Intelligenz und Rückhalt seiner Rüstung. Die Oberbefehlshaber lehnen es auch entschieden ab, ein Sonderrecht für die Armees zu fordern. So entschieden jeder Versuch abgewehrt werden muß, Vorgänge in der Armees zum Schaden des Reiches rücksichtslos öffentlich anzudeuten, so entschieden muß auch gefordert werden, daß das Volk über die Vorgänge eingehend unterrichtet wird, und daß nicht eine Kritik unterbunden wird, die ehrlich besten will. Ein Volksherr wie das unsere, kann auf die Dauer nur gedeihen und seiner Pflicht in gewissen Zeiten voll gerecht werden, wenn die gesunden vaterländischen Teile des Volkes hinter ihm stehen. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz

schleht sich diesen Ausführungen an, da die Marine in den letzten Jahren einer intensiven Spionage ausgelegt gewesen sei.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die Presse soll unter Militärkommandantur gestellt werden, und nur das veröffentlicht dürfen, was die Oberbefehlshaber gestatten. Die Spionage kann nur dadurch wirklich bekämpft werden, daß man ihr den Nährboden entzieht; dieser aber ist der herrschende Militarismus. Betreiben doch alle Großflotten planmäßig Spionage, die trotz aller Strafbestimmungen nicht aufhört. Sie erklären die Spionage für gemein und niederträchtig, aber gegen die Spionagehelfer der bürgerlichen Staaten, die er gegen die eigenen Arbeiter betreibt, haben Sie nichts einzuwenden! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was dieses Gesetz treffen will, das wird nirgendwo als Spionage betrachtet und so wird es die

Spionenriechelei

nur noch vergrößern. Das Gesetz bringt so draconische Strafen, daß man nur annehmen kann, sie sollen dazu dienen, Ausländer, die von ihnen bedroht sind, gegen im Ausland beschaffte deutsche Spione auszuweisen. Im übrigen richtet sich dieses Gesetz nur gegen die Presse. Das Volk hat ein Recht darauf, über militärische Angelegenheiten unterrichtet zu sein, aber der Militarismus scheut, ja hat die Öffentlichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach diesem Gesetz würden Arbeiter der Waffenfabriken leicht wegen irgend welcher Äußerungen der Waffenfabriken leicht inhaftiert werden können. Und schließlich würde man es vielleicht sogar dahin bringen, Mittelungen der vertraulichen Erlasse gegen Soldatenmißhandlungen oder auch über Instruktionen zu bestrafen, in denen befohlen wurde, daß sich jeder zu melden hat: „Ich bin ein Wacker!“ (Große Heiterkeit.) Man würde natürlich auf die Richtung der Zeitungen, die diese Mittelungen bringen, Rücksicht nehmen. Schreibt doch die „Deutsche Tageszeitung“, sie nehme ja nicht an, daß irgendeine deutsche Zeitung militärische Geheimnisse zum Vorteil des Auslandes preisgeben würde — selbst nicht eine sozialdemokratische. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was würden Sie sagen, wenn wir schreiben: „Wir halten unsere Kollegen in der deutschen Presse nicht für Galanten und Gauner, nicht einmal die von der „Deutschen Tageszeitung.“ (Große Heiterkeit.) Auf Grund dieses Gesetzes wird man vielleicht eine Mutter bestrafen, die der Zeitung mitgeteilt hat, daß ihr Sohn beim Militär gemein mißhandelt wurde. Die Rechtschaffenheit der Bürger würde bedroht, die Abstellung von Mißständen erstickt und der Militärbehörde würde einfach ein Schweigegebot gegenüber allen Staatsbürgern nicht nur gegenüber denen, die ihrer Befehlsgewalt unterliegen, eingebracht, und ausschließlich die Militärbehörde soll bestimmen dürfen, was geheim zu halten ist. Krupp ist es erlaubt, Kanonen dem Ausland zu liefern, aber eine harmlose Äußerung eines Waffenfabrikarbeiters könnte ihn ins Zuchthaus bringen.

Die Presse verlangt kein Sonderrecht, aber die Wirkung dieses Entwurfes, wenn vielleicht auch nicht seine Absicht, wird eine

Abneigung der Presse

sein. Ihre Freiheit wird nur darin bestehen, daß sie alles sagen darf, was dem Kriegsminister genehm ist. Ich will nur einige Fälle aus der Praxis anführen. Der Handelsredakteur der „Breslauer Zeitung“ fragte, als ihm die Mitteilung wurde, in einer schlesischen Stadt werde ein Festungsbau geplant, bei der Militärverwaltung an und bekam die Antwort, er dürfe darüber nichts bringen, das sei militärisches Geheimnis. Das sozialdemokratische Blatt in Göttingen erhielt, bevor eine kriegsmäßige Uebung von Reservisten und Landwehrleuten stattfand, vom Kommandeur einen Brief, über die Uebung dürfe nichts gebracht werden, sie sei militärisches Geheimnis. Das sind wohl die engen Beziehungen zwischen Militärbehörde und Presse, die der Herr Kriegsminister wünscht. Bei dieser Uebung ereignete sich eine Reihe von Erkrankungen infolge Ueberanstrengung, aber darüber soll nichts in der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, dem Reichstag zuzumuten, dieses Gesetz zu bewilligen, das die Fälle für solche Ungeheuerlichkeiten abgibt. Freilich eine eigenartige Falle, die nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß, wenn wir der Regierung hier einen kleinen Finger reichen, wir uns versündigen an der Sicherheit unserer Mitbürger und auch an der Wehrhaftigkeit des Reiches. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz enthält noch mehr Schönheiten, es bedroht mit Strafe denjenigen, der nicht denunziert. Das Denunziantentum also soll großgezogen werden; die Sicherheit des Reiches wird gefährdet, wenn man verhindert, daß Mißstände an die Öffentlichkeit kommen. Nicht ein einziger Spionagefall wird dadurch verhindert werden. Wir haben den Begriff der Spionage in dem Gesetz von 1893 erweitert, und nun sagt die Regierung darüber, daß es immer noch Kerle gibt, die Handlungen begehen, die nicht strafbar sind. Und deshalb sollen wir diese Handlungen zu strafbaren machen. Hätte man eine Ergänzung dahin verlangt, daß Waffen nicht an das Ausland verkauft werden dürfen, oder daß die Waffenfabrikation in eigene Regie genommen wird, so ließe sich darüber reden. Dieser Entwurf aber will unter dem Vorwand, die Spionage zu treffen, anständige Leute treffen, und gefährdet dadurch die Sicherheit der Staatsbürger auf das äußerste und würde die größten Mißstände im Heere grobziehen. Die dem Entwurf sollten wir daher nicht ein Vergrößernd in einer Kommission bereiten, sondern sofort in die zweite Lesung eintreten und dann ablehnen. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Z.):

Die Ausführungen der drei Herren Regierungsvertreter waren recht bescheiden, kein einziger von ihnen hat uns das Geheimnis enthüllt, was denn ein militärisches Geheimnis ist. In die Reihe dieses Gesetzes würden doch auch recht harmlose Leute fallen. Wir wollen uns gern mit der Regierung eingehender über das Gesetz unterhalten, aber wir haben recht schwere Bedenken dagegen. Wie soll ein Laie sich klar sein, ob eine Mitteilung geheim zu halten ist oder nicht. Am schwersten gefährdet durch das Gesetz sind wir Abgeordnete selbst. (Heiterkeit.) Durch jede Mitteilung: wir haben das Friedenspräsenzgesetz abgelehnt, weil uns das und das mitgeteilt wurde, könnte sich ein Abgeordneter strafbar machen. Und in ebenso großer Gefahr ist die Presse. Im Lande der allgemeinen Wehrpflicht ist es selbstverständlich, daß viel über Militärfragen geschrieben wird. Zu den Manövern zieht man alle möglichen fremden Offiziere hinzu. (Sehr wahr!) Die machen doch ihre Beobachtungen, dazu sind sie ja geschickt, wenigstens geschickt, vielleicht auch geschickt. (Heiterkeit.) Aber jede Mitteilung über militärische Dinge in der vaterländischen Presse soll verboten sein! Wenn man das tun will, mühte man zunächst alle Veröffentlichungen des Flottenvereins und des Wehrvereins verbieten. (Lebhaftes Zustimmung links.) Dadurch würde wenigstens eine gewisse Beruhigung hervorgerufen. (Sehr richtig!) Daß aber etwa ein Unterschied gemacht wird zwischen einer gefinnungsgetriebenen und einer nicht gefinnungsgetriebenen Presse, das akzeptiert kein Reichstag. (Bravo!) Wir beantragen Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. von Callier (nall.):

Nach Auffassung meiner Freunde entspricht die Vorlage einem Bedürfnis. Mit dem Vorredner stimme ich aber darin überein, daß das Gesetz in seinen Formulierungen durchaus nicht überall das Richtige getroffen hat. Die Lösung der Frage, was ein Geheimnis ist, überlasse ich, wie Herr Gröber, meinen Nachfolgern (Heiterkeit). Aber wir brauchen den Begriff auch nicht. Ich erinnere an die in Desterreich gefundene Fassung, wonach strafbar ist, wer militärische Tatsachen usw. einem anderen mitteilt, „die nicht öffentlich getrossen oder behandelt werden.“ Jedenfalls dürfen Geheimnisse, die uns Millionen kosten, nicht entwertet werden. Es muß in der Mitteilung technische Fortschritte eine gewisse Einheitslichkeit herrschen. Der § 9 (fahrlässige Preisgabe militärischer Geheimnisse) ist uns in der vorliegenden Form unannehmbar. Wir würden auch wünschen, daß der Verrat durch Inländer und gegen Entgelt schärfer bestraft werde. Die Spionageprozeduren sollen auch nur von einem Reichsgerichtshof, nicht von zwei vereinigten entschieden werden.

Abg. Holtzschke (L.):

Wir sind mit der Vorlage im großen und ganzen einverstanden. Was militärisch geheim ist, werden im allgemeinen die militärischen Sachverständigen dem Gericht bezeichnen für den Fall, daß sie sich widersprechen, wäre eine Definition im Gesetz wünschenswert. Gegen den § 9 haben sich auch konservative Zeitungen ausgesprochen; auch wir halten ihn in dieser Form für nicht wohl annehmbar, denn eine Unterbindung der freien Kritik am Heerwesen läge nicht im vaterländischen Interesse. Wir sind bereit, dem § 9 eine Fassung zu geben, die die Befugnisse der Presse beseitigt. Wir wünschen, daß dieser Gesetzesentwurf möglichst bald Gesetz werde.

Abg. Dr. v. Liszt (Sp.):

Die Friedensspionage ist eine notwendige Begleitererscheinung des Wettrennens, dessen Steigerung auch sie vergrößert. Strafdrohungen hindern sie gar nicht. Trotzdem leben wir das Gesetz nicht ab, denn es erweist uns als eine Mahnung an diejenigen, die die Spione ausfinden. Unannehmbar ist für uns der § 1, der von jedemmann die Erkenntnis fordert, was alles ein militärisches Geheimnis ist. Oft genug ist der Begriff des militärischen Geheimnisses auch für die Sachverständigen ein Geheimnis. Am Krupp-Prozess hat ein Sachverständiger den Inhalt eines Originalformwägers für geheim, den des wörtlich damit übereinstimmenden Durchschlags für nicht geheim erklärt. (Große Heiterkeit.) Und was ist eine Nachricht und was ist dann eine Nachricht nicht? Der § 1 sagt kurz und gut: „Militärisches Geheimnis ist eben ein militärisches Geheimnis.“ (Heiterkeit.) Nach § 3 des Entwurfes wäre die ganze „Lüdenaufdeckende“ Tätigkeit des Flotten- und Wehrvereins eine fortgesetzte strafbare Handlung und die Herren v. Bernhardt, v. Brodem und Keim hätten so viele Jahre Gefängnis aufgebüßt erhalten, daß sie in diesem Jahrhundert überhaupt nicht abfügen könnten. (Heiterkeit.) Der Entwurf stellt die militärische Wehr über Richter und Gesetz bei der Entscheidung, was Geheimnis ist. Wie sollen das die Redaktionen und die Bürger erfahren? Die Militärbehörden erklären ja Dinge für geheim, die längst allgemein bekannt sind! Die ganze Geographie ist ja „geheim!“ (Heiterkeit.) Der Redner empfiehlt die Eingabe des Reichstages der deutschen Presse der Berücksichtigung und zitiert militärische Schriftsteller darüber, daß die Geheimnisträgerei viel-

fach die Kritik verhindern solle. (Hört! hört!) Viel nötiger als solche Befehle wäre ein größerer Schutz der Bewegungsfreiheit des deutschen Staatsbürgers gegen die Militärbehörden und ihre Uebergriffe, da sich ihre Anschauungen nicht immer mit den sittlichen und moralischen Empfindungen der Staatsbürger decken. (Zustimmung links und im Zentrum.) Wir haben im Sommer die härtesten Rüstungen bewilligt. Wir werden aber alle Vorschläge ablehnen, die nicht die Sicherheit des Reiches, sondern der Verhinderung der Kritik verfehlter Anordnungen dient. (Weißfall links.)

Abg. Mertin (Rp.):

In der Verschärfung der Strafen für Spionage sehen wir eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes. Das milde Strafmaß für die beiden englischen Spione ist seinerzeit in der weitesten Kreise nicht verstanden worden. — Auch für uns ist der § 9, der von der fahrlässigen Preisgabe militärischer Geheimnisse handelt, in der vorliegenden Form nicht annehmbar.

Abg. Cohen (Soz.):

Bei den Ausführungen des Staatssekretärs mußte ich mir sagen, was er doch für ein eigentümlicher Mensch ist. Koch vor einem Jahre stand er der Forderung nach einem neuen Spionagesetz mit völliger Gleichgültigkeit gegenüber und heute findet er, daß sich schwere Mängel herausgestellt haben. Die Möglichkeit, mit der Entwurf eingebracht ist, entspringt lediglich dem Wunsch der obersten Militärbehörde nach Erweiterung ihrer Machbefugnisse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als „nicht körperliche Gegenstände“ führte der Staatssekretär an: Neuerungen auf dem Gebiete des Bewaffnungswesens, Ausgabe von Karten an Offiziere, Bewahrung neuer technischer Einrichtungen, die Verwendung gewisser Stoffe. Nachrichten darüber sind doch aber ganz gewiß solche über körperliche Gegenstände. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meinem Laienverständnis ist es überhaupt unbegreiflich, daß es Dinge gibt, die mit irgendwelchen Gesetzesparagrafen nicht faßbar sein sollten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Herausgabe von Büchern z. B. über die Unzulänglichkeit der bisherigen militärischen Ausbildungsmethoden würden durch das Gesetz verhindert werden können und ich bin überzeugt, sie wird verhindert werden, wenn sie Schwächen hoher und höchster Zustände aufdeckt. Es könnte ein solches Verbot der Kritik militärischer Dinge aber leicht dazu führen, daß die Bewaffnung unseres Heeres minderwertig wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es könnte auf Grund dieses Gesetzes auch jede Kritik an Mißständen im deutschen Heere, wie z. B. an unerhörten Anforderungen an die Truppen, Ueberhebungen des Offizierkorps oder einzelner Offiziere verhindert werden. Nun, die sozialdemokratische Presse wird sich auch durch die Androhung schärfster Strafen nicht bewegen lassen, auf eine Kritik solcher Mißstände zu verzichten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr von Callier meint, die Interessen des einzelnen müssen zurücktreten vor denen der Gesamtheit. Aber was sind denn die Interessen der Gesamtheit? Man erhält den Eindruck, als ob man mit Gesetzeskanonen nach Art eines Maschinengewehrfeuers die Interessen des einzelnen und der Gesamtheit unterdrücken will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der § 9 ist ein

Ausnahmegesetz gegen die oppositionelle Presse.

Wir können uns vorstellen, welche Zustände eintreten werden, wenn die Volksinteressen durch eine Presse vom Scherltypus vertreten werden. Schon heute fröhlich diese Presse der Regierung aus der Hand. Mit der Bewilligung dieses Gesetzes wird die Regierung diese Presse zu jedem Apportierdienst dressieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer die intimsten militärischen Dinge berichtet und dabei nach neuen Rüstungen härdet, wird sehr milde angefaßt werden, wer aber ernsthafte Kritik abt, sehr rauh. In Austerlitz wurde im Juli auf Betreiben der Militärbehörde eine Anstaltskarte konfisziert, weil darauf unbedeutlich ein Stückchen Festungsmauer zu sehen war. Die Verbreiter wurden unter Anklage gestellt, weil sie Risse einer Festung veröffentlichen hätten. Dabei war das Gelände der Stadt bereits aufgelassen und die Mauern sollten demnächst geschleift werden. Gleichzeitig wurde auch von der Militärbehörde ein Buch eines Majors angeklagt, in dem die Festungswerke bis ins kleinste dargestellt werden. In solchen Beispielen erkennt man, was die Militärbehörde will. Durch dieses Gesetz soll ein großes Gebiet des öffentlichen Lebens ihrer Diktatur ausgeliefert werden. Ein überreizter Militarismus will im tiefsten Frieden den

Belagerungszustand über ganz Deutschland

erklären. Wir können doch aber nicht ganz Deutschland in ein Truppenlager verwandeln, wo die Bürger nach der Weise des Militarismus zu tanzen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man will die technischen Verbesserungen besser schätzen. Ohne Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, oder wenigstens einen Anfang dazu, kann man aber gar nicht hindern, daß von dort aus bei Anknüpfung geschäftlicher Verbindung — zum Teil sicher ausgläubig, aber es ist gar nicht zu verhindern — viel verraten wird. Man hat hier nur die Gewißheit, die denkbar höchsten Preise bezahlt zu haben, alles andere ist ungewiß. Das Rüstungskapital ist international verflochten und nur Leute mit der rührenden geschäftlichen Unerbarmlichkeit unserer Staatssekretäre können darüber im unklaren sein, was da vorgeht. Allerdings haben wir ja auch geschäftstüchtige Minister a la Poddieffski gehabt! Karl Marx hat schon im „Kapital“ darauf hingewiesen, daß das Kapital zur Erlangung höherer Dividenden alles wagt, also werden solche Strafbestimmungen es nicht abschrecken. Was ist es mit der in der „Prf. Jg.“ betätigten Uebertragung der Kriegsmaterialpatente der Bitterfelder Motorluftschiffabrik an die englische Firma Dider u. Sons gegen Beteiligung am Ertrag? Soll es einmal ein Trost für das deutsche Volk sein, daß die Kriegsoffer deshalb um so fürchtbarer werden, weil der Feind das bessere Kriegsmaterial aus unserem Lande hat? Da möge der Kriegsminister eingreifen, wenn er sich ein Verdienst um das deutsche Volk erwerben will! Soll denn immer nur die Rentabilität herrschen? Es handelte sich hier zweifellos um die schon im bestehenden Gesetz unter Strafe gestellte Beschaffung militärischer Geheimnisse!

Bei dem ersten Krupp-Prozess hat sogar der so militaristische „Voll-Anzeiger“ erklärt, daß dergleichen im Rüstungsbetriebe liegt. Als seinerzeit der Schmiergeldparagraf gegen die Angestellten geschaffen werden sollte, konnte sich die nationale Presse nicht genug tun, das Schmiergeldwesen als eine Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu erklären. Aber heute, wo der große Krupp schmiert, sind die Dinge ganz anders geworden und die rührende Fortschritt von damals hat sich in das hohe „Kruppchen, mein süßes Kruppchen“ gewandelt. (Heiterkeit.) Wir wenden uns nicht gegen die Verurteilung von Beckern, aber wir wenden uns gegen eine Fassung, die es möglich macht, daß man den ruhigsten Staatsbürger mit Leichtigkeit an den Pranger stellen kann. Dabei hat der Staat seit jeder selbst die häufigste Rolle bei der Entwicklung des Spionagewesens gespielt. Ich erinnere an den Fall des Juden, der als Spion nach Rußland reisen sollte mit einem gefälschten Paß, in dem ihm beiseigelt wurde, daß er Christ und Preuße sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Offizier Spionage treibt, sucht man das zu vertuschen. So hat man in Desterreich dem Oberst Redl die Möglichkeit gelassen, sich zu erziehen und bei uns würde es ebenso sein. — Mit der Begünstigung der Spionage sieden die Staaten eine Korruption groß, die auf den eigenen Volkkörper übergehen muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister sagte, daß, wenn man siegen wolle, man

